



111. Sitzung (Sondersitzung)

Düsseldorf, Dienstag, 15. Dezember 2020

Mitteilungen des Präsidenten	3	Thomas Kutschaty (SPD)	31
		Bodo Löttgen (CDU)	32
		Josefine Paul (GRÜNE).....	32
		Christof Rasche (FDP).....	33
1 Ergebnisse der Beratungen der Regie- rungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin vom 13. Dezember 2020		Ergebnis.....	34
Unterrichtung durch die Landesregierung			
<u>In Verbindung mit:</u>			
Mit Mut der Krise trotzen: Kultur gegen Einsamkeit in Wohneinrichtungen		2 Corona-Pandemie – Belastungsgrenze erreicht! Drohender Kollaps auf den In- tensivstationen in NRW – Warum lässt die Landesregierung Krankenhäuser und Kommunen in der bisher schwär- zesten Stunde der Pandemie im Stich?	
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/12053		Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12105	34
<u>In Verbindung mit:</u>		Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)	35
Nach exponentieller Steigerung von Kita-Schließungen: Monetäre Entlas- tung in schwierigen Zeiten – Keine Kita-Gebühren in der Corona-Quaran- täne		Peter Preuß (CDU)	36
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12057	3	Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	37
Ministerpräsident Armin Laschet.....	3	Susanne Schneider (FDP).....	39
Formlose Rüge des Abgeordneten Christian Loose (AfD).....	5	Dr. Martin Vincentz (AfD).....	40
Thomas Kutschaty (SPD).....	7	Minister Karl-Josef Laumann.....	41
Bodo Löttgen (CDU)	11	Josef Neumann (SPD).....	43
Josefine Paul (GRÜNE).....	16	Thorsten Schick (CDU).....	44
Christof Rasche (FDP)	19	Markus Wagner (AfD)	45
Dr. Martin Vincentz (AfD).....	22		
Marcus Pretzell (fraktionslos)	27	Nachtrag zu der Abstimmung zu TOP 7 der 110. Plenarsitzung.....	46
Minister Dr. Joachim Stamp	27		
		3 Herausforderungen in der Justiz be- gegnen. Digitalisierung und Legal Tech in der Lehre vorantreiben. Nachwuchs- kräfte stärker fördern.	
		Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/12052	46
		Ergebnis.....	46

4 Information und Beratung gegen Verschwörungsmethoden schaffen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12047 46

Ergebnis 46

5 Konsequenzen aus dem Waldzustandsbericht 2020 ziehen – Fördervergabe verbessern und mehr Forstpersonal einstellen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12058 46

Ergebnis 46

Entschuldigt waren:

- Frank Boss (CDU)
- Rainer Deppe (CDU)
- Guido Deus (CDU)
- Katharina Gebauer (CDU)
- Matthias Goeken (CDU)
- Daniel Hagemeier (CDU)
- Wilhelm Hausmann (CD)
- Bernd Krückel (CDU)
- Olaf Lehne (CDU)
- Jens-Peter Nettekoven (CDU)
- Dr. Ralf Nolten (CDU)
- Britta Oellers (CDU)
- Hendrick Schmitz (CDU)
- Fabian Schruppf (CDU)
- Axel Schulz (CDU)
- Martin Sträßler (CDU)
- Raphael Tigges (CDU)
- Margret Voßeler-Deppe (CDU)
- Klaus Vossemer (CDU)
- Simone Wendland (CDU)
- Heike Wermer (CDU)

- Andreas Becker (SPD)
- Dietmar Bell (SPD)
- Sonja Bongers (SPD)
- Hartmut Ganzke (SPD)
- Gabriele Hammelrath (SPD)
- Christina Kampmann (SPD)
- Hans-Willi Körfges (SPD)
- Carsten Löcker (SPD)
- Eva Lux (SPD)
- Ernst-Wilhelm Rahe (SPD)
- Norbert Römer (SPD)
- Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD)

- Susanne Schneider (SPD)
- Karl Schultheis (SPD)
- Ina Spanier-Oppermann (SPD)
- Marlies Stotz (SPD)
- Frank Sundermann (SPD)
- Rüdiger Weiß (SPD)

- Berivan Aymaz (GRÜNE)
- Horst Becker (GRÜNE)
- Sigrid Beer (GRÜNE)
- Johannes Rimmel (GRÜNE)
- Norwich Rüße (GRÜNE)

- Markus Diekhoff (FDP)
- Jörn Freynick (FDP)
- Stefan Lenzen (FDP)
- Marc Lürbke (FDP)
- Christian Mangel (FDP)
- Bodo Middeldorf (FDP)
- Dr. Werner Pfeil (FDP)
- Ulrich Reuter (FDP)

- Andreas Keith (AfD)
- Sven Werner Tritschler (AfD)
- Nic Peter Vogel (AfD)
- Gabriele Walger-Demolsky (AfD)

- Frank Neppe (fraktionslos)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle zur 111. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Die Namen der für heute **entschuldigten Abgeordneten** werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute Herr Thomas Schnelle von der Fraktion der CDU. Herzlichen Glückwunsch, alles Liebe und alles Gute!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Die Einberufung des Landtags zur heutigen Sitzung erfolgt gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung auf Antrag der Landesregierung.

Ich rufe auf:

1 Ergebnisse der Beratungen der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin vom 13. Dezember 2020

Unterrichtung
durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

Mit Mut der Krise trotzen: Kultur gegen Einsamkeit in Wohneinrichtungen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12053

In Verbindung mit:

Nach exponentieller Steigerung von Kita-Schließungen: Monetäre Entlastung in schwierigen Zeiten – Keine Kita-Gebühren in der Corona-Quarantäne

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12057

Die Landesregierung hat mit Schreiben vom 11. Dezember 2020 die unverzügliche Einberufung des Landtags beantragt, um ihn zu dem genannten Thema zu unterrichten.

Zwischenzeitlich haben sich alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen darauf verständigt, die aufgeführten Anträge verbunden und im Rahmen der Unterrichtung durch die Landesregierung zu beraten.

Die Unterrichtung der Landesregierung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Armin Laschet, dem ich das Wort erteile. Bitte schön.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 9. Oktober 2020 betrug die Sieben-Tage-Inzidenz 28,6, am 23. Oktober 74,4 und am 30. Oktober 140. Das war exponentielles Wachstum.

Nachdem wir das exponentielle Wachstum der Infektionszahlen im Oktober identifiziert hatten, haben wir umfassende Maßnahmen ergriffen. Die Zahlen im November, die wir in der letzten Plenarsitzung erörtert haben, zeigen, dass es gelungen ist, dieses exponentielle Wachstum zu stoppen. Wir haben die sogenannte Welle gebrochen, was die Zielsetzung Ende Oktober war.

Doch das Infektionsgeschehen ist hoch geblieben – zu hoch. Deshalb haben Bund und Länder Ende November noch einmal nachgesteuert und die Regeln weiter verschärft, um soziale Kontakte noch weiter zu reduzieren.

Damit wähten wir uns Anfang Dezember alle auf dem richtigen Weg: Das Infektionsgeschehen war in Nordrhein-Westfalen seit Anfang November merklich zurückgegangen. Die Sieben-Tage-Inzidenz lag Anfang November bei knapp 180 und Anfang Dezember nur noch bei gut 140.

Doch in der vergangenen Woche haben wir erlebt, dass das Infektionsgeschehen trotz aller Maßnahmen und trotz aller Einschränkungen wieder angestiegen ist, und zwar plötzlich wieder sehr schnell. Am vergangenen Donnerstag lag die Sieben-Tage-Inzidenz schon wieder auf dem gleichen Niveau wie Ende Oktober.

Damit sich das nicht fortsetzt, mussten wir mit unseren Maßnahmen weitergehen. Das Bedrückende ist, dass uns die Situation auf den Intensivstationen in unserem Land nun alle aufrütteln muss. Innerhalb weniger Wochen zwischen dem 16. Oktober und dem 8. November 2020 hatte sich die Zahl der COVID-Patienten auf unseren Intensivstationen vervierfacht.

Zwar ist es auch dort gelungen, das exponentielle Wachstum zu stoppen; doch auch dort sind die Fallzahlen langsam, aber immer weiter angestiegen. Am vergangenen Samstag hatten wir mit 1.000 COVID-Patienten auf unseren Intensivstationen, die um ihr Leben ringen, die höchste Zahl überhaupt.

Viele Menschen haben diesen Kampf in den zurückliegenden Wochen verloren; sie sind an oder mit dem

Virus verstorben. In den letzten Wochen wurden jeden Tag bundesweit mehrere Hundert neue Fälle registriert. Das sind eben keine abstrakten Zahlen, sondern Hunderte schwere Schicksale von Familien, die um ihre Liebsten trauern oder bangen.

Dahinter stehen auch Krankenschwestern, Pflegerinnen und Pfleger sowie Ärztinnen und Ärzte, die bis zur Erschöpfung dafür arbeiten, dass diese Menschen die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten.

Wir können hier rechnen, dass soundso viele Betten noch frei sind. Das mag zwar stimmen, aber an den Betten, die belegt sind, arbeiten in diesen Minuten Menschen mit aller Kraft und manchmal auch rund um die Uhr. Deshalb sollten wir jenseits dieser Zahlen auch an diese Menschen denken. Das sind keine Statistiken; das sind Helden, die sich abrackern, damit in diesen Tagen Leben gerettet wird.

(Beifall von allen Fraktionen)

Bei uns ist die Lage ernst; in anderen deutschen Ländern ist sie dramatisch. Wir haben in Sachsen heute eine Inzidenz von 328, in Thüringen von 251, in Bayern von 192. Baden-Württemberg, Saarland, Berlin, Hessen – Sie alle liegen derzeit vor Nordrhein-Westfalen. Aber das ist überhaupt kein Grund, die Arbeit einzustellen, sondern wir müssen da weitermachen. Es ist auch keine Rangliste von parteipolitisch richtigem oder falschem Handeln. Es kann jeden erwischen, und deshalb muss jeder für sich seine Arbeit machen.

In Baden-Württemberg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern, wo sogar der Katastrophenfall ausgerufen wurde, hat sich insbesondere die Todeszahl sehr erhöht. Deshalb ist eine solche Dynamik auf Dauer nicht regional zu begrenzen.

Ich habe in den letzten Tagen mit Ministerpräsident Rutte von den Niederlanden gesprochen. In den Niederlanden haben wir eine ähnliche Entwicklung. Wir haben uns abgestimmt, alle Maßnahmen möglichst ähnlich zu machen. Denn wenn bei uns ab morgen die Geschäfte geschlossen und sie in den Niederlanden geöffnet sind, kann man sich vorstellen, was dann passiert. Deshalb danke ich den Niederlanden, dass dort am gestrigen Abend sehr ähnliche Maßnahmen getroffen worden sind wie in Nordrhein-Westfalen. Es ist für unseren Grenzraum, es ist für das grenzüberschreitende Leben ein ganz wichtiges Signal, dass das parallel gelungen ist.

(Beifall von der CDU, der FDP und Carina Gödecke [SPD])

Angesichts der Dramatik der Zahlen in der letzten Woche hat sich dann die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina am 8. Dezember – man muss immer die Zeitfolgen im Blick haben; heute ist der 15. Dezember, es ist erst sieben Tage her – mit einer Ad-hoc-Stellungnahme zu Wort gemeldet, in

der sie zwei Maßnahmen vorgeschlagen hat, und zwar erstens, ab dem 14. November die Präsenzpflicht in den Schulen aufzuheben. Sie hat das sprachlich „Schulpflicht“ genannt.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das haben wir schon weit früher vorgeschlagen!)

– Bestreiten Sie jetzt gerade die Stellungnahme der Leopoldina? Das würde ich uns nicht empfehlen.

Sie hat gesagt, man solle die Präsenzpflicht ab dem 14. Dezember aufheben – sie hat das „Schulpflicht“ genannt, hat aber inzwischen erläutert, dass damit natürlich „Präsenzpflicht“ gemeint war –, und zur Arbeit im Homeoffice aufgefordert. Sie hat weiter gesagt, in einer zweiten Stufe sollten wir ab 24. Dezember die Geschäfte schließen, und zwar alles, was nicht für die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und anderen notwendigen Dingen erforderlich ist. Empfehlung der Wissenschaft – das ist eine Woche her.

Den ersten Teil haben wir umgesetzt, die Schulministerin am letzten Freitag. Bei uns gilt diese Empfehlung seit gestern. In den anderen Ländern wird es ab Mittwoch etwas Ähnliches geben. Aber die Dynamik des letzten Wochenendes hat die Frist zum Schließen der Geschäfte noch einmal überholt. Wir haben gesagt: Nein, wir können nicht bis zum 24. Dezember warten. Deshalb haben Joachim Stamp und ich am Freitag, den 11. Dezember, gesagt: Wir erwarten, dass die Ministerpräsidenten jetzt schnell tagen und wir schneller den Lockdown beschließen. Wir hätten es auch noch schneller gemacht, aber manche Länder haben gesagt, sie bräuchten noch eine Parlamentsbeteiligung oder dieses oder jenes. Deshalb ist es jetzt der kommende Mittwoch.

So schnell haben wir auf die Empfehlung der Wissenschaft reagiert. Das ist in diesen Zeiten geboten, und insofern war es richtig, dass alle 16 Länder bei dieser Ministerpräsidentenkonferenz in relativ kurzer Zeit – es war die kürzeste Zeit, die ich je erlebt habe – entschieden haben: Präsenzpflicht in der Schule aussetzen, jetzt sehr schnell, Betreuungsangebote aufrechterhalten und vor allem ab morgen Lockdown in ganz Deutschland.

Das ist die Kette, wie man handelt: der Wissenschaft zuhören, Lage analysieren, danach entscheiden und dann auch konsequent handeln. Das leitet diese Landesregierung, und deshalb haben wir das so gemacht.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deshalb geht es nicht nur um Ruhe, um das Herunterfahren, so wie wir alle im November dachten, dass es richtig sei, sondern es geht jetzt um Stillstand, um das öffentliche Leben wirklich einzustellen. Es geht wieder darum, Leben zu retten.

Ich sage im Hinblick auf Weihnachten, auf den Jahreswechsel und Silvester: Nach den harten Monaten der Einschränkungen haben viele gehofft – viele Maßnahmen sind von manchen sogar so begründet worden –, ein entspannteres Weihnachtsfest zu feiern. Wir sehen jetzt: Das Virus nimmt darauf keine Rücksicht. Das Weihnachtsfest wird anders sein müssen als alle Weihnachtsfeste, wie wir sie vielleicht in unserer Generation kennen. Denn das Böartige an diesem Virus ist nicht nur die zerstörerische Wirkung im Körper, im Krankheitsfall; das Böartige ist auch das Ausnutzen unserer menschlichen Qualität, dass es ausgerechnet dann zuschlägt, wenn wir einander nahe sind, uns umarmen, Gemeinschaft und Nähe suchen.

(Kopfschütteln von Dr. Martin Vincentz [AfD])

Ausgerechnet dann schlägt das Virus zu. Deshalb müssen wir entgegen dem, was wir so gern tun, das Gegenteil tun – Abstand halten. Wir haben beispielsweise für die Hotels gesagt, ...

(Zuruf von der SPD)

– Mich wundert ein wenig, wie man bei solchen, viele Menschen in den nächsten Tagen betreffenden Dingen Zwischenrufe machen kann. Ich würde uns empfehlen, das den Menschen jetzt auch so zu sagen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir haben zu Anfang gedacht, wir halten die Hotels offen für Privatleute, die jemanden besuchen, weil es besser ist, im Hotel zu übernachten als beim Nachbarn oder in der Wohnung auf engstem Raum im Hausstand. Das war die Position vieler Länder.

Jetzt sagen wir aber: Es ist besser, gar nicht zu reisen und an diesen Weihnachtstagen darauf zu verzichten, enge Verwandte zu besuchen, sondern wirklich nur den allerengsten Familienkreis zu sich einzuladen. Das ist jetzt die Botschaft. Deshalb werden – als Signal – an diesen Tagen auch die Hotelübernachtungen für private Besucher nicht möglich sein.

(Beifall von Matthias Kerkhoff [CDU] – Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Ja, ich weiß, dass Sie das ganze Virus bestreiten.

(Widerspruch von der AfD)

– Ich weiß, dass Sie mit komischen Leuten draußen demonstrieren.

(Lebhafter Zuruf von Christian Loose [AfD] – Glocke)

Aber wissen Sie,

(Weiterer lebhafter Zuruf von Christian Loose [AfD])

Sie brauchen ...

(Zurufe von der CDU)

Ich würde den Kollegen im rechten Teil des Raumes empfehlen, von diesen Demonstrationen fernzubleiben.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Es geht nicht, dass Sie

(Lebhafter Zuruf von Christian Loose [AfD] – Glocke)

in der Mitte von Düsseldorf demonstrieren, während wenige hundert Meter entfernt die Leute in der Universitätsklinik um ihr Leben ringen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das geht nicht, das ist nicht erträglich!

(Beifall von der CDU und der FDP – Weiterer Zuruf von Christian Loose [AfD])

Präsident André Kuper: Herr Kollege! Ich ermahne Sie zur Ordnung.

(Zuruf von der AfD)

Armin Laschet, Ministerpräsident: Besonders schwer fällt uns der Verzicht auf Kitas und Schulen. Kinder und Familien haben in den letzten Wochen bereits große Opfer gebracht. Unser Bemühen war in all den Monaten, Kindern und Jugendlichen Bildungschancen zu erhalten. Mehr noch: Kitas und Schulen sind auch ein wichtiger Ort des Miteinanders, an denen sich Kinder entfalten können; sie sind essenziell für ihre Entwicklung. Kein Onlineunterricht kann das ersetzen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Daher war es wichtig, so lange wie möglich Kitas und Schulen offenzuhalten. Wir haben gekämpft, dass der Präsenzunterricht erhalten blieb – mit allen deutschen Schulministerinnen und Schulministern. Die Schulministerin von Rheinland-Pfalz, Sozialdemokratin, Vorsitzende der Kultusministerkonferenz in Deutschland, hat bundesweit dieser Haltung Wort und Stimme gegeben. In der gleichen Weise hat in Nordrhein-Westfalen Yvonne Gebauer dieser Haltung Wort und Stimme gegeben, und dafür danke ich ihr im Interesse unserer Kinder von ganzem Herzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Soziale Teilhabe durch Bildung – das ist gerade für Kinder wichtig, denen die Eltern nicht helfen können. Man wundert sich, dass man im Jahr 2020 immer noch erklären muss, dass das für Kinder wichtig ist und dass das Homeoffice der schlechtere Lernort als die Schule ist.

Jetzt ist die Lage so, dass wir sagen: Die Zahlen müssen jetzt noch drastischer reduziert werden.

Trotzdem fällt uns das schwer. Wir machen es. Aber wir versprechen auch: Wenn irgendwie die Zahlen wieder besser werden, sind die Schulen der erste Ort, den wir wieder öffnen, sodass dort wieder Bildung für Kinder möglich ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb danke ich allen Beteiligten, den Lehrerinnen und Lehrern, den Erzieherinnen und Erziehern, vielen, die genau diesem Prinzip folgen wollen und vieles in den letzten Wochen geleistet haben, um Bildung für alle wirklich möglich zu machen.

Große Opfer bringen auch jene – Mittelständler, Gastronomen, Einzelhändler, Schausteller und Kulturschaffende –, die ihre Türen schließen müssen. Gerade das Weihnachtsgeschäft ist für viele überlebenswichtig – erst recht in einem Jahr, in dem viele Unternehmen bereits durch den Lockdown im Frühjahr schwer zu kämpfen haben, wo es kaum noch Reserven gibt. Für viele geht es nun ans Eingemachte, bei vielen wird es sehr, sehr eng.

Deshalb steht es außer Frage, dass die wirtschaftlichen Hilfen verlängert werden. Wir haben auch eine Pflicht zur Solidarität gegenüber denen, die zur Eindämmung der Pandemie morgen ihre Türen schließen und so enorme Einnahmeeinbußen hinnehmen müssen. Es fällt umso schmerzhafter, das zu tun, wenn man Anhänger des innerstädtischen Einzelhandels ist, der auch unsere Städte prägt, der unsere Städte verarmen lassen würde, wenn er am Ende der Krise nicht mehr da wäre. Es fällt einem schwer, eine solche Entscheidung zu fällen, dass ab jetzt alle Weihnachtsgeschenke online bestellt werden – bei Konzernen, die in Europa keinen Cent Steuern bezahlen, zulasten derer, die jetzt einen Beitrag in der Pandemie leisten.

Es geht nicht anders, wir müssen das machen, aber man muss mindestens dazusagen, dass das nicht einfach ist, zu beschließen, jetzt ist Feierabend, sondern dass einem das innerlich schwerfällt, so vielen Einzelhändlern und Mittelständlern so etwas zuzumuten. Auch das müssen wir mal sagen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Und deshalb mein Appell – man rätselt ja, wie kann man jetzt noch helfen, die Bundeshilfen werden kommen –, und dieser Appell kann auch sein: Vielleicht muss jetzt in den nächsten Tagen nicht jedes Geschenk noch online bestellt werden. Vielleicht kann man in diesem Jahr einen Gutschein schreiben. Der Einzelhandel wird sich freuen, wenn er das im Januar oder Februar – oder wann immer er öffnet – einlösen kann. Das liegt in unser aller Hand. Staatshilfen sind das eine, persönliche Solidarität mit den Händlern vor Ort, die um ihre Existenz kämpfen, sind das andere.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich werde es jedenfalls so machen. Die Pandemie ist mit dem Jahreswechsel nicht vorbei, so sehr wir uns das auch wünschen. Die Impfstoffe sind ein Licht am fernen Ende eines sehr, sehr langen Tunnels. Nordrhein-Westfalen bereitet sich akribisch darauf vor, um sofort mit den Impfungen loslegen zu können. In diesen Tagen werden im ganzen Land Impfzentren aufgebaut.

Lassen Sie mich auch diese Bemerkung machen: Es beginnt jetzt so ein medialer Hype: Wieso ist eigentlich woanders der Impfstoff schon da? Geht das bei uns nicht schneller? Können wir nicht einfach eine Notzulassung machen? – Meine persönliche Meinung ist, ein solcher Impfstoff braucht großes Vertrauen. Mir ist es lieber, dass unsere Institutionen, die europäische Agentur, nach dem üblichen Verfahren gründlich prüfen, bevor in irgendeinem Schnellschuss irgendwas erlaubt wird.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Arndt Klocke [GRÜNE])

Dann sind halt die USA oder Großbritannien ein paar Tage schneller. Wir haben bewährte Verfahren, und wir werden alle gut daran tun, den Bürgern mit gutem Gewissen diese Impfmöglichkeit zu eröffnen. Deshalb: Der Impfstoff wird kommen – die Hoffnung ist groß –, noch in diesem Jahr, in den letzten Tagen des Jahres. Ich persönlich lehne alle künstlichen Beschleunigungen, allen politischen Druck auf Mediziner, die das Ganze prüfen, ab – nur damit auch das klar ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Arndt Klocke [GRÜNE])

Für Donnerstag haben Karl-Josef Laumann und ich Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigungen zu einem Impfgipfel eingeladen. Wir wollen einmal den Stand der Vorbereitungen hören, wir wollen best- und schnellstmöglich die Menschen in Nordrhein-Westfalen impfen – eine logistische Mammutaufgabe, die wir dann in der schnellstmöglichen Geschwindigkeit mit den klaren Kriterien, die vom Ethikrat bundesweit verabredet sind, mit klarer Prioritätensetzung überall im Land umsetzen wollen. Dazu ist es wichtig, den Schulterschluss mit den Kassenärztlichen Vereinigungen, mit der Ärztekammer und den kommunalen Spitzenverbänden zu haben. Unsere Hoffnung ist, dass das in diesem Jahr, spätestens in den ersten Tagen des Januars, losgehen kann.

Das ändert nichts daran, dass wir auch im neuen Jahr mit dem Virus leben müssen, uns einschränken müssen. Das erfordert weiterhin Geduld und Disziplin. Es ist fast makaber, dass wir jetzt, wo der Impfstoff und damit die Hoffnung naht, trotzdem noch einmal in diese ernste Krisensituation hineinkommen. Deshalb ist diese eine Kraftanstrengung erforderlich,

aber sie ist umso leichter möglich, weil wir erkennen, es wird 2021 besser werden.

Viele, die jetzt das Ganze kommentieren, vermitteln manchmal den Eindruck – das ist gar nicht hier im Hause, sondern außerhalb –, dass sie immer alles besser wussten, wie es jeweils zum Zeitpunkt X war. Das ist das Phänomen dieser Krise, dass natürlich jemand im Dezember sagen kann, hättest du mal im August das gemacht, und dass man im Februar sagen kann, hättest du im mal Dezember dieses gemacht. Ich rate uns nur – auch wegen der Glaubwürdigkeit dessen, der das vorträgt, der sich ebenfalls an seinen Worten messen lassen muss –, dass wir uns alle zugestehen, in jedem Moment neu auf dieses Virus zu reagieren.

Auch die europäischen Beispiele sind nicht eindeutig. Die Schweden haben es besonders locker genommen, haben jetzt riesige Probleme und hohe Todeszahlen. Andere Länder im Westen haben es besonders hart gemacht – Spanien unter anderem – und haben jetzt ebenfalls eine krisenhafte Situation und müssen inzwischen den zweiten oder dritten Lockdown machen. Es gibt den Königsweg nicht. Wenn man das alles in Betracht zieht, dann ist Nordrhein-Westfalen, dann ist Deutschland mit Maß und Mitte den Umständen entsprechend gut durch diese Krise gekommen,

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

ohne zu übertreiben in die eine und in die andere Richtung. Der Föderalismus hat geholfen, die verantwortlichen Landräte, Oberbürgermeister, die kommunalen Gesundheitsämter, die das gut gemacht haben. Das sollten wir auch würdigen. Deshalb ist für mich in diesen Stunden dieses Engagement wichtig.

Es geht in den nächsten Tagen noch einmal verstärkt um den Schutz der Vulnerablen. Man könnte jetzt sagen, medizinisch darf es keine Besuche in Altenheimen und Krankenhäusern geben, das Risiko ist zu groß. Unsere Haltung ist: Es muss möglich sein, Menschen zu besuchen. Niemand darf in der Stunde seines Todes durch den Rigorismus von Verordnungen alleine sterben. Das dürfen wir menschlich nicht zulassen, dass das so passiert.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD und der FDP)

Deshalb ist das ein Risiko, das ist schwer. Wir können so viel Schutz ermöglichen, wie es geht, mit Schnelltests, mit Masken, mit strengen Regeln, aber wir dürfen nicht den Fehler vom März wiederholen, Menschen über Wochen einsam sterben zu lassen, weil sie keiner besucht. In Nordrhein-Westfalen werden wir das nicht machen. Darüber sind sich Karl-Josef Laumann und ich und die gesamte Landesregierung einig.

Der Lockdown ist jetzt nötig, um das Infektionsgeschehen bis zum Einsatz des Impfstoffes kontrollierbar zu halten. Jeder muss seine Verantwortung kennen, jeder muss mitmachen, jeder muss solidarisch sein. Wir müssen jetzt einmal fest zusammenstehen – hier in Nordrhein-Westfalen, aber auch in ganz Deutschland. Gesundheit und Leben – für viele Betroffene geht es um alles. Uns allen muss es um die Betroffenen gehen.

Dieses Weihnachtsfest wird anders sein, aber vielleicht kann es auch zum Ursprung der Idee zurückführen, miteinander und füreinander da zu sein. Das wird die prägende Botschaft zum Weihnachtsfest 2020 sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne nun die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty¹⁾ (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben es gehört: Die Lage ist ernst. Die Lage ist wahrscheinlich sogar noch ernster, als wir es gehört haben.

Die Zahl der Neuinfektionen ist weiterhin auf einem Höchststand. Das macht mir, das macht uns allen in diesem Raum Sorgen. Da bringt es auch nicht viel, Herr Ministerpräsident, wenn Sie bei jedem Auftritt immer stichelnde Nebenbemerkungen in Bezug auf den Vergleich zu anderen Bundesländern machen, in denen es noch höhere Zahlen gibt oder auch nicht. Wir müssen gemeinsam sehen, wie wir aus dieser Krise herauskommen und wie wir die Zahlen auch hier in Nordrhein-Westfalen senken können. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

(Beifall von der SPD)

Der Inzidenzwert liegt in Nordrhein-Westfalen aktuell bei 171,8. Heute Morgen melden 17 kreisfreie Städte oder Kreise Inzidenzwerte von über 200. Das führt uns vor Augen, wie dramatisch sich die Lage in den letzten Tagen noch einmal entwickelt hat.

Von unserem ursprünglichen Ziel, dem ja alle Maßnahmen dienen sollten, den Inzidenzwert wieder auf 50 herunterzubringen, sind wir weit entfernt. Ich gebe mich auch nicht zufrieden, wenn wir stabil bei Werten von 100 oder 140 sind. Das Ziel muss doch sein, die Rückverfolgung in den Gesundheitsämtern wieder zu ermöglichen. Deshalb brauchen wir deutliche Maßnahmen.

Deswegen möchte ich auch gar nicht über die einzelnen vom Ministerpräsidenten vorgestellten Lockdown-Maßnahmen sprechen – diese Maßnahmen stehen; wir stehen zu diesen Maßnahmen –, sondern

mich zunächst den Punkten zuwenden, bei denen weiterhin akuter Handlungsbedarf besteht.

Extrem besorgt bin ich bezüglich der Infektionszahlen bei unserer älteren Generation. In der Mitte der Pandemiephase hatten wir da eine leichte Beruhigung. Aber die letzten Tage haben gezeigt, dass gerade in der Gruppe der Älteren wieder ein exponentielles Wachstum eingesetzt hat; allen voran die Gruppe der über 70- und 80-Jährigen. Die Todeszahlen führen uns das unmissverständlich vor Augen. Über 90 % der Todesopfer sind über 60 Jahre alt; Tendenz steigend.

Das kann doch nur heißen, dass wir uns jetzt mit weiteren Maßnahmen zuallererst dieser Bevölkerungsgruppe zuwenden müssen, um Menschenleben zu schützen.

Das fängt bei Masken an. In Bremen gibt es schon seit knapp einem Monat für alle über 65-Jährigen kostenlose FFP2-Masken, also Masken, die auch dem Eigenschutz dienen. Das haben wir in Nordrhein-Westfalen bislang leider nicht geschafft, nicht einmal flächendeckend in Alten- und Pflegeheimen. Heute werden Masken vom Bund verteilt. Dafür bin ich sehr dankbar. Wir müssen aber auch aufpassen. Denn da, wo Masken in den letzten Tagen schon geliefert worden sind, waren sie teilweise von minderer Qualität und nicht einsetzbar. Das muss man im Auge behalten. Diese Masken werden doch gerade so dringend benötigt.

Wenn es uns nicht gelingt, Corona in den Heimen und in den Senioreneinrichtungen in den Griff zu bekommen, werden wir an den Weihnachtstagen keinen Platz mehr auf unseren Intensivstationen haben. Kein Beatmungsgerät und kein Pflegepersonal werden mehr zur Verfügung stehen. Es wird keine Möglichkeit mehr geben, Kranke angemessen zu versorgen.

Deswegen müssen wir jetzt zweitens alle Kraftanstrengungen unternehmen, damit unser Gesundheitssystem nicht zusammenbricht. Wir stehen nämlich kurz vor dem Kollaps.

Deshalb hätte ich von Ihnen, Herr Laschet, heute eigentlich einen Notfallplan für unsere Krankenhäuser erwartet. Das hätten Sie uns heute in Ihrer Unterrichtung vorstellen müssen.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Professor Dr. Uwe Janssens, der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, übt an dieser Regierung in diesem Bereich scharfe Kritik. Denn diese Regierung überlässt es jeder Klinik, selbst zu entscheiden, ob sie verschiebbare Eingriffe aufschiebt oder durchführt. Die Kliniken, die derzeit auf solche Eingriffe verzichten, werden nicht angemessen finanziell dafür entschädigt. Deswegen werden im Augenblick immer

noch viel zu viele Eingriffe durchgeführt, die nicht zwingend nötig sind und nachgeholt werden können.

Ich will aber auch deutlich sagen: Unsere Krankenhäuser müssen in der Lage bleiben, neben Coronapatienten auch andere wichtige Fälle zu behandeln.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Aha!)

Es gibt in unserem Land Menschen, die an und mit Corona sterben. Es gibt in unserem Land aber auch Menschen, die wegen Corona sterben – nicht, weil sie infiziert sind, sondern, weil sie den Weg ins Krankenhaus scheuen oder weil die Krebs- oder Herzoperation gerade nicht durchgeführt werden kann. So etwas müssen wir allemal vermeiden, meine Damen und Herren. Das darf nicht sein.

(Beifall von der SPD)

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen ein Ampelsystem für Intensivbetten. Berlin und Hessen haben im Frühjahr solche Systeme aufgebaut. Das wäre ein Schritt, den Sie heute hier hätten ankündigen können. Da muss dringend gehandelt werden.

Wenn wir gut durch die Krise kommen wollen, muss diese Regierung als Erstes wieder damit beginnen, zusammen zu regieren. Aber leider regiert hier im Augenblick kein Kabinett, sondern das totale Chaos in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD – Lachen von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Der Ministerpräsident hat einen Rückblick auf die letzten Wochen gegeben. Ich möchte das auch gerne einmal machen.

Am Sonntag vor neun Tagen hat Markus Söder für Bayern harte Maßnahmen angekündigt. Von Armin Laschet war erst einmal nichts zu hören.

Stattdessen kritisierte am Dienstag der stellvertretende Ministerpräsident das Vorgehen Bayerns und warnte vor Schnellschüssen. Zur Begründung führte er aus, „die Politik müsse eine gewisse Verlässlichkeit ausstrahlen“. Weiter sagte er:

„Ich glaube nicht, dass das Höher, Schneller, Weiter, was Herr Söder in die Welt ruft, wirklich hilfreich ist.“

Am nächsten Morgen hat der Ministerpräsident mit Agenturmeldung um 6:10 Uhr dann mitteilen lassen, dass er einen harten Lockdown befürwortet. Was für eine Verlässlichkeit, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD)

Das hat aber am selben Mittwoch die Schulministerin überhaupt nicht daran gehindert, trotz rasant steigender Coronazahlen einem Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht erneut eine Absage zu erteilen: Mit

ihr werde es das Aussetzen einer Schulpflicht nicht geben. – Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

Am Donnerstag kam dann die vermeintliche Wende. Im Familienausschuss kündigt der Familienminister an: Wir werden nicht bloß abwarten, was die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin beschließen, sondern vorausschauend damit umgehen. – Was auch immer das heißen soll! Sie haben es an dem Donnerstag leider für sich behalten, Herr Stamp.

Aber dazu nur so viel: Wenn Sie bereits zu diesem Zeitpunkt am Donnerstag wussten und planten, was Sie einen Tag später, also am Freitag, den Medien präsentiert haben, dann sind Sie umso mehr verantwortlich für das Chaos, das diese Landesregierung jetzt angerichtet hat.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Am vergangenen Freitag kündigte dann der Ministerpräsident auf einmal den sogenannten harten Lockdown an – nur drei Tage, nachdem sein Stellvertreter von alledem noch gar nichts wissen wollte.

Die Präsenzplicht an Schulen ist auf einmal aufgehoben. Aber die Schulpflicht bleibt bestehen; man muss nur nicht mehr hingehen. Der Unterschied ist bemerkenswert – bemerkenswert klein.

Die Kitas reduzieren ihr Angebot drastisch. „Bitte nur noch äußerste Notfälle“, heißt es jetzt. Das ist – Achtung: Ironie – natürlich keine Schließung mit dem Angebot eines Notbetriebs. Nein, das ist nach Ihrer Auffassung Regelbetrieb mit ein paar kleinen Ausnahmen. Merken Sie eigentlich gar nicht mehr selbst, was Sie uns da erzählen wollen, Herr Stamp?

(Beifall von der SPD)

Mutige landeseinheitliche Regelungen für den Betrieb von Kitas? Fehlanzeige! Erstattung von Kitagebühren? Nicht Ihre Verantwortung! Genau das ist Ihr Problem. Sie tragen als Regierung für nichts Verantwortung. Es sind die Schulen; es sind die Kita-Leitungen; es sind die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Alle sind schuld, aber Sie nicht, und Sie wollen nichts machen.

(Christian Dahm [SPD]: So ist das! Jawohl!)

Das ist kein vernünftiger Umgang mit dieser Krise und mit allen Beteiligten in dieser Krise.

(Beifall von der SPD)

Seit Freitag gibt es nun eine neue Variante. Jetzt sollen es die Eltern selber richten. Es bleibt auf dem Papier bei der Bildungs- und Betreuungsgarantie. Aber Eltern werden dringend gebeten, ihre Kinder doch bitte nicht in die Schule oder in die Kita zu schicken.

Weil Sie Ihr politisches Schicksal daran geknüpft haben, darf das, was de facto gelten soll, auf keinen Fall

so genannt werden. Was ist das denn für eine Garantie, die man bloß nicht in Anspruch nehmen soll, meine Damen und Herren? Diese Garantie ist nichts wert.

(Beifall von der SPD)

Garantien dieser Landesregierung haben eine kleinere Halbwertszeit als Versprechen auf einer Kaffeefahrt. Das ist doch in diesem Lande Realität geworden, meine Damen und Herren. Das ist Flucht aus der Verantwortung.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Herr Stamp und Frau Gebauer, Sie müssen feststellen: Sie haben damals den Mund einfach zu voll genommen, als Sie das alles versprochen haben. Das war erkennbar nicht einzuhalten, wenn Sie nicht mit entscheidenden Maßnahmen, die wir seit Monaten fordern, tatsächlich hätten gegensteuern wollen.

Wenn Sie schon zu feige waren, die konsequenten Entscheidungen rechtzeitig zu treffen, dann seien Sie jetzt wenigstens konsequent in der Umsetzung! Das bedeutet: Für Kinder, die wegen der Coronakrise nicht in die Kita gehen können, müssen die Eltern auch keine Kita-Gebühren bezahlen. Erstatte Sie die Gebühren ab sofort, bitte.

(Beifall von der SPD)

Hören Sie als Landesregierung bitte damit auf, eine wissenschaftsfeindliche Politik zu machen. In keinem anderen Bundesland nehme ich so viel Wissenschaftsfeindlichkeit wahr wie in diesem Kabinett.

(Zuruf von der CDU: Das ist unglaublich!)

Die hoch angesehene Akademie Leopoldina – Herr Laschet hat sie vorhin selbst zitiert – hat sich aus wissenschaftlicher Sicht veranlasst gesehen, heute vor einer Woche eine Ad-hoc-Stellungnahme abzugeben. Darin empfiehlt sie – Zitat –:

„Ab dem 14. Dezember 2020 sollte die Schulpflicht aufgehoben und nachdrücklich zur Arbeit im Homeoffice aufgefordert werden.“

Diese wissenschaftliche Empfehlung hat die Schulministerin letzte Woche im Schulausschuss als untauglich bezeichnet. Ihr sei völlig unverständlich, wie eine solche Äußerung einer Akademie der Wissenschaft in die Öffentlichkeit getragen werden könne.

Frau Gebauer, woher nehmen Sie sich das Recht, die besten deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler derart arrogant abzukanzeln? Woher?

(Beifall von der SPD, Arndt Klocke [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Welches Wissen hat Sie zu diesem Zeitpunkt veranlasst, die Vorschläge der Leopoldina derart unsachgemäß abzuqualifizieren?

Die Wissenschaft ist nicht Feind der Politik. Die Wissenschaft ist gerade in Zeiten einer Pandemie unser wichtigster Verbündeter. Wissen Sie eigentlich, was Sie mit Ihren kruden Äußerungen anrichten?

Diese Äußerungen wären alleine schon schlimm genug. Aber dann stellen Sie sich zwei Tage später hin und machen genau das, was die Leopoldina empfohlen hat. Doch anstatt einzuräumen, dass Sie sich geirrt haben, behaupten Sie weiter, dass Sie die Empfehlungen der Leopoldina ablehnen,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

weil eben nicht sein kann, was nicht sein darf. Ihre ganze Politik dreht sich im Augenblick nur noch darum, so zu tun, als ob Sie sich nicht ständig selbst korrigieren müssten. Dann muss eben auch die älteste Akademie der Welt in den Schmutz gezogen werden.

Nein, Frau Gebauer, das hätten Sie nicht tun dürfen. Dafür hätten Sie sich am Freitag entschuldigen müssen. Nutzen Sie heute die Chance, und entschuldigen Sie sich bei der Wissenschaft.

(Beifall von der SPD)

Aber das heillose Chaos, das Sie mit Ihrer SchulMail vom vergangenen Freitag mal wieder angerichtet haben – pünktlich zum Dienstschluss –, hat dem Ganzen die Krone aufgesetzt. Die SchulMail kam – wie immer, muss man schon fast sagen – um 13:32 Uhr; das halbe Lehrerzimmer war schon weg, die meisten Schülerinnen und Schüler auch.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Was haben Sie eigentlich zum Thema „Kommunikation“ in den vergangenen Monaten gelernt, Frau Gebauer? Nicht viel, glaube ich. Das muss man hier einmal festhalten.

(Beifall von der SPD)

Dann ging das Chaos los. Schauen Sie sich doch einmal die Zeitungen und die Stellungnahmen in den letzten zwei, drei Tagen an. Ich kenne niemanden in der Schullandschaft, der noch Verständnis für Ihren Kurs hat. Ich kann gar nicht alle Beispiele zitieren, die ich in diesem Zusammenhang gerne zitieren möchte. Deswegen nur einige, wenige Beispiele:

Der Vizevorsitzende des Philologen-Verbandes Nordrhein-Westfalen beschreibt chaotische Zustände. In manchen Schulen seien 80 bis 90 % der Schülerinnen und Schülern in die Klassenräume gekommen, in anderen Schulen deutlich weniger. Lehrerinnen und Lehrer konnten sich nicht darauf einstellen. Kommen 5, oder kommen 25? Wenn ich 5 in Präsenz unterrichten muss, was mache ich mit den anderen

20, die ich zeitgleich auf Distanz unterrichten muss? Null Vorbereitungschance!

Ein weiteres Zitat: Das Ergebnis ist, dass die Lehrkräfte extrem belastet sind, weil sie natürlich doppelte Arbeit leisten müssen; die Information sei quasi aus heiterem Himmel gefallen. Fazit: Die Stimmung an Schulen ist schlecht; es ist enorm viel Vertrauen verloren gegangen.

Lehrer und Schüler hätten keinen einzigen Tag Zeit bekommen, um sich auf die neue Situation einzustellen, kritisiert die Landeschülervertretung.

Auch aus Sicht der Elternverbände ist der Schulbetrieb chaotisch angelaufen.

Jetzt höre ich schon, dass die ersten Schulen planen, am Mittwoch den Betrieb völlig einzustellen und sich offen gegen das Schulministerium zu stellen. So weit sind wir schon: offene Revolte!

Frau Gebauer, wie lange wollen Sie sich und uns das eigentlich noch antun in diesem Lande?

(Beifall von der SPD)

Ich frage mich allerdings auch, wie lange die Landesregierung es den Hotspot-Kommunen noch antun möchte, dass sie sich vor jeder Entscheidung wegduckt. Der Ministerpräsident hat gerade in seiner Rede die Oberbürgermeister und Landräte, die auf kommunaler Ebene hauptamtlich agieren, gelobt und ihnen Respekt gezollt. Das finde ich gut. Aber entspricht das auch der Realität, wie diese Landesregierung mit unseren Kommunen und den sie leitenden Personen umgeht?

(Christian Dahm [SPD]: Nein!)

Vor fast zwei Wochen haben mehrere Hotspot-Kommunen – parteiübergreifend übrigens – um Genehmigung einer Allgemeinverfügung gebeten, die es den Kommunen erlaubt hätte, auch in den Schulen eine Abstandsregelung zu treffen – so, wie wir alle das ganz normal bei unseren Veranstaltungen machen, 1,5 m Abstand auch zwischen Schülerinnen und Schülern im Klassenraum. Da, wo wir in Schulen Räume haben, die groß genug sind, hätte man das bewerkstelligen können. Da, wo die Klassenräume zu klein sind – wie wahrscheinlich in den meisten Schulen –, hätte man Wechselunterricht, Distanzunterricht oder Hybridunterricht machen müssen. Das war der Vorschlag vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Doch was ist seitdem passiert? Nichts! Die Landesregierung schweigt zu diesem Lösungsansatz. Man hört interessanterweise, dass der Staatssekretär aus dem Gesundheitsministerium in diesen Kommunen herumtelefoniert und sagt: Na ja, aus der Sicht des Gesundheitsministeriums ist das eigentlich gar kein schlechter Vorschlag. Das können wir uns vorstellen. Aber das Schulministerium weigert sich. Wir dürfen das so nicht genehmigen.

Meine Damen und Herren, was für ein schreckliches Erscheinungsbild einer in Wahrheit längst in Trennung befindlichen Koalition!

(Beifall von der SPD – Heiterkeit von Verena Schäffer [GRÜNE])

Ein gemeinsam abgestimmtes Handeln der einzelnen Ressorts gibt es schon lange nicht mehr. Sie benehmen sich wie ein Ehepaar, das sich nichts mehr zu sagen hat, auch wenn Sie hier gerade nebeneinandersitzen.

Dabei brauchen die Hotspot-Kommunen einen klaren Handlungsrahmen. Den kann die Landesregierung auch nicht auf die Kommunen abwälzen. Das wäre politisch feige.

Bitte helfen Sie nicht nur den Hotspot-Kommunen. Lassen Sie auch die anderen Kommunen nicht im Regen stehen, und wälzen Sie die Verantwortung nicht nach unten ab.

Tun Sie bitte auch irgendwann das, was Sie schon mehrfach angekündigt haben. Seit Wochen erzählen Sie, dass Sie Vorschläge zur Verbesserung der Corona-Warn-App machen wollen. Hier im Landtag habe ich davon bislang noch nichts vernommen. Woran liegt das? Warum kündigen Sie stets etwas an, wenn dann doch nichts kommt?

Herr Laschet, seit knapp einer Woche weigert sich das Gesundheitsministerium, eine Presseanfrage zu beantworten, ob die Schutzkittel der Firma van Laack auch nach der einschlägigen DIN-Norm zertifiziert sind.

Ich habe eine Stellungnahme des Universitätsklinikums Münster vorliegen, die besagt, dass diese Kittel nur nutzlos herumliegen, weil ihnen das erforderliche Zertifikat fehlt.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

So ein Zertifikat kann man nicht nachreichen. Wenn es fehlt, dürfen die Kittel nicht eingesetzt werden. Das wäre ansonsten geradezu kriminell. Schutzkittel für Universitätskliniken müssen stets zertifiziert sein.

Herr Laschet, verfügen alle Schutzkittel, die Sie für sehr viel Geld bei van Laack gekauft haben, über ein Zertifikat für den Einsatz in unseren Kliniken? Jetzt haben Sie die Gelegenheit. Klären Sie das bitte unverzüglich auf, und beantworten Sie diese Frage.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen die Zeit bis zum 10. Januar nicht ausschließlich damit verbringen, Weihnachten zu feiern. Weihnachten zu feiern, ist gut und wünsche ich uns auch im Rahmen des Möglichen; hoffentlich werden die Werte sinken. Wir müssen die Zeit aber auch nutzen, um uns jetzt auf die Zeit nach dem 10. Januar vorzubereiten, damit wir dann nicht wieder Gefahr laufen, im Frühling des

nächsten Jahres möglicherweise in einen dritten Lockdown zu rennen.

Das bedeutet:

Sorgen Sie bitte endlich für eine umfassende Testinfrastruktur in diesem Land. Frau Professor Woopen aus Ihrem Expertenrat mahnt das schon seit Monaten an.

Unterstützen Sie die Krankenhäuser finanziell und personell. In der Aktuellen Stunde werden wir darüber gleich noch debattieren.

Stellen Sie die Weichen in der Schulpolitik neu. Machen Sie den Solinger Weg endlich frei, und geben Sie den Schulen die nötigen Handlungsspielräume, die sie brauchen.

(Beifall von der SPD)

Entwickeln Sie einen Stufenplan mit konkreten Maßnahmen in Abhängigkeit von den Infektionszahlen vor Ort. Zwischen 50 und 200 gibt es auch Werte, die beachtenswert sind und bei denen bestimmte Schritte eingeleitet werden müssen. Insbesondere Hotspot-Kommunen brauchen Ihre Unterstützung.

Wenn Sie das nicht tun, wird auch die dritte Welle höher, als uns allen lieb sein kann. Dann stehen wir wenige Wochen später wieder vor dem nächsten Lockdown. Das ist vermeidbar. Man muss es nur angehen.

Ich habe hier schon mehrfach gesagt, dass wir als SPD-Fraktion auch für weitreichende Maßnahmen jederzeit zur Verfügung stehen. Wir kommen jederzeit auch in dieser Weihnachtspause hierher und arbeiten mit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle drei Minuten stirbt in Deutschland ein Mensch an Corona. Da kann man sowieso nicht entspannt unter dem Weihnachtsbaum sitzen. Ich weiß, dass Ihnen allen das genauso geht. Deswegen lassen Sie uns gemeinsam alle Kraftanstrengungen unternehmen, um dieses Virus in den Griff zu bekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU hat nun der Fraktionsvorsitzende Löttgen das Wort.

(Christof Rasche [FDP]: Das passt zur Rede von Kutschaty! – Christian Dahm [SPD]: Die war nicht schlecht, oder?)

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident Werte Kolleginnen und Kollegen! Mit Wirkung vom morgigen Mittwoch an unterliegt das öffentliche Leben in der gesamten Bundesrepublik harten Einschränkungen. In bisher – sprich: den letzten 72

Jahren – nicht gekanntem Ausmaß werden Freiheitsrechte temporär beschränkt oder gar ausgesetzt.

In den sieben Konferenzen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin zwischen dem 17. Juni und dem 13. Dezember sind gemeinschaftlich zunehmend stärkere Einschränkungen unseres Alltags beschlossen worden, die alle einem Ziel dienen: Die Gesundheit und das Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger bestmöglich zu schützen.

Die bisherigen mildereren Mittel haben nicht versagt, wie manche fälschlicherweise behaupten. Zwar haben sie den exponentiellen Anstieg zwischen Ende Oktober und dem 4. November für einen Monat gebrochen. Sie waren jedoch nicht ausreichend, um eine erneute exponentielle Ausbreitung des Infektionsgeschehens seit Anfang Dezember wirksam und vor allen Dingen dauerhaft zu verhindern.

Deshalb danke ich dem Ministerpräsidenten Armin Laschet für die Unterrichtung und vor allen Dingen für die Begründung der jetzt folgenden Beschränkungen.

Als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz hat Berlins Regierender Bürgermeister Müller am Sonntag zwei Fragen gestellt, die sich großer Popularität erfreuen, deren differenzierte Beantwortung aber augenscheinlich in der öffentlichen Diskussion überhaupt keine Rolle mehr spielt: Warum so und nicht anders? Warum heute und nicht schon gestern?

Die lautstarke Antwort von vielen: Auf jeden Fall anders, und am besten vorgestern.

Eine noch lautstärkere Antwort mancher Querköpfe: Die Pandemie ist eine Erfindung. Einschränkungen sind nicht notwendig.

Die Antwort unseres Ministerpräsidenten, seines Kabinetts, der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP ist seit Beginn der Pandemie die immer gleiche, und sie ist nach wie vor richtig: Wenn die Zahlen steigen, müssen die Maßnahmen verstärkt werden. Wenn die Zahlen sinken, müssen die Einschränkungen wieder aufgehoben werden.

(Zuruf)

Genau deshalb ist diese Regierung eine Regierung des Rechts.

Auch wenn es die Opposition noch so wurmt und fuchst, auch wenn sie noch so heftig ein angebliches Chaos der Politik kritisiert, auch wenn manche in den Medien und in der Bevölkerung dies als planlos missverstehen: Diese Regierung darf sich zu keinem Zeitpunkt die Meinung einer der beiden vorgenannten Seiten zu eigen machen. Sie muss zu jedem Zeitpunkt begründen, dass die getroffenen Maßnahmen für jeden einzelnen Sachverhalt zu jedem Zeitpunkt in jeder Region unseres Landes der Lage angemessen

– sprich: verhältnismäßig – waren. Dazu braucht es ein wenig Zeit. Es braucht Nachdenken und eine gewissenhafte Prüfung, um diese Wahrung der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.

Ja, es mag ein gefühlter Nachteil gegenüber einer Opposition sei, die sich genau diese Prüfung und dieses Nachdenken zugunsten populärer Ansichten ersparen darf und die notwendige Zeit als Zögern deutet. Das ist nicht fair, aber zulässig.

Was mich allerdings wirklich nervt, ist die Oberflächlichkeit der öffentlichen Debatte um diese Grundrechtseinschränkungen. Mit welcher Leichtigkeit selbst gestandene Meinungsmacher der Medien eine zwingend notwendige Güterabwägung von einschneidenden Beschränkungen und die dazu notwendige Zeit unberücksichtigt lassen, ist schon atemberaubend.

Die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufgeführten Grundrechte sind in ihrer Bedeutung gleichgewichtig. Wolfgang Schäuble hat mehrfach darauf hingewiesen. Wegen ihrer Gleichwertigkeit können sie in bestimmten Fällen in Kollision miteinander geraten. Dann müssen die Rechtsgüter in Gegenüberstellung daraufhin untersucht werden, welchem Recht im Einzelfall der Vorrang einzuräumen ist. Hierbei ist die Wertigkeit der in Konflikt geratenen Rechte für den konkreten Fall sowie das Für und Wider der Beschränkungen eines dieser Grundrechte abzuwägen.

Nichts anderes, meine Damen und Herren, macht diese Regierung, macht unser Ministerpräsident Armin Laschet, macht der Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann, macht dieses Landeskabinett, machen die Fraktionen von CDU und FDP seit Beginn der Pandemie.

Wenn im aktuellen Politbarometer fast 50 % unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger für härtere Maßnahmen sind, 35 % das, was derzeit gilt, für richtig halten und 13 % der Meinung sind, selbst die jetzt geltenden Maßnahmen seien übertrieben, dann darf man sich die Entscheidung, diesem Land erneut einen Lockdown zu verordnen, nicht leicht machen. Im Gegenteil! Sie ist mir und vielen anderen schwergefallen.

Sie hat auch deshalb ein wenig Zeit gebraucht, weil zu einem Punkt – hoffentlich auch hier in diesem Parlament – Konsens bestehen muss: Grundrechtseingriffe dürfen niemals von Mehrheitsmeinungen abhängig sein. Sie bedürfen stets dessen, was in unserem Grundgesetz konstitutiv verankert ist, der sorgfältigen und rechtsstaatskonformen Prüfung und Abwägung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch die sorgfältigste Verordnung vermag eines nicht zu ersetzen: die aktive Mitwirkung der Gesellschaft an der Bekämpfung der Pandemie.

Ich bin sicher, dass viele in diesem Hohen Haus mit mir ähnliche Erfahrungen teilen: Nicht gerade wenige derjenigen, die stets für härtere Maßnahmen insbesondere bei anderen plädieren, finden für sich selbst oft genug höchst kreative Begründungen, um Regeln zu durchbrechen.

Aber man muss nicht alles machen, was möglich ist. Eine Pandemie mit exponentieller Entwicklung der Infiziertenzahl und daraus unweigerlich folgendem zeitverzögerten Anstieg der Zahl aus diesem Grund heraus Verstorbener ist der am wenigsten geeignete Zeitpunkt, um Grenzen auszutesten.

Dieser Appell gilt für uns alle. Er mag für die Politik im Besonderen gelten.

Es gab so etwas wie die gute alte Zeit bei Coronadebatten auch in diesem Plenum. Vor nur rund acht Monaten – Ende März/Anfang April dieses Jahres – hat man sich noch gegenseitig und über Parteigrenzen hinweg für gute Vorschläge applaudiert und konstruktiv zusammengearbeitet. Seit einiger Zeit hat sich dies geändert – leider, füge ich hinzu. Aus sachlich begründeter Kritik der Opposition sind persönliche Vorwürfe bis hin zu Rücktrittsforderungen geworden.

(Zuruf von der SPD: Ja, klar!)

Statt den Zielkonflikt „Schutz der Bevölkerung vor Ansteckung versus Aufrechterhaltung der sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität“ zu lösen, eröffnen einige in diesem Haus den Wettbewerb um politische Geländegewinne.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Die SPD mag da als ein erstes Beispiel dienen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende wird in einem „SPIEGEL“-Artikel vom 2. Oktober 2020 mit den Worten zitiert, Laschet sei unsicher und zögerlich. Weiter sagt Herr Kutschaty, gutes Krisenmanagement gebe es dagegen in Bayern unter Markus Söder.

(Lachen von Henning Höne [FDP])

Zwei Monate später, am 8. Dezember 2020, twitterte der Konkurrent um den SPD-Parteivorsitz, Sebastian Hartmann:

„Die dauerhafte wie erfolglose Schlusslicht-Position von Bayern bei den Corona-Zahlen und die ständige Medienkampagne zur Ablenkung hiervon von Markus Söder ist der eigentliche Katastrophenfall.“

Meine Damen und Herren, das hat nichts mehr mit sachlicher Kritik an Coronamaßnahmen zu tun, sondern ausschließlich mit der persönlichen Profilierung von Herrn Kutschaty und Herrn Hartmann zulasten Dritter.

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Dahm [SPD]: Das ist ja peinlich!)

Im Übrigen zeigt es wohl deutlich, dass der eigentliche Katastrophenfall weder in Nordrhein-Westfalen noch in Bayern, sondern in der Mitte der SPD dieses Landes zu suchen ist.

(Christian Dahm [SPD]: Mensch, Mensch!)

Meine Damen und Herren, würden SPD und Bündnis 90/Die Grünen Kritik in der Sache üben, müssten sie in gleicher Weise, in der sie diese Landesregierung kritisieren, auch die Landesregierungen kritisieren, in denen sie selbst Regierungsverantwortung tragen.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Die haben eigene Landtage!)

Da sie dies nicht tun, ist die einzig mögliche Schlussfolgerung, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen sachorientierte Kritik zugunsten persönlicher Diskreditierung aufgegeben haben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Zwei Beispiele, meine Damen und Herren: die Kritik von SPD und Bündnis 90/Die Grünen an der Beschaffung von Schutzkitteln und -masken. Um uns noch einmal in die Zeit Ende März/Anfang April dieses Jahres zu versetzen, darf ich aus verschiedenen Plenarprotokollen zitieren.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Kutschaty sagte in der Debatte am 24. März 2020 – Zitat –:

„Was wir jetzt nicht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Zeit. Zu spät zu handeln, wäre weit aus schlimmer als vorschnell zu handeln. Wer zögert, versagt. Wer zu wenig tut, scheitert ebenfalls mit katastrophalen Folgen. Der Staat muss handeln – schnell, mutig und entschlossen.“

(Lachen von Christian Dahm [SPD])

Und etwas später:

„Selbstverständlich werden wir die Regierung auch unterstützen, wenn sie tut, was getan werden muss, um diese Krise zu überwinden ...“

Die damalige Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen sagte in derselben Debatte:

„Alle Möglichkeiten der zusätzlichen Produktion von Schutzkleidung durch Unternehmen der Bekleidungsbranche, die sich jetzt melden, müssen schnell ausgenutzt werden.“

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ja, genau!)

Und Thomas Kutschaty sagte einige Wochen später in der Plenardebatte am 1. April:

„Das Wichtigste: Wir müssen alles dafür tun, damit genügend Schutzkleidung und Intensivbetten zur Verfügung stehen, bevor die Krise ihren Höhepunkt erreicht.“

(Thomas Kutschaty [SPD]: Richtig!)

„Alles dafür tun“, „tun, was getan werden muss“ – wenn Sie, Herr Kutschaty, wenn Bündnis 90/Die Grünen einen Anruf unseres Ministerpräsidenten Armin Laschet, der lediglich einen Kontakt zwischen einem Unternehmen, das Ausstattung liefern konnte, und der Beschaffungsstelle im Gesundheitsministerium herstellte, heute als Vetternwirtschaft diskreditieren und stigmatisieren, dann war das, was Sie in diesen Debatten gesagt haben, Anstiftung zu diesem Vorgehen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Lachen von der SPD)

Wäre es Kritik in der Sache ...

(Zurufe von der SPD)

– Damit kommen Sie nicht zurecht; das ist mir schon klar.

Wenn Sie an die Worte von gestern erinnert werden, dann zeigt sich, wie vergesslich Sie sind, Herr Kutschaty und meine Damen und Herren von den Grünen.

(Beifall von der CDU – Christian Dahm [SPD]: Damit kommst du in die Landtagszeitung! Das ist gut!)

Wäre es Kritik in der Sache, hätten Sie im gleichen ...

– Ihnen wird das Lachen gleich noch vergehen, Herr Dahm.

(André Stinka [SPD]: Nee, bei Ihnen nicht!)

Wäre es Kritik in der Sache, hätten Sie im gleichen Atemzug die SPD-Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz und den Grünen-Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg kritisieren müssen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Malu Dreyer, die SPD-Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz, bedankte sich am 17. April herzlich bei der BASF für die Beschaffung wichtiger Schutzausrüstung im Ausland.

(Sarah Philipp [SPD]: Was soll das denn jetzt?)

Winfried Kretschmann, grüner Ministerpräsident in Baden-Württemberg, bedankte sich Anfang Mai für den exzellenten Kontakt zu Daimler-Benz bei der Beschaffung von Atemschutzmasken aus China.

(Sarah Philipp [SPD]: Ja und?)

Glauben Sie ernsthaft, meine Damen und Herren von der Opposition, dass Malu Dreyer diese Chefsache mit der BASF delegiert hat oder dass Winfried Kretschmann diesen exzellenten Kontakt zu Daimler-Benz per Brieftaube organisiert hat?

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das, meine Damen und Herren, glaubt doch niemand!

Die SPD in diesem Hause wagt es ja nur deshalb, das Wort „Vetternwirtschaft“ in den Mund zu nehmen, ohne rot zu werden, weil sie es schon ist und sich aus ihrer Regierungstätigkeit bestens mit rotem Filz auskennt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

„Irgendetwas stimmt da nicht“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende gegenüber der dpa. – Herr Kutschaty, schließen Sie nicht aus Ihrem damaligen Regierungshandeln fälschlicherweise auf andere.

(André Stinka [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Mit Blick auf das Handeln der SPD kann ich Ihnen aber nur recht geben: Da stimmt was nicht. Denn ganz gewiss ist ein Satz aus demselben Interview vom 03.12. nicht stimmig – Zitat –:

„Er persönlich“

– also der SPD-Spitzenkandidat in spe, Thomas Kutschaty –

„wäre als Ministerpräsident nie auf die Idee gekommen, in so einer Situation persönlich zum Telefonhörer zu greifen“

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Ha, ha!)

Herr Kutschaty, bei allem Respekt: Alleine mit diesem Satz haben Sie sich zum Großonkel der nordrhein-westfälischen Politik gemacht. Sich persönlicher Mühe und Anstrengung zu entziehen, disqualifiziert Sie für jedes Amt, welches Sie in Verantwortung für Nordrhein-Westfalen noch ausüben wollen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Dr. Martin Vincentz [AfD] – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich bin froh und glücklich, dass wir mit Armin Laschet einen Ministerpräsidenten haben, der selbst Verantwortung wahrnimmt, der in Krisensituationen selbst zum Telefonhörer greift, der Probleme anpackt und löst.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Und dieser Respekt gilt auch für die Ministerpräsidenten anderer Länder, die in gleicher Weise Ähnliches getan haben – egal, welcher Partei sie angehören.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Und nebenbei: Sie haben vorhin gesagt, da wäre etwas Trennendes. – Das stimmt, Herr Kutschaty.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das Einzige, was diese Koalition von CDU und FDP trennt, sind Plexiglaswände.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das war so, das bleibt so, und das wird auch in Zukunft so sein, auch wenn es Ihnen nicht passt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein weiteres Beispiel sind die Rücktrittsforderungen der SPD gegenüber der Schulministerin. Man muss sich schon entscheiden, ob man daran mitwirkt, unser Schulsystem gut durch die Krise zu bekommen, oder ob man der Schulministerin persönlich schaden will.

Ich will eine Passage aus dem gemeinsamen, einstimmigen Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 20. November im Nachgang der Ministerpräsidentenkonferenz vom 16. November zitieren:

„Die Kultusministerkonferenz begrüßt die klare Entscheidung für eine Offenhaltung der Schulen. ... Die Kultusministerkonferenz begrüßt zudem die klare Entscheidung für den Präsenzunterricht. Denn die Schulschließungen im Frühjahr haben die Nachteile des Distanzunterrichts deutlich gezeigt: Insbesondere jüngere Schülerinnen und Schüler sind im Distanzunterricht aufgrund der fehlenden oder stark eingeschränkten Anleitung in der Regel überfordert. Viele Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien werden durch den Distanzunterricht in ihren Lernprozessen benachteiligt.“

Unterschrieben ist dieser Beschluss von der Vorsitzenden der KMK, Frau Hubig von der SPD. Er ist unterschrieben von sechs weiteren Bildungsministern, die der SPD angehören. Und er ist auch von unserer Bildungsministerin, Yvonne Gebauer, unterschrieben.

Aber Sie von SPD und Bündnis 90/Die Grünen kritisieren alleine Yvonne Gebauer, weil Ihnen nicht Kritik in der Sache wichtig ist, sondern weil Ihnen persönliche Diffamierung wichtig ist,

(Beifall von der CDU und der FDP)

weil Sie im Gegensatz zu einer nordrhein-westfälischen Schulministerin, der das Wohl aller Schülerinnen und Schüler am Herzen liegt, politischen Profit aus einer Krisensituation schlagen wollen.

Wenn Kinderärzte warnen – Zitat –: „Das Schließen von Schulen hat katastrophale Langzeitfolgen“,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

dann muss eine gute Schulministerin dieses Risiko gegen mögliche Infektionsrisiken abwägen. Dann ist vielleicht der Satz „5 % der Schülerinnen und Schüler in Quarantäne sind besser als 100 %, die mit dem Tablet am Küchentisch sitzen“, richtig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und wenn sie darum kämpft, gemeinsame Beschlüsse der KMK umzusetzen, aber die gesamte KMK sich mit ihren Beschlüssen nicht durchsetzen konnte, dann hat sie Unterstützung verdient und keine dahergelaufene Rücktrittsforderung, deren Begründung in jeder Schule mit der Note „ungenügend“ zurückgehen würde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

ich gebe Ihnen ein letztes Beispiel, das Sie in Bezug auf die Glaubwürdigkeit zumindest der SPD nachdenklich machen sollte. Es gibt viele Menschen, die die aktuelle Situation als anstrengend empfinden, die dieser Situation entfliehen wollen. Raus aus der Pandemie und Urlaub; egal wohin, Hauptsache weg.

Des Deutschen beliebtestes Mittel dazu – das ist bekanntlich die Kreuzfahrt – ist von vielen seriösen Unternehmen eingestellt worden. AIDA beispielsweise lässt bis ins späte Frühjahr keine Buchungen zu. Kontaktverbot umgesetzt und verantwortlich gehandelt, habe ich gedacht, bis ich auf das Angebot der FFR GmbH gestoßen bin.

(Zuruf von der SPD: Oh Gott!)

Was ich Ihnen vorab erklären muss: Die Ferien-, Freizeit- und ReiseService GmbH ist eine 100%ige Tochter der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft, ein Unternehmensbereich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Aufsichtsratsvorsitzende der ddvg ist die Kollegin Generalsekretärin der SPD in Nordrhein-Westfalen, Nadja Lüders.

(Zurufe von der CDU und Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Oh!)

Der SPD-Reiseservice und -Reiseveranstalter für Mitglieder und Freunde der SPD bietet an – Achtung, aktueller Stand heute Morgen –: Festtagskreuzfahrten als Weihnachtsreise zwischen dem 22.12. und dem 27.12. zum Knüllerpreis mit 80 % Rabatt, eine sechstägige Weihnachtsflusskreuzfahrt, eine achttägige Silvesterflusskreuzfahrt.

Ich zitiere aus diesem Angebot – Achtung, meine Damen und Herren, gut zuhören! –:

„Weihnachten mal anders – mit der ganzen Familie und euren Freunden

Weihnachten ist das Fest der Familie, das verbringt man üblicherweise im Kreise seiner Lieben zu Hause. Wirklich? Nehmt doch eure Familie und Freunde mit und verbringt die Weihnachtstage gemeinsam und wohl umsorgt an Bord

unseres Fluss-Schiffes auf dem Rhein. Das lohnt sich dieses Jahr ganz besonders!“

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Meine Damen und Herren, dieses Angebot der SPD lässt mich fassungslos zurück. – Ja geht es denn noch, Herr Kutschaty? SPD-Kreuzfahrten mit mindestens 100 Teilnehmern als Superspreading-Event der Extraklasse? Wollen Sie das wirklich zulassen, Herr Kutschaty, Frau Lüders?

(Anhaltender Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Fröhlich feiernde SPD-Genossen bei Weihnachtsgans und Silvestergaladinner, während in unseren Krankenhäusern die Menschen um ihr Leben kämpfen?

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Herr Kutschaty, räumen Sie einfach in Ihrem eigenen Laden auf, bevor Sie anderen hier haltlose Vorwürfe machen! Sorgen Sie dafür, dass diese Angebote für Genossen, die Gesetze brechen, verschwinden!

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Und sollte sich herausstellen, dass die FFR auch noch die Frechheit besessen hat, als Reiseunternehmen staatliche Hilfen zu beantragen, dann würde ich Ihnen in naher Zukunft empfehlen, sehr viel kleinere Brötchen zu backen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Langanhaltender und lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul⁹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es fällt mir jetzt gerade ein bisschen schwer, zur Sachlichkeit zurückzukehren. Denn ich frage mich schon: Wie groß muss die Panik in dieser Koalition sein, wenn das einen derart wütenden und unsachlichen Auftritt des CDU-Fraktionsvorsitzenden hervorruft?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Löttgen, halten Sie das, was Sie hier gerade vorgetragen haben, ernsthaft für die richtige Botschaft in dieser Situation an die Menschen in diesem Land?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ist das Ihre Antwort auf die schwierigen Herausforderungen, vor denen die Menschen in diesem Land gerade stehen? Denn wir schauen in diesen Tagen auf ein Jahr zurück, das uns alle herausgefordert und

verändert hat – nun zum Jahresende noch einmal in ganz besonderem Maße.

Die Lage ist weiterhin dramatisch. Fast täglich müssen wir von neuen Höchstwerten lesen, von höchsten Zahlen an Neuinfektionen, aber auch Höchstständen bei Todesopfern dieser Pandemie. Und seit Wochen und Monaten arbeitet unser Gesundheitssystem am Anschlag. Da sind die physischen Belastungen, aber da sind eben auch die psychischen Belastungen, die Spuren hinterlassen im täglichen Ringen um Menschenleben.

Diese Pandemie fordert uns allen viel ab, auch wenn die Krise nicht alle gleich trifft. Das gilt insbesondere für die Kontaktbeschränkungen. Man möchte fast sagen, an dieser Stelle würde man sich vielleicht auch die eine oder andere Kontaktbeschränkung hier im Hause wünschen. Die Kontaktbeschränkungen treffen viele Menschen hart.

Diese Krise – und das müssen wir uns vor Augen führen – ist auch eine Krise der Einsamkeit. Der notwendige Verzicht auf körperliche Nähe darf nicht zu einer sozialen Distanz führen. Physical Distancing darf nicht Social Distancing bedeuten.

Sich jetzt wieder ins Private zurückzuziehen, birgt Risiken und Gefahren für Menschen mit psychischen Erkrankungen beispielsweise, aber auch für diejenigen, für die das eigene Zuhause kein sicherer Ort ist und für die Weihnachten nicht die schönste Zeit des Jahres ist. Gerade jetzt ist es wichtig, die Einrichtungen des Gewalt- und des Kinderschutzes in der kompletten Zeit des Shutdowns offen zu halten, die Erreichbarkeit sicherzustellen. Dort, wo zusätzliche Kapazitäten und zusätzliche Angebote nötig werden sollten, muss diese Landesregierung kurzfristig auch Mittel zur Verfügung stellen.

Schutzräume für Kinder und Jugendliche müssen unter Wahrung des Infektionsschutzes ermöglicht werden. Es ist wichtig, dass wir, wie wir das auch im Frühjahr bereits hatten, Notfallnummern und Hilfsangebote wieder dort aushängen und darüber informieren, wo sich Menschen jetzt noch jenseits der eigenen vier Wände aufhalten können.

Natürlich sind Kontaktbeschränkungen auch über die Weihnachtsfeiertage notwendig, und sie sind richtig. Aber sie müssen an die Lebensrealität der Menschen angepasst sein. Kontakte zu Weihnachten auf den engsten Familienkreis und Verwandte in gerader Linie zu beschränken, berücksichtigt diese aber nicht. – Ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident: Überdenken Sie das noch mal bei der Umsetzung und setzen Sie bei den Kontaktbeschränkungen nicht auf eine Definition von Verwandtschaftsgraden.

Niemand soll Weihnachten nicht im Kreise seiner Familie verbringen können. Aber die engsten und die wichtigsten Menschen sind nicht unbedingt die Menschen, mit denen man auch tatsächlich in gerader

Linie verwandt ist. Ich bitte Sie, das noch einmal zu überdenken.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist gut und richtig, dass nun nicht länger gezögert wurde und die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin sich endlich zu diesem konsequenten Schritt durchringen konnte. Wir unterstützen diesen konsequenten Schritt.

Das ist gerade jetzt eine besondere Zumutung. Es ist aber nicht nur sozial eine besondere Zumutung, sondern es ist auch wirtschaftlich eine besondere Zumutung, weil für Gastronomie, Hotellerie, Einzelhandel, Kulturschaffende, Schaustellerinnen und Schausteller das Jahresende eigentlich Hochkonjunktur bedeutet. Der Ausfall des Weihnachtsgeschäfts ist für viele existenzbedrohend, gerade nach vielen Monaten der Unsicherheit und teils drastischen Einnahmeverlusten. Es braucht jetzt also schnell Klarheit über Hilfen. Vor allem müssen die Hilfen jetzt auch ankommen.

Novemberhilfen, die im Januar ausgezahlt werden, und Dezemberhilfen, die bis weit ins nächste Jahr auf sich warten lassen, können sich viele Unternehmen, können sich Gastronomen, Einzelhändlerinnen und Einzelhändler nicht leisten.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Denn nach dem Shutdown – und das muss auch klar sein – darf nicht die Pleitewelle kommen. Unsere Innenstädte dürfen nicht der Pandemie zum Opfer fallen. Jetzt reden wir alle darüber, wie wichtig uns die Innenstädte sind. Ja, diese Innenstädte sind vor allem auch Orte der Begegnung. Diese Orte werden wir brauchen, wenn wir irgendwann durch diese Pandemie gekommen sein werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber noch dringender als Nothilfen brauchen Unternehmen, Kulturschaffende und Gastronomen Perspektiven. Wir müssen jetzt endlich damit aufhören, uns im öffentlichen Krisenmanagement im Zwei-Wochen-Rhythmus von MPK und MPK zu hangeln. Deshalb brauchen wir einen Stufenplan, der nachvollziehbar und einheitlich aufzeigt, was wann unter welchen Bedingungen möglich ist.

Wirtschaft und Kultur brauchen das, aber auch Freizeit und Sport brauchen einen verlässlichen Rahmen, der sich an Inzidenzen orientiert und je nach Infektionsgeschehen bestimmte Aktivitäten ermöglicht, jedoch Einschränkungen bei hohen Inzidenzwerten vorsieht.

Nach fast zehn Monaten in der Pandemie brauchen wir längerfristige Perspektiven für ein Leben mit der Pandemie. Trotzdem hat diese Landesregierung, gerade was die vorausschauende Politik – ich weiß,

Herr Löttgen, diese Kritik hören Sie nicht gerne –, was das vorausschauende Krisenmanagement angeht, allzu oft jede Perspektive vermissen lassen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Herr Löttgen, das will ich Ihnen auch sagen: Konstruktive Kritik der Opposition als Profilierungssucht zu diffamieren, sagt eigentlich alles über den Zustand dieser Regierungskoalition aus.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Lage angepasst und verantwortlich für dieses Land, Herr Löttgen – das geht anders.

Natürlich werden wir auch weiterhin auf die Handlungsbedarfe hinweisen. Davon werden wir uns von Ihnen nicht abbringen lassen, auch wenn Sie das nicht hören mögen. Aber Sie müssen das jetzt noch einmal hören.

Insbesondere bei der Frage von Bildung und Betreuung gefällt sich in diesem Fall vor allem der FDP-Teil der Landesregierung in Ankündigungen und Garantien. Und was die Bildungs- und Betreuungsgarantie à la FDP in der Praxis bedeuten, das dürfen Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, das dürfen aber auch Träger, Erzieherinnen und Erzieher und Eltern derzeit einmal mehr erleben.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Ja, wir sind uns natürlich einig, dass das Offenhalten von Bildungseinrichtungen so lange wie möglich Priorität hat, dass wir vor allem den Kontakt zu Kindern und Jugendlichen im Sinne des Kinderschutzes nicht verlieren dürfen. Dieser Kontakt darf nicht abreißen. Wir sind uns auch einig, dass für viele Kinder und Jugendliche ein außerhäusliches Lern- und Entwicklungsumfeld richtig ist. Ja, darüber sind wir uns im Grundsatz einig.

Aber seit Wochen betteln Schulen und Kommunen nachgerade, man möge ihnen wenigstens keine Steine in den Weg legen, um lageangepasste Konzepte umsetzen zu können. Was passiert? Diese Landesregierung präsentiert sich als Bremsklotz und Verhinderer einer verantwortungsvollen Krisenpolitik, eines verantwortungsvollen Krisenmanagements. Herr Ministerpräsident, so geht Bildungsgerechtigkeit nicht!

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch am Mittwoch echauffiert sich die Schulministerin über die Vorschläge der Leopoldina und bezeichnet diese als völlig untauglich, um dann am Freitag endlich doch vom Ministerpräsidenten korrigiert zu werden. Man möchte allerdings sagen, ein wenig zu spät, denn der Frust in den Schulen ist groß, die Verunsicherung ist groß, und auch der Vertrauensverlust in das Handeln dieser Landesregierung ist immens.

Die dazugehörige SchulMail – wen überrascht es eigentlich noch ernsthaft – mit der Ankündigung, dass die Aufhebung der Präsenzpflicht ab Montag gilt, kam wie immer Freitag, und das nach Dienstschluss. Sie war erst dann im Posteingang der Schulleitungen.

Ihr Kommunikationschaos der letzten Wochen und Monate, Frau Ministerin, setzt sich leider nahtlos fort: erst das sture Beharren auf Präsenz, und jetzt fehlt es auch wieder an klaren Leitlinien.

Eltern sind verunsichert, Lehrerinnen und Lehrer sind überfordert, weil das Schulministerium jede Vorbereitung für diese Situation seit Monaten verhindert hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Für Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer wäre es gut, wenn Sie mittlerweile wenigstens klargestellt hätten, dass in dieser Woche keine Klassenarbeiten mehr geschrieben werden. Die Belastungen für junge Menschen in dieser Pandemie sind doch ohnehin schon hoch. Schaffen Sie jetzt Klarheit, und das auch über den 10. Januar hinaus. Setzen Sie Schülerinnen und Schüler nicht zusätzlichem Druck und zusätzlicher Verunsicherung aus.

Jetzt ist eingetreten, wovon Fachleute und eben nicht nur die Opposition seit Monaten warnen: Wer keinen Plan B hat, Frau Ministerin Gebauer, stürzt die Schulen ins Chaos. Das ist spätestens gestern vollumfänglich durchgeschlagen. Der stürzt die Schulen ins Chaos und alle Beteiligten in Verwirrung und Frustration.

Die vierte Ferienzeit in der Pandemie darf jetzt nicht wieder ungenutzt verstreichen. Nicht zuletzt müssen wieder Perspektiven eröffnet werden, und es muss auch Ruhe Einzug in das System halten.

Was kann unter Coronabedingungen eigentlich in diesem Schuljahr noch erbracht werden? Was muss gegebenenfalls rechtssicher angepasst werden? Diese Fragen müssen beantwortet werden. Sie können diese Fragen nicht weiter auf die lange Bank schieben, und Sie können sich auch nicht weiter vor diesen Fragen wegducken. Dieses Schuljahr ist ein Schuljahr unter Pandemiebedingungen. Außer der Schulministerin hat das in Nordrhein-Westfalen mittlerweile auch jeder verstanden.

Der Ministerpräsident muss sich fragen, ob diese Ministerin noch die richtige Besetzung für diese Aufgabe ist.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch Eltern brauchen Verlässlichkeit. Wie sollen die Eltern jetzt mit der Ansage von Familienminister Stamp umgehen, dass die Kitas zwar grundsätzlich offen sind, Eltern aber dringend aufgefordert werden, ihre Kinder nicht zu bringen? So wälzt man Verantwortung ab.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das ist doch Quatsch!)

So können Sie, Herr Stamp, natürlich Ihre Bildungs- und Betreuungsgarantie aufrechterhalten, ja. Allerdings ist das eine Politik nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE] und Thomas Kutschaty [SPD])

Sie schieben die Verantwortung auf die Eltern ab. Sie schieben die Verantwortung auf die Familien ab. Die Belastungen für Familien und Kinder waren im Frühjahr schon groß, und die politische Prioritätensetzung war zum Teil falsch. Mittlerweile herrscht darüber auch ein großes Maß an Einigkeit. Daher unterstützen wir ja die von uns lange eingeforderte Verschiebung des Fokus auf Kinder, Jugendliche und Familien.

Aber jetzt wälzen Sie Ihr vollmundiges und, ehrlich gesagt, Herr Minister Stamp, völlig voreiliges Versprechen „Mit mir wird es keine Kita-Schließungen mehr geben“ auf die Eltern ab. Das tun Sie mit dieser Politik. Mit Ihrer Ansage „Ich schließe keine Kitas, aber bitte bringen Sie die Kinder nicht“

(Beifall von den GRÜNEN, Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD] und Dr. Dennis Maelzer [SPD])

wälzen Sie Ihr Versprechen einer Bildungs- und Betreuungsgarantie auf die Eltern ab.

Das ist kein Beitrag zu verlässlicher Familienpolitik. Das ist das Gegenteil von verlässlicher Familienpolitik in der Krise, und damit verunsichern Sie die Familien in diesem Land einmal mehr.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Schlimmer noch: Das hat ja auch ganz praktische Auswirkungen auf die Familien. Nach den Vorgaben des Infektionsschutzgesetzes erhalten Eltern in Nordrhein-Westfalen aktuell nämlich keine Lohnersatzleistungen, wenn sie ihre Kinder zu Hause betreuen, weil die Voraussetzung dafür wäre, dass Kitas offiziell geschlossen sind. Das heißt, Eltern in diesem Land sind jetzt gleich zweimal betroffen. Sie werden von dieser Landesregierung einfach mit ihren Betreuungsproblemen alleingelassen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Bei vielen Eltern sind nicht nur die Urlaubstage oder die Kinderkrankentage am Ende, sondern ich glaube, bei vielen Eltern und vielen Familien ist auch die Geduld mit einer Politik am Ende, bei der Gesichtswahrung ganz offensichtlich über den Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien steht.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, zu einer ehrlichen Kommunikation gehört auch, dass es zwar Hoffnung durch den Impfstoff gibt, dass wir uns aber damit vertraut machen müssen, dass wir bis weit ins nächste Jahr mit dem Virus werden leben müssen.

Das bisherige Durchgewurschtel der Landesregierung muss aber ein Ende haben. Ihre Landesregierung, Herr Ministerpräsident, muss nach zehn Monaten endlich eine abgestimmte Krisenstrategie vorlegen. Allerdings scheint davon auch weiterhin nicht so wirklich die Spur zu sein. Lockerungen und notwendige Perspektiven müssen klar an das Infektionsgeschehen gekoppelt sein, nicht an willkürliche Daten. Wir können das auch nicht an Weihnachten und andere Hoffnungen koppeln, sondern wir müssen diese Perspektiven klar an das Infektionsgeschehen koppeln.

Sie müssen die Weihnachtsferien jetzt zur Erarbeitung eines Stufenplans nutzen, der Maßnahmen abhängig von den Werten 35, 50, 100, 200 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner vorsieht.

Wir brauchen auch endlich eine Hotspot-Strategie für die Städte mit Inzidenzwerten von über 200 Neuinfektionen, wie sie jetzt zum wiederholten Male von der Ministerpräsidentinnen- und -präsidentenkonferenz im Beschluss eingefordert wurde.

Dazu gehört auch – das sagen wir schon seit geraumer Zeit –, dass man nicht nur die Kommunen, sondern auch den kreisangehörigen Raum in den Blick nehmen muss. Denn dort ergeben sich teilweise große Diskrepanzen. Auch das muss Teil einer Hotspot-Strategie sein.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die betroffenen Kommunen brauchen jetzt endlich einen klaren Handlungsrahmen. Diese Landesregierung darf die Kommunen nicht länger im Regen stehen lassen.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Aktuell müssen wir die Lage insgesamt unter Kontrolle bringen. Da sind wir uns alle einig. Das tragen wir alle mit. Diese Landesregierung muss sich allerdings von dem „Pandemie-Pingpong“ verabschieden. Damit werden wir nicht durch die Krise kommen.

Der aktuelle Fokus muss natürlich vor allem auf den vulnerablen Gruppen in den Alten- und Pflegeeinrichtungen sowie in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen liegen. Wir müssen dort die vulnerablen Gruppen besser schützen. Das bedeutet, die Tests müssen in diesen Einrichtungen auch durchgeführt werden. Wir brauchen zusätzliche Schutzmaßnahmen. Masken müssen dort tatsächlich ankommen. Das gilt im Übrigen auch für den Bereich der ambulanten häuslichen Pflege.

Es muss unser oberstes Ziel und oberste Priorität sein, das Gesundheitssystem am Laufen zu halten. Wir müssen eine Überlastung verhindern. Dazu muss es eine landesseitige Steuerung im Bereich der Intensivkapazitäten geben. Sie müssen das Gesundheitssystem jetzt tatsächlich auch landesseitig stärker unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vorausschauend handeln bedeutet aber auch, sich jetzt schon den Weg aus der Krise zu überlegen. Den müssen wir jetzt miteinander gestalten.

Angesichts der drohenden Rezession braucht es gezielte öffentliche Investitionen in eine nachhaltige öffentliche Infrastruktur. Das bedeutet aber gerade nicht ein Zurück auf den Zustand vor der Krise. Denn auch vorher war nicht alles gut. Die Krise zeigt, wie viel Solidarität in dieser Gesellschaft steckt. Aber sie zeigt eben auch, wie fragil die soziale Infrastruktur in diesem Land ist. Was passiert, wenn man den öffentlichen Gesundheitsdienst fast kaputtspart und außer Applaus für die Fachkräfte in der Pflege schon vor der Krise nichts übrig hatte, das zeigt sich jetzt. Das zeigt sich in dieser akuten Krise. Wir müssen jetzt die soziale Infrastruktur krisenfest gestalten.

(Beifall von den GRÜNEN und Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Nachhaltig aus der Krise zu kommen, muss auch heißen, dass am Ende nicht die Ärmsten und die Schwächsten die Zeche zahlen.

Diese Landesregierung muss endlich aus dem Notfallmodus in den Perspektivmodus umschalten. Sie dürfen sich nicht weiter ständig in Ad-hoc-Maßnahmen verheddern. Sie müssen jetzt Perspektiven aufzeigen. Sie müssen Perspektiven auch für die Zeit nach der Krise aufzeigen. Denn die Akzeptanz der Maßnahmen und die Solidarität der Bevölkerung in dieser Krise sind das größte Kapital, das wir als Gesellschaft in der aktuellen Situation haben. Aber die Politik ist in der Verantwortung, einen verlässlichen Rahmen zu liefern. Sie ist in der Verantwortung, Perspektiven zu liefern.

Wir sollten dieses Kapital, das wir in der Solidarität und im Zusammenhalt der Gesellschaft haben, nicht verspielen. Dann können wir als Gesellschaft auch gestärkt aus der Krise kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! All die Akteure, die hier heute

zur Regierungserklärung reden, haben sich gestern Abend und heute Nacht auf diese Rede vorbereitet. Ich habe mir gestern Abend, heute Nacht vor dem Hintergrund, dass ich ja weiß, dass Josefine Paul und Thomas Kutschaty vor mir reden, immer wieder geschworen: Christof, bleib ruhig! Bleib ruhig! Gönn dir Ruhe! Es ist zu erwarten, dass es laut wird, dass es aggressiv wird, dass von beiden Rednern persönliche Angriffe unter die Gürtellinie stattfinden,

(André Stinka [SPD]: Haben Sie mal mit Herrn Löttgen gesprochen?)

dass von Chaos geredet wird, obwohl es die Ministerinnen und Minister von Grünen und SPD in elf anderen Bundesländern in Verantwortung genauso machen wie wir hier in Nordrhein-Westfalen.

(Christian Dahm [SPD]: Darum geht es doch gar nicht!)

All das war zu erwarten, und ich habe mir gestern geschworen, immer wieder: Christof, bleib ruhig! – Genauso werde ich es auch tun.

(Beifall von der FDP – Verena Schäffer [GRÜNE]: Haben Sie auch mal mit Herrn Löttgen darüber gesprochen? – Christian Dahm [SPD]: Hast du von Bodo geträumt?)

Ich beginne zunächst mit einer Entschuldigung. Wir haben die Entwicklung der vergangenen sechs Wochen nicht erwartet. Deshalb haben wir seinerzeit auch nicht die Entscheidungen getroffen, die man heute als angemessen beurteilt. Heute ist eines klar: Der harte Lockdown ist unvermeidbar. Er muss sein – aufgrund der Neuinfektionen, aufgrund der Todeszahlen und auch aufgrund der Probleme auf den Intensivstationen.

Niemand – auch nicht in einem anderen Bundesland – hat sich diese Entscheidung einfach gemacht oder sie gerne und leichtfertig getroffen. Wir müssen eben alle Möglichkeiten nutzen, um die Infektionszahlen herunterzubekommen. Da dürften wir uns alle einig sein. Aber was sind denn diese Möglichkeiten konkret? Am liebsten würden wir zielgenau handeln, um unsere Ziele möglichst schnell zu erreichen. Aber dazu müssten wir wissen – das gehört zur Ehrlichkeit dazu –, wo sich die Menschen anstecken, und da tapen wir alle – Politik, Wissenschaft, Virologen, Gesellschaft – im Dunkeln. Das Virus ist heimtückisch, und durch die Maßnahmen des Teil-Lockdowns haben wir die gewünschten Ziele nicht erreicht.

Vieles bleibt Spekulation. Darüber wurde auch gestern und heute in den Medien kräftig geschrieben und geredet. Beispiel: Restaurants. Hat man durch die Schließung tatsächlich reduzierte Zahlen erreicht oder vielleicht sogar private Treffen gefördert? Sind Weihnachtsmärkte mit einem Hygienekonzept unter freiem Himmel tatsächlich schädlich? Keiner weiß es. Es gibt auch keine Untersuchungen dazu. Da wir im Dunkeln tapen, gibt es am heutigen Tage nur

eine Lösung: Wir müssen die Kontakte reduzieren, wo es eben geht, damit wir die Infektionszahlen reduzieren. Es gibt heute keine andere Lösung.

In der Vergangenheit haben wir keine Beschlüsse im luftleeren Raum gefasst. Diesen luftleeren Raum gab es nie. Wissenschaftler, Virologen, Ethikrat, Politiker, Zukunftsforscher und auch die Kanzlerin haben mit Blick auf die vergangenen neun Monate allesamt immer wieder danebengelegt. Sie haben teilweise Richtiges gemacht, aber sie alle, alle, haben auch immer wieder danebengelegt. Das ist auch gar nicht schlimm. Das ist in einer solch komplizierten Situation sogar völlig normal. Alle Beteiligten – auch die Fraktionen hier im Hohen Haus – haben mit einer Reduzierung der Zahlen im November gerechnet. Alle haben damit gerechnet, aber leider ist es nicht so gekommen.

Hätten wir als Alternative den düsteren Vorstellungen von Karl Lauterbach folgen sollen? Das hat nicht einmal die SPD getan.

Aktuell steht für uns als FDP-Fraktion fest: Niemand kennt den goldenen Weg. Das betrifft die Vergangenheit und leider auch die nähere Zukunft.

Für die jetzige Situation sind alle verantwortlich, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. In jeder einzelnen Gruppe gibt es sehr unterschiedliche Meinungen, übrigens auch in den Medien, die uns begleiten. Deshalb müssen wir auch gemeinsam – wir haben keine andere Wahl – aus dieser Krise herausfinden, sowohl Politik als auch Wissenschaft als auch Gesellschaft, und zwar mit Solidarität, mit Rücksicht, mit Verantwortung und mit Disziplin.

Übrigens ist Disziplin das wesentliche Merkmal, das uns Deutsche auszeichnet. Das sollten wir mal wieder stärker in den Vordergrund stellen. Wir sollten auch mit der Jugend einmal darüber reden, dass wir mit Disziplin in der Krise und überhaupt hier bei uns in Deutschland eine Menge lösen können.

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Der Weg der NRW-Koalition war und ist klar: Wir überlegen und wägen ab. Wir verzichten auf symbolische Konsequenzen. Wir sind für zügige Entscheidungen, aber gegen Schnellschüsse. Wir nehmen die Bürger mit und stoßen sie nicht vor dem Kopf. Das ist die Haltung der NRW-Koalition, und das ist gut so.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Da die Lage so kompliziert ist, akzeptiere ich natürlich auch andere Meinungen und andere Wege. Keiner weiß, was der richtige Weg ist. Da beobachten wir natürlich auch Markus Söder und seinen Weg. Er wird übrigens seinen politischen Weg schon machen; da bin ich mir sicher. Ob sein Weg in dieser Krise

richtig ist, da bin ich mir allerdings unsicher. Trotzdem habe ich Respekt vor Markus Söder.

Aber warum, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird dieser Mensch so in den politischen Himmel gelobt? Vieles von dem, was er macht, ist symbolisch. Er mag vielleicht ein harter Hund sein oder wenigstens so tun. Er hat Grenzkontrollen durchgeführt, es aber leider nicht geschafft, dafür zu sorgen, dass die Weitergabe von Daten von positiv getesteten Personen funktionierte. Es gibt in Bayern die so genannte Söder-Stunde. Das heißt, innerhalb von 60 Minuten wirft er die Beschlüsse von gemeinsamen Ministerpräsidentenkonferenzen über den Haufen. Alle überlegen sich, was sie tun. Söder weiß vorher, was er tut, und nutzt diese Söder-Stunde, um sich wieder selber darzustellen und anderes zu tun als das, was er eine Stunde zuvor in Gemeinsamkeit beschlossen hat.

In Bayern hagelt es Beschwerden, gerade aus der Wirtschaft. Es gibt Parteiaustritte in allen Bereichen. Und – das ist der wesentliche Faktor –: Zu Beginn der Krise waren die Infektionszahlen in Bayern besonders hoch, und auch zum heutigen Zeitpunkt der Krise sind die Infektionszahlen in Bayern besonders hoch. Also die Bilanz von Markus Söder ist zwar laut, aber im Ergebnis ist sie negativ. Wir sind uns sicherlich alle einig, dass in dieser Krise unglaublich viele offene Fragen bestehen. Die Darstellung von Markus Söder gehört definitiv dazu.

Da ich gerade über die CSU und Markus Söder geredet habe, will ich auch kurz über uns Liberale reden. Unsere Kernthemen sind soziale Marktwirtschaft, Bildung und Freiheit. Das bleibt so und ist auch in dieser Krise wichtig. Stichwort: Soziale Marktwirtschaft. Die Hilfen des Bundes kommen immer noch völlig unzureichend an. Die Kanzlerin hat Finanzminister und Wirtschaftsminister viel zu spät beauftragt. Sie streiten miteinander, statt Lösungen zu finden, und die Leidtragenden sind die Unternehmen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch bei uns in Nordrhein-Westfalen. Das ist nicht gut gelaufen, und da muss jetzt endlich effektiv gehandelt werden.

Thomas Kutschaty hat in verschiedenen Reden gesagt, niemand solle durchs Raster fallen. Ja, das sollten sich die Kollegen Scholz und Altmaier einmal auf die Brust schreiben; denn dann würden sie schnell und effektiv handeln. Das tun sie bisher nicht.

Ich habe hier viele Reden vom Kollegen Rainer Schmeltzer gehört, und wir haben gemeinsame Freunde im Bereich Schausteller, im Bereich „Alarmstufe rot“. Auch da muss schnell gehandelt werden. Da stehen unglaublich viele Existenzen auf dem Spiel. Die Idee des Ministerpräsidenten, einfach mal Gutscheine zu verschenken, damit der Handel noch im Januar und Februar von diesen Gutscheinen profitiert, statt dass alles online bestellt wird, ist genau

der richtige Weg, um den Handel zu unterstützen und die Innenstädte zu stärken. Soziale Marktwirtschaft ist also auch ein wichtiges Kernthema der FDP in der Krise.

Bildung. Alle Länder sagen, der Präsenzunterricht ist das Beste für die Schülerinnen und Schüler. Das sagen 16 Bundesländer, die unterschiedlich regiert werden. Gerade für die schwächeren Schüler ist das noch viel wichtiger als für die sowieso schon starken Schüler. In elf Ländern regiert die SPD mit, und in elf Ländern regieren die Grünen mit, und alle sind der gleichen Meinung.

Zur Wahrheit gehört auch: Der Wechselunterricht ist in ganz Deutschland möglich. Er ist auch in Nordrhein-Westfalen möglich, ja, immer möglich gewesen. Das sollte aber nur dort geschehen, wo Probleme bestehen und nicht einfach – mit welcher Motivation auch immer – kreisweit oder in einer Großstadt stadtweit. Schulscharf da, wo Probleme bestehen, ist Wechselunterricht selbstverständlich möglich.

Genau für die gemeinsamen Ziele der Kultusministerkonferenz mit Ministern von den Grünen, der SPD sowie der CDU und der FDP hat sich Yvonne Gebauer als Ministerin immer eingesetzt. Hier in Nordrhein-Westfalen erfolgt die Einsetzung für die gemeinsamen Ziele gegen Rot-Grün, auf Bundesebene mit Rot-Grün. Warum SPD und Grüne hier in Nordrhein-Westfalen und dort, wo sie bundesweit Verantwortung tragen, so unterschiedlich agieren, das sollten Sie uns bei Gelegenheit bitte mal beantworten.

(Beifall von der FDP und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unsere Position war klar, nämlich in der Krise möglichst lange am Präsenzunterricht festzuhalten. Wir haben eben Thomas Kutschaty und auch Frau Paul mit ihren Rücktrittsforderungen gehört. Es gibt – das steht fest – verspätete Schulmails in allen Bundesländern. In allen Ländern gibt es verspätete Schulmails. Das ist doch kein NRW-Phänomen. Wie soll das denn auch anders funktionieren, wenn die Konferenz von Kanzlerin und Ministerpräsidenten sehr kurzfristig etwas beschließt und die zuständigen Minister es einen Tag später umsetzen müssen? Das kann doch dann nur kurzfristig erfolgen, ist also in allen Bundesländern gleich. Nur hier versuchen SPD und Grüne, daraus einen Skandal zu machen, während in den Ländern, in denen sie Regierungsverantwortung tragen, für sie völlig normal ist. Das ist doppelzüngig. Das ist ein falsches Spiel. Das ist unredlich und unehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In einer solchen Krise sollte man sich zweimal überlegen, ob man systematisch bei der Oppositionsrolle bleibt und mit Rücktrittsforderungen am Rednerpult aufwartet, wie wir sie gerade von Grünen und SPD erlebt haben, oder ob man sich den Problemen stellt,

den Menschen hilft, Vorschläge macht und konstruktiv mitarbeitet.

Genau das haben SPD und Grüne heute abermals unterlassen. Die Menschen werden uns genau beobachten, sich ein Bild von unserer Diskussionskultur machen und sehen, wer welche Vorschläge macht und wie handelt.

Josefine Paul wird morgen wahrscheinlich die Schlagzeilen mit der Aussage beherrschen: Die Regierung spielt Pingpong. – Wenn das Ihre Beschreibung der Arbeit dieser Regierung ist, die durchaus vergleichbar mit der Arbeit der 15 anderen Landesregierungen ist, gibt das Ihre Auffassung verbaler Äußerungen wieder. Ich glaube, das war dämlich. Das war einfach unterste Schublade.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das Kritisieren der Regierung ist bei Ihnen unterste Schublade?)

Diese Regierung arbeitet verantwortungsvoll. Kein Mensch ist in dieser Krise fehlerfrei; das haben wir nie behauptet. Die Verantwortung für dieses Land lassen wir uns aber von Ihnen nicht absprechen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Neben sozialer Marktwirtschaft und Bildung geht es der FDP natürlich um Freiheit. Gerade hier hinterfragt die FDP – Wer denn sonst? – Entscheidungen und Verschärfungen, insbesondere bei Grundrechtseingriffen und bei demokratischen Entscheidungsprozessen. Das ist unsere Aufgabe, die zwar manchmal unbequem ist, aber da müssen wir und Sie eben alle durch.

Was ist jetzt zu tun? – Wir müssen wirklich alle Möglichkeiten nutzen, um feststellen zu können, wo sich die Menschen infizieren. Diese Kernfrage müssen wir lösen. Das ist verdammt schwer, aber wir dürfen keine Minute ruhen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wir brauchen den besonderen Schutz der gefährdeten Personengruppen, die Digitalisierung der Gesundheitsämter, einen effektiven Maskeneinsatz und eine Impforganisation, die am Ende so funktioniert, dass Nordrhein-Westfalen auch in diesem Bereich im Vergleich zu den 15 anderen Bundesländern führend in Deutschland ist.

Diese Arbeit geht weiter – bis Weihnachten, über Weihnachten und nach Weihnachten. Das ist unsere Aufgabe. In den Reden von Josefine Paul und Thomas Kutschaty habe ich wieder politisches Kleinklein, wieder persönliche Angriffe unter der Gürtellinie und Rücktrittsforderungen gehört.

(Zurufe von der SPD)

Obwohl SPD und Grüne in ihrem Verantwortungsbereich in anderen Bundesländern genau das Gleiche machen, besitzen Sie die hier Frechheit, Rücktritte zu fordern.

(Christian Dahm [SPD]: Das war die andere Firma!)

Kritik ohne Vorschläge gab es sogar bei Frau Paul. Bei Herrn Kutschaty kann ich es ja verstehen, denn anscheinend kümmert sich die SPD um ihr Partyboot, sodass man keine Zeit hat, um Vorschläge zu erarbeiten.

(Sarah Philipp [SPD]: Seien Sie mal ganz vorsichtig, was Sie erzählen!)

Bei Frau Paul hätte ich allerdings Vorschläge erwartet. Man kann sich in einer solchen Rede durch eine gewisse Größe in so einer massiven Krise mit ein bisschen Demut, den Verzicht auf überflüssige Kritik, mit dem richtigen Stil und den richtigen Worten Respekt erarbeiten.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Man kann sich diesen Respekt in einer Rede erarbeiten, man kann es aber auch lassen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ja, eben!)

Ich habe großen Respekt vor all den Menschen, die in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland Unglaubliches leisten, die Tag für Tag alles geben, um den Menschen, um uns allen zu helfen und um für Gesundheit zu sorgen. Oft geht das über die Erschöpfungsgrenze hinaus.

Das möchte ich mit meinem ausdrücklichen Dank an all die Personen verbinden, die sich in dieser Krise intensiv für das Gemeinwohl und die Gesellschaft einsetzen. Das ist Klasse und läuft in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland vorbildlich.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Zum Schluss möchte ich alle Menschen in Nordrhein-Westfalen zur Vorsicht aufrufen: Die Pandemie und das Virus sind heimtückisch. Wir sind noch lange nicht durch, sondern mittendrin. Vielleicht leuchtet ein bisschen Licht am Ende des Tunnels, aber wir stecken noch mitten in der Krise. Deshalb ist Vorsicht angesagt.

Lassen Sie uns uns selber und durch verantwortungsvolles Handeln auch alle anderen Menschen in diesem Land schützen. Das ist unsere Aufgabe. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Kind hat jede Lebensfreude verloren. Jeden Abend kullern beim Zubettgehen die Tränen. Ich kann das nicht

mehr auffangen. Wir sind in der Familie alle am Ende.

(Unruhe)

Mein achtjähriger Sohn sagt mir: Das Leben hat gar keinen Sinn mehr. – Seit Opa unserer Tochter gesagt hat, dass er sie nicht mehr besuchen will, weil er auch im nächsten Jahr noch leben möchte, isst unsere Tochter nichts mehr. Unser Sohn hat von jetzt auf gleich im Lockdown aufgehört zu sprechen und seitdem auch kein Wort mehr gesprochen.

Ich könnte meine gesamte Rede mit Auszügen aus Briefen füllen, die mich seit dem Frühjahr erreicht haben und zeigen, wie groß die Verzweiflung ausgerechnet im Lockdown ist: verzweifelte Eltern, verzweifelte Unternehmer, verzweifelte Ärzte und verzweifelte Patienten.

Besonders im Gedächtnis ist mir das Schicksal eines Patienten geblieben, der seit dem Frühjahr versuchte, seinen Herzschrittmacher getauscht zu bekommen und dafür immer wieder für neue Tests in die Klinik musste. Sein Herzschrittmacher ist, glaube ich, erst im letzten Monat endlich getauscht worden.

Das sind die einzelnen Schicksale, die hinter den Studien stehen, die langsam alle zum selben Eindruck führen: Das Risiko für psychische Krankheiten ist im Lockdown bedenklich angestiegen, und zwar vor allen Dingen bei den Jüngeren.

Unter anderem die Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health in Baltimore, aber auch etliche andere zeigen eine erhebliche Zunahme von seelischer Not, depressiven Symptomen und die Zunahme von Alkohol- und Drogenmissbrauch. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass immer mehr besorgte Stimmen aus der Fachwelt vor der Zunahme von Suiziden warnen.

Genauso gibt es aber auch Berichte der existenziellen Zunahme von schwerer häuslicher Gewalt. Das Leid der einzelnen Betroffenen kann man dabei überhaupt nicht ermessen und sich hier im warmen Haus überhaupt nicht ausmalen.

Ebenso gibt es bereits eine Reihe von Studien zu den negativen Auswirkungen auf die körperliche Gesundheit. So sind zwar während des Lockdowns deutlich weniger Personen etwa wegen Herzinfarkten behandelt worden, aber die Sterberate durch kardiovaskuläre Erkrankungen ist in einer Studiengruppe aus Hessen beispielsweise eher noch gestiegen. Das weist darauf hin, dass sich die Menschen auch mit schweren Erkrankungen seltener in die Krankenhäuser getraut und dadurch erheblichen körperlichen Schaden bis hin zum Tod erlitten haben.

Dabei sind Herzinfarkte nur ein kleiner Teilbereich. Ähnliche Hochrechnungen gibt es genauso für abgesagte Vorsorgeuntersuchungen, Routineeingriffe, Schlaganfälle usw. Wie viele Lebensjahre durch

unentdeckte Krebserkrankungen und deren zu späte Therapie verloren gehen, kann noch gar nicht geschätzt werden. Auch hier sind es zig Einzelschicksale: Mütter und Väter, die aus dem Leben gerissen werden, obwohl es hätte verhindert werden können.

Auch nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung ausgerechnet des Robert Koch-Instituts hinsichtlich des Körpergewichts der Deutschen – nicht nur weil Übergewicht einen der entscheidenden Risikofaktoren für einen schweren Coronaverlauf darstellt, sondern weil die Folgen durch das metabolische Syndrom selbst, also durch Übergewicht und all die Folgen, in Deutschland an jedem Tag 500 Menschen das Leben kosten.

Dabei zeigt sich, dass die Deutschen innerhalb des ersten Lockdowns deutlich schwerer geworden sind: Der mittlere BMI stieg von 25,9 – also auch schon zu schwer – auf 26,4. Dabei können genau diese 0,5 Punkte einen erheblichen Einfluss auf Blutzucker und Blutdruck haben. Auch hier sind die Folgen absolut unabsehbar, in jedem Fall aber potenziell tödlich.

Im Wechselspiel dazu müssen genauso die Auswirkungen auf die Wirtschaft gesehen werden bzw. die Echoeffekte, die sich daraus bilden, denn es ist wirklich ein gut untersuchter Zusammenhang mit hoher Evidenz, dass sich Armut schlecht auf körperliche Gesundheit auswirkt. Das ist sehr gut zu verstehen, denn Geldsorgen, Verarmung und drohende Pleiten spielen gerade eine Rolle.

Bereits während des Lockdowns light, wie er so euphemistisch genannt wird, gingen die Kundenströme in den 40 beliebtesten Einkaufsstraßen Deutschlands im Schnitt um 44 % zurück: auf dem Jungfernstieg in Hamburg um 47 %, auf der Georgstraße in Hannover um 45 % und auf der Schildergasse in Köln um 42 %.

Dabei gingen Fachleute schon damals davon aus, dass rund 40 % der Geschäfte das Frühjahr nicht mehr erleben werden. Das alles war noch vor dem harten Lockdown jetzt. So wird der eh schon strauchelnde Handel endgültig auf Amazon reduziert. Ein Sterben unserer Innenstädte, der Gastronomie und weiten Teilen des produzierenden Gewerbes und der Industrie ist absehbar. Es wird versucht, das mit Hilfszahlungen gerade noch irgendwie abzuwenden oder hinauszuzögern.

Aber Ihnen müsste klar sein, dass man das nicht lange aushalten kann. Volkswirtschaften können nicht dauerhaft auf Pump und gänzlich ohne Wirtschaft funktionieren – unter anderem der Direktor des Instituts für Deutsche Wirtschaft, Michael Hüther, oder genauso der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Gabriel Felbermayr, haben Ihnen das ins Stammbuch geschrieben.

Allein 2020 und 2021 steigt die Schuldenlast des Bundes auf einen Schlag um knapp 30 %. Die Geldmenge in der Europäischen Union steigt rasant. Schwere Inflation, Haftungsunion, Schuldenschnitte – alles das steht am Horizont, und alles das hat genauso absehbare Folgen für die heimische Wirtschaft und den deutschen Steuerzahler.

(Beifall von der AfD)

Wer soll das irgendwann einmal bezahlen? Nicht nur, dass man aktuell unsere Kinder quasi um ihrer elementaren Rechte beraubt und mit Schuldenfantastilliarden für alle Ewigkeiten belastet – den Kindern fehlt jetzt schon quasi ein ganzes Schuljahr. Es wird immer schwieriger werden, sie wieder zum Lesen, Schreiben und Rechnen zurückzubringen, geschweige denn zu den Top-Leistungen, mit denen sie international in diesem Markt überhaupt konkurrenzfähig sind.

Diejenigen, von denen wir erwarten, dass sie unsere Produktivität in den kommenden Jahren enorm steigern, damit wir den Schulden quasi entwachsen, wie es Scholz so schön gesagt hat – oder wie er es eher zynisch formuliert hat –, wird von vornherein doppelt schweres Gepäck auf den Bildungsweg mitgegeben.

Derweil ist die Integration von Migranten und deren Kindern quasi völlig zusammengebrochen. Im Lockdown zu Hause gibt es kaum Möglichkeiten, weder zu Bildung noch zum Spracherwerb noch zum kulturellen Kontakt. Die zweite wichtige Säule unseres zukünftigen Erfolgs ist einfach so weggebrochen; alles Kollateralschäden Ihrer Politik.

International führende Wissenschaftler mahnen nicht umsonst – ich habe es hier immer wieder gesagt –: Unter Ihren Einschränkungen leiden überproportional die Jüngsten, die Schwächsten und die Ärmsten unserer Gesellschaft und nicht zuletzt unsere Demokratie als Ganzes.

(Beifall von der AfD)

Sie müssen sich nur einmal die lange Liste der Grundrechte ansehen, die Sie teilweise, zeitweise oder gänzlich abgeräumt haben. Von der Unverletzlichkeit der Würde – als was sonst könnte man es beschreiben, wenn man einsam, ohne Besuch im Altersheim sterben muss? Dazu zählen auch die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Freizügigkeit, die Freiheit der Berufsausübung, das Recht auf Bildung bis hin zur körperlichen Unversehrtheit bei einigen Eingriffen, die Sie vornehmen. Die Grundrechte, die insbesondere in Krisen, insbesondere, wenn Gesellschaft unter Druck steht, faires Miteinander garantieren sollen, stehen allesamt unter Feuer.

Wer all das veranlasst, wer all das verursacht, der braucht nun wirklich starke Argumente, der braucht nun wirklich eine hohe Evidenz für seine Maßnahmen. Denn ansonsten wäre es nicht gerechtfertigt.

Der muss stichhaltig und eindeutig beweisen können, dass sein Weg notwendig, geeignet und angemessen ist.

Wie sieht es aus mit Ihrem starken Case? Wie sicher sind Sie sich darin, dass Sie diese weitreichenden Entscheidungen für jeden Einzelnen für unsere Gesellschaft, für kommende Generationen tatsächlich verlässlich treffen können?

Nun, Ihnen ist völlig klar, dass die Datenlage für einen Lockdown miserabel ist. Mit Ihrem Lockdown light haben Sie schon bewiesen, dass dieser Lockdown nicht das geeignete Mittel ist, um gegen die Ausbreitung vorzugehen oder die Zahlen in besonderer Weise zu drücken, obgleich Sie dies stets betont haben. Eine Entschuldigung habe ich allerdings von Ihnen nicht vernommen, vielmehr heute Morgen auch wieder von Herrn Löttgen eher der Versuch, es der nachlässigen Bevölkerung in die Schuhe zu schieben.

Aber seien wir doch mal ehrlich. Wer nicht auf Eigenverantwortung, sondern auf Repression und Zwang setzt, der hat selbst den Hut auf, und der muss selbst für seine Maßnahmen geradestehen und nicht auch noch die Bevölkerung draußen beschuldigen.

(Beifall von der AfD)

Ist aber nun der harte Lockdown das angemessene Mittel? Auch dafür gibt es keinerlei harte Evidenz. Es gibt einige Koinzidenzen, es gibt kleinere Studien, aber es gibt keine vernünftige harte Evidenz dafür. Bei allen unübersehbaren Folgen verweisen international führende Köpfe immer wieder genau darauf.

Ich habe Ihnen hier schon mehrfach von der Great Barrington Declaration erzählt. Das haben Sie bisher beflissentlich ignoriert. Aber wie wäre es zum Beispiel – Sie sagen ja, Sie wollten auf die Wissenschaft hören – mit dem Virologen und Epidemiologen Klaus Stöhr, dem ehemaligen Leiter des globalen Influenza-Programms der WHO – auch nicht uninteressant –: Auch er kritisiert den Lockdown und stellt infrage, ob es überhaupt eine Strategie ist, wenn man nicht einmal mehr bereit ist, beispielsweise überhaupt eine grobe Richtgröße für Lockerungen von vornherein festzuschreiben.

Was ist zum Beispiel mit Dr. David Nabarro, Arzt und einer von sechs Sonderberichterstatern der WHO, die anlässlich der SARS-CoV-2 -Pandemie ernannt wurden. Nabarro sagt in einem Interview:

Wir müssen lernen, einen Weg zu finden, mit diesem Virus zu koexistieren, und zwar einen, der nicht in großem Maß mit Leid und Tod verbunden ist. Das heißt, wir brauchen einen Mittelweg, das Virus in Schach halten und gleichzeitig die Wirtschaft und das soziale Leben am Laufen halten. Wir denken, das ist machbar.

Weiter:

Wir bei der Weltgesundheitsorganisation befürworten Lockdowns nicht als Hauptmittel, um das Virus zu kontrollieren. In unseren Augen sind Lockdowns nur dafür gerechtfertigt, um Zeit zu gewinnen, und zwar Zeit, um umzuorganisieren, um sich neu aufzustellen und die eignen Ressourcen neu auszustatten und um medizinisches Personal zu schützen, das erschöpft ist. Aber im Großen und Ganzen raten wir vom Lockdown ab.

Das sagt die WHO.

Ähnlich hatten es mir in der Vergangenheit genauso Professor Streek, Professor Schmidt-Chanasit, die KBV und viele andere geäußert, zuletzt sogar – das war gestern Abend noch zu lesen – einer von Söders Beratern, Professor Christoph Lütge. Aber – Sie wissen es – es half bekanntlich nichts.

Worauf stützen Sie nun Ihre Entscheidung, von der sowohl Gesundheitsminister im Bund als auch im Land im Herbst noch gesagt haben, man würde einen solchen Lockdown mit dem Wissen von heute nie wieder durchführen. Explizit hieß es bei Spahn sogar, man würde nicht wieder Friseure und Einzelhandel schließen. Es hieß, es wird nie wieder eine allgemeine Schließung der Schulen geben.

All das wurde gesagt. Was haben Ihre Aussagen für einen Wert, wenn Sie das alles wieder abräumen? Wo hat sich das Wissen grundlegend geändert? Gibt es neue Erkenntnisse darüber, dass Friseure, Baumärkte, Schuhgeschäfte Orte von besonders hoher Gefahr einer Ansteckung sind, wo sich zuletzt nicht mal mehr die Hälfte der Menschen überhaupt in die Stadt getraut hat und man jetzt sogar umfangreiche Schutzkonzepte in der Gastronomie etc. aufzuweisen hat?

Gibt es Studien, die belegen, dass es für mich besonders gefährlich ist, wenn ich mit meinem Nachbarn über die Hecke hinweg an der frischen Luft ein Bier trinke und eben nicht auf einer Bank bei mir im Esszimmer ungeschützt ohne einen Abstand von 1,50 m? Ist es also dementsprechend gerechtfertigt, ein allgemeines Alkoholverbot im Freien auszusprechen? Ist es tatsächlich ein Mittel, das von einer gewissen Logik mit einer gewissen Evidenz begründbar ist?

Gibt es einen Zusammenhang zwischen gestarteten Silvesterraketen und besonders schweren Corona-verläufen, so wie bei Adipositas? Da ist die Datelage klar. Stecke ich mich eher mit Corona an, wenn ich in der Gastronomie bei einem Kellner sitze, der einen Mundschutz hat, der regelmäßig alles desinfiziert, als bei mir zu Hause, wo ich keinen Mundschutz trage?

Nein, es gibt dazu natürlich keine Zahlen. Es gibt dazu keine Untersuchungen. Es gibt auch nicht einmal mehr das Bedürfnis der Verantwortlichen, dies irgendwie logisch fassbar zu machen und zu erklären:

Lediglich sollen insgesamt die Kontakte heruntergefahren werden. Dabei wird völlig ausgeblendet, dass natürlich nicht Kontakt gleich Kontakt ist. Ein R-Wert von rund 1 bedeutet, dass jeder Infizierte eine weitere Person ansteckt.

Wenn wir nun eine symptomarme bis symptomfreie Person – das sind nun mal 90 % der Menschen, die Corona bei sich tragen und die potenziell infektiös sind – einfach nur mal vor dem inneren Auge 14 Tage begleiten wollen und sehen, wo dieser eine Kontakt – es ist nur dieser eine potenziell gefährliche Kontakt, wo sich das Virus weiter verbreitet – stattfinden könnte. Wird das nun eher in der geschützten Gastronomie sein, oder wird es unter Umständen zu Hause sein, wo man die anderthalb Meter nicht einhalten kann, wo man in einer kleinen Wohnung auch kein Schutzkonzept hat und wo Kontrolle – das wird von Anfang an gesagt – überhaupt nicht stattfinden kann?

Es besteht also die Gefahr, dass die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen mit all ihren erwähnten Nebenwirkungen bei einer müden, angeschlagenen Gesellschaft, die von Ihnen gegängelt wurde und die von Ihnen nichts als widersprüchliche Signale empfängt, allein schon durch die Grundbedürfnisse eines jeden menschlichen sozialen Wesens, erneut nicht ihr Ziel erreichen – oder zumindest nicht im vorgegebenen Zeitrahmen –, sodass nach Ihrer Logik wieder eine Verlängerung der Maßnahmen Anfang Januar in Erwägung gezogen werden muss.

So wundert es auch nicht, dass ausgerechnet Kanzleramtschef Helge Braun ein Statement bei RTL herausgibt, wo er sagt:

„Eine umfassende Lockerung halte ich für sehr unwahrscheinlich. Januar und Februar sind immer, was Atemwegsinfektionen angeht, besonders schwierige Monate.“

Solange man sich in der Winterphase befindet und nicht genügend Impfstoff für alle verfügbar sei, würden wir noch schwierige Tage erleben. Das hört sich eher danach an, als würde der Lockdown noch lange ins Frühjahr hineinreichen.

Also machen Sie sich lieber jetzt an dieser Stelle ehrlich. Streuen Sie den Menschen keinen Sand in die Augen. Selbst im Falle eines erfolgreichen Drückens der Zahlen bis Januar wird es allenfalls wieder zu einem Lockdown light bis April führen. Frei nach dem Motto „Viel hilft viel“, und wenn ich mich schon verfahren habe, dann erhöhe ich zumindest noch die Geschwindigkeit. Ich kann an dieser Stelle allerdings nur auf ein Zitat von Einstein verweisen: Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.

In dieser Zeit lade ich Sie gern dazu ein, einmal – vielleicht über die Weihnachtstage – die „Maske des roten Todes“ vom Edgar Allan Poe zu lesen. Die

meisten Gedanken der Menschen sind ja nicht neu; es hat sie alle schon mal gegeben. Das ist ein schönes Lehrstück darüber, was in Pandemien alles schief laufen kann.

Aber nach all der Schelte, nach alledem, was ich Ihnen jetzt an den Kopf geworfen habe: Worauf stützen Sie denn jetzt Ihre Maßnahmen, mit denen Sie seit zehn Monaten durch die Krise stolpern, wo es offensichtlich weder Evidenz noch Logik gibt?

Nun, an dieser Stelle kommt dann die erwähnte Stellungnahme der Leopoldina ins Spiel, in der die immerhin über 350 Jahre alte Akademie der Deutschen Wissenschaft zum Lockdown aufruft. Diese Autoritäten, die dahinterstehen, müssen schließlich auch genügen. Aber Sie sagen: Man auf die Wissenschaft hören. Das Leopoldina-Papier – so schreibt es „DIE WELT“, auf das Sie sich berufen – genügt selbst einfachsten Standards nicht. Der Schaden, den die Wissenschaftsfunktionäre anrichten, ist immens. Keine Fakten, keine Studien, keine Evidenz – so schreibt es selbst „DIE WELT“.

Und Professor Dr. Michael Esfeld, selbst Mitglied der Leopoldina, schreibt in einem offenen Brief an seinen Kollegen:

„Sehr geehrter Herr Kollege Haug, ...

Diese Stellungnahme verletzt die Prinzipien wissenschaftlicher und ethischer Redlichkeit, auf denen eine Akademie wie die Leopoldina basiert. Es gibt in Bezug auf den Umgang mit der Ausbreitung des Coronavirus keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die bestimmte politische Handlungsempfehlungen wie die eines Lockdowns rechtfertigen. Wir haben es mit der üblichen Situation einer wissenschaftlichen Kontroverse zu tun, in der verschiedene Standpunkte mit Gründen vertreten werden: ...“

Und so schreibt er am Ende:

„In einer solchen Situation wissenschaftlicher und ethischer Kontroverse sollte die Leopoldina ihre Autorität nicht dazu verwenden, einseitige Stellungnahmen zu verfassen, die vorgeben, eine bestimmte politische Position wissenschaftlich zu untermauern. Ich möchte Sie daher höflichst bitten, die entsprechende Stellungnahme umgehend als Stellungnahme der Leopoldina zurückzuziehen.“

Man könnte also sagen, noch bevor Ihr Lockdown überhaupt in Kraft tritt, wird Ihr Papier sowohl von der Presse als auch von einzelnen Mitgliedern der Leopoldina bereits in der Luft zerrissen.

(Beifall von der AfD)

Worauf stützen Sie sich denn jetzt? Die 500 Toten, das Volllaufen der Intensivstationen – das sind alles Verfehlungen aus dem Sommer und dem Herbst, die Sie selbst zu verantworten haben, wo Sie es nicht

geschafft haben, Schutzkonzepte für genau die Risikogruppen zu erstellen, auf die es jetzt ankommt. Nicht in der Schule erkranken die Menschen schwer, nicht auf der Arbeit erkranken die allermeisten Menschen schwer, sondern in Altersheimen, in den Pflegeheimen. Genau dort erkranken die Menschen schwer, und da haben Sie es nicht geschafft, in den letzten elf Monaten vernünftige Schutzkonzepte auf den Weg zu bringen.

Es gab keine nationale Kraftanstrengung zum Schutz von Risikogruppen, zu Schnelltests vor Pflegeheimen und Beatmungs-WGs, keinen Einsatz der Bundeswehr, um ambulante Pflegedienste fit zu machen für die Krise, keine Einkaufszeiten für Risikogruppen. Selbst Pharmaunternehmen, die Medikamente für eine bessere Behandlung von SARS-COVID-19 herstellen wollen, werden von Ihnen alleine gelassen, müssen um Fördermittel betteln, aber die fließen dann bekanntlich woanders hin.

Selbst über eine Erweiterung der App, wie sie zum Beispiel in Japan und Korea schon lange ausgeführt wird, hätte man diskutieren können. Auch das ist sicherlich nicht der goldene Weg, auch da gibt es Bedenken. Datenschutz in diesen Zeiten, wo wir in der Gastronomie noch vor kurzem irgendwelche handschriftlichen Zettel ausgefüllt haben – darüber hätte man sprechen können. Aber das haben Sie alles nicht gemacht.

Ihre Politik ist nichts weiter als völlige Hilflosigkeit, versteckt hinter wissenschaftlichen Autoritäten. Ihre Politik ist Versagen, maskiert durch markige Sprüche. Wenn wir bislang gut durch die Krise gekommen sind, dann haben wir das vor allem den Menschen in unserem Land zu verdanken, die mit einer einzigartigen Disziplin durch diese wirklich schweren Monate gegangen sind. Dann ist es das Verdienst unserer Mitarbeiter im Gesundheitswesen, die wirklich Außergewöhnliches leisten, schon in jedem normalen Jahr, aber in diesem ganz besonders. Dann war das schlussendlich auch eine Prise Fortune, Glück, reiner Zufall, der Ihnen dabei geholfen hat, dieser Erkrankung tatsächlich in irgendeiner Art und Weise zu begegnen, denn verstanden haben wir sie am Ende nicht.

Ihre Politik, auch wenn sich die Mitarbeiter im Bundestag nun einen Corona-Bonus auszahlen lassen – ganz im Gegensatz zu der einfachen Krankenschwester –, hat mit einem bislang guten Abschneiden Deutschlands nichts zu tun. Im Gegenteil: Mit Ihren Maßnahmen aus dem Mittelalter – Isolation und Pestnase, heute anders benannt –, mit Memento mori und Contemptus mundi zerstören Sie jede Hoffnung, dass unsere Gesellschaft substanziell und fundamental über die letzten 700 Jahre so gewachsen wäre, dass wir heute einer vergleichbaren Erkrankung wie der Schwarzen Pest tatsächlich nicht genauso ausgeliefert wären wie damals.

Aber – und damit komme ich zum Schluss – es gibt in diesem Jahr auch wenige gute Nachrichten, und die möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. In weniger als drei Wochen ist dieses Jahr 2020, das Jahr, in dem Christian Drosten von einem bekannten Magazin zum Mann des Jahres gewählt wurde – es hätte aber genauso gut Markus Söder sein können –, endlich zu Ende. Für alle, die sich jetzt sagen, 2021 kann nur besser werden: Freuen Sie sich nicht zu früh! Die Bundestagswahlen sind erst im Herbst 2021, die Landtagswahlen in NRW finden sogar erst 2022 statt, und so lange – ich glaube, das habe ich Ihnen heute klargemacht – wird sich hier rein gar nichts ändern.

In den letzten Tagen musste ich oft an Faustus denken und sein Elend unmittelbar vor dem „Osterspaziergang“. Und so möchte ich auch mit den Zeilen enden:

„Ich höre schon des Dorfs Getümmel. Hier ist des Volkes wahrer Himmel. Zufrieden jauchzet groß und klein: Hier bin ich Mensch, hier darf ichs sein.“

Lassen Sie die Menschen endlich wieder Mensch sein, damit wir im nächsten Jahr endlich wieder in Einigkeit und Recht und Freiheit hier zusammenkommen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vincentz. – Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Pretzell das Wort.

Marcus Pretzell¹⁾ (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte heute nicht allzu viel über die Einzelmaßnahmen, die Sie in der Vergangenheit ergriffen haben – oder auch in der Gegenwart –, diskutieren, denn, wie schon mehrfach in dieser Debatte angeklungen: So ganz genau weiß niemand, was die richtige Maßnahme wäre, um der Krise wirklich Herr zu werden. Es ist beachtlich, dass das auch von Regierungsseite hier angeklungen ist. Ich gehe fest davon aus, dass die Journalisten, die so ein zurückhaltendes kommunikatives Verfahren einfordern, das morgen reichlich loben werden mit solchen Begriffen wie „Chaos“ etc.

Aber es gibt schon einige Kritik, die ich doch anbringen möchte. Es geht darum, wie Sie in dieser Krise kommunizieren, und da geht es mir insbesondere um die Frage: Wo wollen Sie eigentlich hin? Was ist eigentlich das Ziel der Maßnahmen? Denn an diesem Ziel müssten sich die Maßnahmen und das Ergebnis am Ende messen lassen. Das ist der Grund, warum ich glaube, dass Sie ganz viele Menschen – und immer mehr Menschen – in diesem Lande verlieren, weil die Menschen nämlich nicht wissen, wohin es eigentlich laufen soll.

Ich sage gleich dazu, eine Inzidenz von 50 ist kein Ziel. Eine Inzidenz von 50 bedeutet lediglich, dass Sie dann mit den Maßnahmen wieder herunterfahren und dass Sie, wenn die Inzidenz von 50 absehbar überschritten wird, diese Maßnahmen wieder hochfahren. Das kann nicht das Ziel sein, denn wir können ja nicht auf diese Art und Weise mit diesen Einschränkungen über die nächsten Jahrzehnte mit COVID-19 umgehen. Das Ziel kann nur sein, entweder das Virus auszurotten, und dazu gibt es mehrere Möglichkeiten – entweder durch einen harten Lockdown und dann möglicherweise, da wir es hier mit einem saisonalen Virus zu tun haben, über die Sommermonate eine extreme Verfolgung zu machen –, oder es gibt die andere Möglichkeit, jetzt auf die Impfung zu hoffen und es dadurch auszurotten, oder man kann sagen, wir werden mit diesem Virus leben müssen.

Je nachdem, was das Ziel ist, müssten auch die Maßnahmen völlig unterschiedlich sein. Und wenn wir schon bei der Impfung sind, die ja nun ansteht: Was hindert denn eigentlich die Verantwortlichen, zu sagen, jawohl, wir überbrücken die Zeit bis zur Impfung, aber dann beginnt wieder die Zeit der Eigenverantwortlichkeit. Dann haben sich die Menschen entweder impfen lassen oder sie schützen sich, wenn sie möchten, anders und lassen das mit der Impfung, oder sie setzen Prioritäten, setzen sich entsprechenden Risiken aus und leben dann mit diesem Virus. Das wäre zum Beispiel etwas, was liberalen Menschen gefallen könnte – Eigenverantwortung.

Ich glaube nur, dass es wichtig ist, dieses Ziel irgendwann einmal zu formulieren, damit die Menschen wissen, wofür sie diese Einschränkungen eigentlich auf sich nehmen, wofür sie zum Teil ihre Existenz in diesen Tagen, in diesen Monaten verlieren. Ich glaube, dass Sie im nächsten Jahr die Menschen in weiten Teilen auf diesem Weg zur Bekämpfung dieser Krise endgültig verlieren werden, wenn Sie diese Kommunikation nicht irgendwann aufnehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von Alexander Langguth [fraktionslos])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pretzell. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp²⁾, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Lage ist sehr ernst. Auch wenn in Nordrhein-Westfalen die Lage der Gesundheitsversorgung weitaus stabiler ist als im Süden und Osten der Republik, sind wir in großer Sorge.

Menschen kämpfen auf Intensivstationen um ihr Leben – und mit ihnen Ärzte und Pflegepersonal, vor denen ich mich verneige. Die Gesellschaft ächzt. Sie

ächzt unter den Zumutungen dieser Pandemie. Aber was sind all diese Einschränkungen gegenüber denjenigen, die oft den vergeblichen Kampf gegen das Virus auf den Intensivstationen führen? Was sind unsere Entbehrungen im Vergleich zu den Ängsten der Verwandten und Freunde, die um ihre Liebsten bangen, oder gegenüber Pflegerinnen und Pflegern, die weinend die Beatmungsapparatur abschalten müssen, weil sie den Kampf um ein Menschenleben verloren haben?

Meine Damen und Herren, wir wägen jeden Tag ab, wie wir das Land und die Menschen schützen können, wie wir die Schäden der Pandemie so gering wie möglich halten. Wir alle haben geglaubt, dass wir das Virus heute besser kennen, als es noch im Frühjahr der Fall gewesen ist. Ein bisschen mag das so sein. Aber die Entwicklung der letzten Tage zeigt doch auch sehr deutlich: In wesentlichen Punkten wissen wir es eben nicht. Weltweit sind die Übertragungswege in vielen Bereichen ein Rätsel. Ich kenne niemanden, der sich in dieser Pandemie nicht korrigieren musste. Kein Drosten, kein Streeck, keine Merkel, kein Spahn, kein Söder, kein Laschet, kein Stamp, aber auch kein Kutschaty hat sich nicht irgendwann in dieser Krise korrigieren müssen. Deswegen erwarte ich an dieser Stelle auch etwas mehr Demut.

Lieber Herr Kutschaty, ich erinnere daran, wie Sie hier noch vor wenigen Wochen Massentests als Allheilmittel zur Ermöglichung von vollen Fußballstadien und Großveranstaltungen vorgeschlagen haben. Ich glaube, dass Sie diesen Vorschlag heute nicht mehr machen würden, und deswegen tut es aus meiner Sicht uns allen auch gut, entsprechend demütig mit der Situation umzugehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir sind in dieser Pandemie in einer Situation, in der wir oftmals binnen Stunden Entscheidungen treffen müssen. Das macht uns als Landesregierung auch anfällig für Fehler, gerade in der Kommunikation. Das gilt auch für die letzten Tage. Hier haben wir als Landesregierung nicht in der Souveränität kommuniziert, wie es unser eigener Anspruch ist.

Allerdings haben uns die neuerliche Explosion der Infektionszahlen und die Hilferufe von den Intensivstationen keine andere Wahl gelassen. Wir hatten, wenn wir uns an diese Tage zurückerinnern, im Zusammenhang mit dem sogenannten Soft-Lockdown hier in Nordrhein-Westfalen eine Seitwärtsbewegung mit einer leicht fallenden Tendenz. Weil wir neben den Gefahren der Infektion auch immer die Schäden durch die staatlichen Eingriffe minimieren müssen, habe ich genau heute vor einer Woche gesagt und gemahnt, dass wir mit allen Maßnahmen umsichtig sein müssen. Das war am vergangenen Dienstag. Ich habe gesagt, wir müssten abwägen, auch weil ich

Nachfragen zu den sehr schrillen Äußerungen von Herrn Söder bekommen habe.

Wir haben dann aber an dem Mittwoch und an dem Donnerstag eine explosionsartige Entwicklung der Zahlen gehabt, gar nicht in erster Linie hier, aber in vielen anderen Teilen des Landes. Wir haben innerhalb von kürzester Zeit massive Hilferufe von führenden Ärztinnen und Ärzten insbesondere aus der Intensivmedizin bekommen, die uns gebeten haben, unmittelbar die Reißleine, die Notbremse zu ziehen. Darunter waren im Übrigen Ärztinnen und Ärzte, die uns noch vor wenigen Wochen ausdrücklich geraten hatten, unseren Kurs fortzusetzen und übrigens auch Skepsis geäußert hatten, ob die Schließung der Gastronomie sinnvoll sei. Aber auch aus diesen Kreisen ist gesagt worden: Wir brauchen jetzt, in diesem Moment, die maximale Notbremse.

Das war der Moment, wo der Ministerpräsident und ich in der Nacht von Donnerstag auf Freitag gemeinsam beschlossen haben, dass wir keinen weiteren Tag mehr zuwarten wollen und angesichts der Notwendigkeit eines schnellen Lockdowns diesen bundesweit auf den Weg bringen und durchsetzen wollen. Das ist ja auch gelungen, und es wäre aus unserer Sicht sogar noch zügiger denkbar gewesen. Aber entscheidend ist, dass es eine bundeseinheitliche Regelung für den morgigen Tag gibt.

Meine Damen und Herren, wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass weder Kitas noch Schulen Treiber der Pandemie sind. Weit über 90 % der Schulen und Kitas sind trotz Pandemie im Betrieb und leisten sensationelle Arbeit. Darum will ich mich an dieser Stelle herzlich für die aufopferungsvolle Arbeit in den Schulen, in den Kitas und auch in den Kindertagespflegestellen bedanken.

Aber auch wenn Kitas und Schulen nicht zu den Pandemietreibern gehören, gibt es dort ebenfalls Infektionen. Darum waren der Ministerpräsident, Schulministerin Gebauer und ich gemeinsam der Überzeugung, dass wir im Rahmen dieser strikten Lockdown-Maßnahmen auch die Kontakte in Schule und Kita herunterfahren müssen. Da sowieso jetzt die Weihnachtsferien anstehen, ist dies der geeignetste Zeitpunkt, über drei Wochen alle Kontakte so weit wie möglich herunterzufahren und auch die Idee der Vorquarantäne für viele zumindest zu ermöglichen.

Im Rahmen dieser Gesamtmaßnahmen haben Schulministerin Yvonne Gebauer, der Ministerpräsident und ich aufgrund der explodierenden Zahlen am Donnerstagabend entschieden, nicht einen Tag länger zu warten und bereits für Montag entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Wir haben dafür in Kauf genommen, dass es am gestrigen Montag auch zu Organisationsproblemen in Schulen und Kitas gekommen ist.

Aber, Herr Kutschaty, prüfen Sie sich bitte ehrlich: Hätten wir eine Regelung für Mittwoch angekündigt,

dann wären Sie doch der Erste gewesen, der hier von diesem Pult gesagt hätte: Warum denn nicht am Montag, wenn es um jeden einzelnen Tag geht?

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Dahm [SPD]: Das ist doch Quatsch! Darum geht es doch gar nicht! Ich empfehle mal den Pressespiegel!)

Herr Kutschaty, wir wissen, dass wir den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern, den Erzieherinnen und Erziehern, den Kitaleitungen und teilweise auch den Trägern in diesen Tagen viel zumuten. Wir bitten um ihre Solidarität und um ihre Verantwortung, gemeinsam mit uns den Weg zu gehen.

Aber ich bitte auch Sie als politisch Verantwortliche der Opposition, kein Zerrbild zu malen. In den Schulen und in den Kitas herrscht nicht Überforderung und Verzweiflung.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Also ehrlich!)

Überforderung und Verzweiflung herrschen auf vielen Intensivstationen und in vielen Pflegeheimen, wo unsere Senioren von COVID befallen sind.

(Beifall von FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Weil da so ist – das möchte ich ganz offen sagen – appelliere ich noch einmal, hier eine gewisse Demut zu haben, welche Themen man anspricht.

(Christian Dahm [SPD]: Das ist richtig!)

Ich glaube nicht, dass es heute der Tag ist, Herr Kutschaty, an dem wir über die Frage der Firma van Laack sprechen müssen. Im Übrigen weiß ich nicht, ob Ihnen die Situation von damals noch so präsent ist, als wir alle händeringend aus der ganzen Flut von Angeboten,

(Zuruf von der SPD)

die da gekommen sind, nach einem seriösen, bei dem wir ganz schnell Masken und entsprechendes Material bekommen können, gesucht haben, weil wir in einer Versorgungsnotsituation waren.

(Christian Dahm [SPD]: Aber die gibt es nicht im November! Das ist doch Quatsch!)

Ich kann nur sagen, ich hätte mir mehr verantwortungsvolle Menschen wie Johannes Laschet gewünscht, der hier an dieser Stelle völlig richtig vermittelt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich sage an dieser Stelle auch: Es ist heute ebenfalls nicht der geeignete Tag, um über die Frage der Kita-gebühren zu sprechen,

(Zuruf)

mal abgesehen davon, dass wir mittlerweile nicht nur das erste, sondern auch das zweite Jahr beitragsfrei gestellt haben. Ich denke, es ist heute auch nicht die Debatte

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

für die vielen Zwischenrufe, Frau Voigt-Küppers, auch nicht von Ihnen.

(Zuruf von der SPD: Das entscheiden Sie aber nicht!)

– Nein, das entscheide ich nicht. Das kann Frau Voigt-Küppers selber machen, aber ich meine, dass sie meistens eher zur Heiterkeit bzw. Peinlichkeit in ihrer eigenen Fraktion beiträgt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Dahm [SPD]: Unverschämt! – Zuruf von der SPD: Was für ein Schnösel!)

Meine Damen und Herren, ich habe den ...

(Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich habe den Eltern das Versprechen gegeben, dass wir nicht wieder landesweit Kitas und Schulen schließen. Dabei bleibt es. Wir bitten alle Eltern, die beruflich und familiär dazu in der Lage sind, bis zum 10. Januar die Kinder nicht in die Kita zu bringen und womöglich den Distanzunterricht zu nutzen. Wir sagen aber auch zu, dass für die Kinder von allen Eltern, die das nicht leisten können, weiterhin Betreuung und Unterricht angeboten wird. Ich vertraue in dieser Situation auf die Eigenverantwortung und die Solidarität der Eltern.

Sie von der Opposition müssten erklären, was Sie sich alternativ vorstellen, denn die Alternative der Notbetreuung für die kritische Infrastruktur hätte uns doch brutale Auseinandersetzungen zwischen den Eltern gebracht, wer denn zu dieser kritischen Infrastruktur in dieser Phase der Pandemie gehört und wer nicht – und das vor dem Weihnachtsfest.

Ich glaube, dass die Regelung, die wir getroffen haben, die verträglichste Lösung für unsere Gesellschaft ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir jetzt in der Schule für diesen knappen Zeitraum Lernen auf Distanz ermöglichen, dann ist das keine Dauerlösung, sondern es ist der Idee dieses harten, vorweihnachtlichen Lockdowns und der Vor-Quarantäne-Möglichkeit geschuldet. Wir halten grundsätzlich am Präsenzunterricht fest.

(Zuruf von der SPD)

Warum? – Ich kenne in meinem persönlichen Umfeld Kinder, die gestern früh um 8 Uhr in ihren Kinderzimmern am Schreibtisch gesessen und gelernt haben und die Aufgaben von der Schule hatten. Ja, Herr Kutschaty, das geht. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die Eltern die Kinder rechtzeitig wecken und

ihnen verdeutlichen, dass es um 8 Uhr mit dem Lernen losgeht. Und was ist mit den Kindern, deren Eltern das nicht können oder deren Eltern sich schlicht nicht darum kümmern, und denjenigen, die kein eigenes Kinderzimmer und keinen eigenen Schreibtisch haben?

Der Grund für das Festhalten am Präsenzunterricht ist doch keine Rechthaberei oder Bequemlichkeit, sondern es ist die Sorge, dass binnen weniger Wochen Kinder, denen Eltern nicht helfen können, komplett den Anschluss verlieren – so wie wir das bei Tausenden Kindern im Frühjahrs-Lockdown erlebt haben. Dass es dazu nicht mehr kommen darf, haben sich alle Bildungspolitiker der Republik geschworen: gelbe, schwarze, grüne, rote, dunkelrote.

Dann kam die Nachricht aus Solingen: Wir machen stadtweit Wechselmodell. – Herr Kutschaty, für das Image einer Schulministerin der Digitalpartei FDP wäre es der bequemste Weg gewesen, zu sagen: Digital first, Bedenken second. – Das klingt so innovativ, damit stelle ich mich an die Spitze der Bewegung.

Yvonne Gebauer hat das bewusst nicht getan, denn so richtig, wichtig und notwendig die digitale Entwicklung unserer Schulen ist, so nüchtern müssen wir einräumen, dass wir deutschlandweit weder strukturell noch didaktisch so weit sind, Kinder aus eher bildungsschwächeren Familien im Wechselunterricht so mitzunehmen, dass sie nicht den Anschluss verlieren. Es gibt eine Reihe von Pädagoginnen und Pädagogen, die hierbei positive Pioniere sind. Diese müssen wir stärken; mit denen, die das können, müssen wir weiterarbeiten. Aber das geht noch nicht flächendeckend.

Gerade in Solingen – das sage ich auch als Integrationsminister –, wo viele Kinder aus Einwandererfamilien auf sehr präzise Unterstützung angewiesen sind, haben wir eine besondere Verantwortung, dass alle Kinder ihre Bildungschancen entfalten können. Das war, Herr Kutschaty, auch einmal das Bildungsversprechen der Sozialdemokratie.

Daher werden wir – gerne auch mit Ihnen gemeinsam – digitale Lernelemente weiterentwickeln und in den Schulen nutzbar machen. Daran arbeiten wir fortlaufend. Aber von heute auf morgen ist ein Wechselmodell flächendeckend nicht durchsetzbar, ohne dass es zulasten der Kinder geht. Deswegen ist es so wichtig, dass wir, wann immer es möglich ist, die Präsenzpflcht auch durchsetzen und den Unterricht in der Schule gestalten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Kutschaty, erlauben Sie mir noch eine Bemerkung an den ehemaligen Justizminister: Der Unterschied von Schulpflicht und Präsenzpflcht ist keine Petitesse. Die Schulpflicht ist Teil unserer Landes-

verfassung. Ich erwarte, dass dies der ehemalige Justizminister weiß.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Ich habe jetzt ausführlich zur Bildungspolitik gesprochen.

(Zuruf von der SPD: Hauptsache, er hat die Schulministerin verteidigt! – Christian Dahm [SPD]: Mehr zur Schule, bitte!)

Viele Maßnahmen innerhalb dieses Lockdowns stellen uns und vor allem die einzelnen Bürgerinnen und Bürger vor unglaubliche Herausforderungen. Wir muten gerade vielen kleinen Unternehmen Unglaubliches zu. Deswegen hat es für uns absolute Priorität, dass die Wirtschaftshilfen diesmal nicht nur fließen, sondern auch präzise ankommen, damit keine wirtschaftlichen Existenzen vernichtet werden.

Wir wissen auch – darüber wird auch weiter diskutiert werden –, dass wir im Rahmen einer langfristigen Strategie einen viel besseren Schutz der Risikopatienten brauchen. Ich bin gerade auf die Situation gerade für die Älteren in den Pflegeheimen eingegangen.

Es wird aber auch entscheidend sein, dass es vor dem 10. Januar Perspektiven gibt, wie es anschließend in unterschiedlichen Szenarien weitergeht, damit es nicht einfach eine alternativlose Lockdown-Verlängerung gibt. Hier müssen wir uns entsprechend vorbereiten. Keiner weiß, wie sich bis zum 10. Januar die Pandemie entwickelt. Aber wir werden als Landesregierung keine Weihnachtspause machen, sondern jeden Tag daran arbeiten, um auf die Zeit nach dem 10. Januar in unterschiedlichen Szenarien vorbereitet zu sein. Wir werden keine Pause machen – das ist unser Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger.

Umgekehrt bitten wir Sie, auch die uns zuschauen: Bitte tragen Sie mit allen Möglichkeiten dazu bei, Kontakte zu minimieren – auch über die Verordnung hinaus. Niemand – auch darauf sollten wir in einer solidarischen Gesellschaft, einer Gesellschaft des fairen Umgangs achten – soll Weihnachten und Silvester alleine bleiben müssen. Aber halten wir alle, die wir das können, das Weihnachtsfest bezüglich eigener sozialer Kontakte so klein wie möglich. Wir haben alle die Möglichkeit, gemeinsam einen Beitrag zu leisten, um dieser Krise zu trotzen und sie gemeinsam zu überwinden.

Wir sind froh und dankbar, dass es die Entwicklung des Impfstoffs gibt. Es ist eben die Nachricht gekommen, dass es eine Zulassung zum 23. Dezember geben soll. Ich hoffe, dass uns dies einen wesentlichen Schritt weiterbringt. Ich wünsche den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande ein gesegnetes Weihnachtsfest. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während dieser Debatte sind statistisch gesehen 50 Menschen an COVID-19 gestorben. Vor diesem Hintergrund, Herr Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender Löttgen, halte ich Ihren Auftritt, den Sie heute mit Ihrer Rede hier hingelegt haben, für absolut schäbig und völlig daneben.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Sie stellen in das Zentrum Ihrer Rede angebliche Aktivitäten eines Reisedienstes der Sozialdemokratie.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Diese Behauptung ist nicht nur verleumderisch; sie ist auch faktenfrei und völlig falsch und daneben.

(Beifall von der SPD)

Hätten Sie sich die Internetseite, von der Sie offensichtlich zitiert haben, genauer angeschaut, hätten Sie dort nämlich gelesen: Unsere Website wird überarbeitet.

(Lachen von der CDU und der FDP – Zurufe von Bodo Löttgen [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Wie können Sie in einer solchen Phase, in der wir uns in einer Pandemie befinden,

(Unruhe von CDU und FDP)

unterstellen, die SPD würde Spaßkreuzfahrten auf dem Rhein durchführen? Das ist eine Unverschämtheit! Solche Veranstaltungen finden nicht statt.

(Beifall von der SPD)

Sämtliche Veranstaltungen sind selbstverständlich abgesagt worden. In solchen Zeiten macht man so etwas nicht.

Ich will Ihnen einmal etwas sagen, Herr Kollege Löttgen. Das gilt für Ihre Partei oder Ihnen nahestehende oder mit Ihrem Namen werbende Organisationen nämlich genauso.

(Zuruf von der CDU)

Sie versuchen gerade, deutlich zu machen, dass das UNION Reiseteam nicht zu Ihnen gehört. Ich halte es in dieser Debatte für völlig unwürdig, solche Sachen vorzubringen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Aber ich sage Ihnen einmal, womit auf der Internetseite des UNION Reisetams mit Verweis auf den CDU-Stadtverband geworben wird:

„Winterzauberland 2021: Eine zauberhafte Show mit viel Musik und Entertainment ...“

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

26. Dezember 2020 bis einschließlich Februar 2021 – mit Bert Beel, Gaby Baginsky und dem König der Gitarre, Ricky King.

„Abfahrt: 11:00 Uhr Stormarnstraße beim S-Bahnhof Ahrensburg“

Das würde ich Ihnen nie vorhalten, hätten Sie nicht so einen Schwachsinn über uns behauptet, der falsch ist, Herr Löttgen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Thorsten Schick [CDU])

Ich erwarte, dass Sie sich hier dafür entschuldigen. Sie haben uns Rechtsbruch vorgeworfen. Das gehört sich nicht, Herr Löttgen. Stellen Sie das gleich klar.

Das Gleiche geht an Herrn Stamp. Herr Stamp, ich bin entsetzt. Hier tiefend staatstragend eine Rede vortragen und parallel dazu, während Sie hier auf der Regierungsbank sitzen, locker mal mitwitzen bei der Nummer! Ich zitiere, was Sie gerade zum Thema „Reise“ getwittert haben:

„Ist das Euer Ernst, SPD? Dank an Bodo Löttgen, der auf diese Unglaublichkeit in seiner hervorragenden Plenarrede aufmerksam gemacht hat.“

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was für eine Unverschämtheit, Herr Stamp! Was für eine Unverschämtheit von Ihnen, da faktenfrei mit einzustimmen!

Ein Letztes will ich Ihnen auch noch sagen: Hören Sie auf, von Ihrer Position aus Abgeordnete meiner Fraktion zu beleidigen! Das gehört sich nicht! Das macht man als Regierungsmitglied nicht!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Da Sie ganz offensichtlich das Schulressort hier schon mit übernommen haben, wie wir gerade aus Ihrer Rede mitgenommen haben,

(Sarah Philipp [SPD]: Besser ist es!)

noch ein Wort zur Schulpolitik, um das endgültig hier noch einmal klarzustellen: Die Sozialdemokratie und auch ein ehemaliger Justizminister an der Spitze der Fraktion wissen, was Schulpflicht heißt. Wir sind für die Schulpflicht. Der Solinger Weg bedeutet nicht, die Schulpflicht auszusetzen,

(Christian Dahm [SPD]: So ist das!)

sondern war damals die einzige Chance, dem Chaos zu entgehen, das jetzt entstanden ist, weil man nicht rechtzeitig auf Wechsel- und Präsenzunterricht gesetzt hat.

(Beifall von der SPD)

Die Menschen glauben Ihnen Ihre platten Parolen auch nicht. Sie können hier noch hundert Mal behaupten, wir würden Kinder ins Homeoffice stecken. Was aus Ihrer Schulpolitik geworden ist, sehen wir heute: Chaos in Familien, Chaos bei Schülerinnen und Schüler, Chaos bei Lehrern. Schauen Sie sich die Presselandschaft an. Ein absolutes Versagen!

Sie haben uns keine Hinweise zu geben, wie man vernünftige Schulpolitik macht. – Herzlichen Dank.

(Starker Beifall von der SPD – Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE] und Arndt Klocke [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kutschaty. – Für die Fraktion der CDU hat nun Herr Abgeordneter Löttgen das Wort.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Kommt jetzt die Entschuldigung? – Zuruf von der CDU: Wofür? – Stefan Zimkeit [SPD]: Für die Unwahrheit! – Zuruf von der CDU: Ihre Unwahrheit!)

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kutschaty! Erstens. Ich habe 2 Minuten am Ende einer etwa 22-minütigen Rede

(Zuruf von der SPD: Zu lange!)

über diesen Sachverhalt gesprochen. Wenn Sie das als Mittelpunkt meiner Rede betrachten, haben Sie entweder nicht zugehört, oder Sie sind ein getroffener Hund,

(Zurufe von der SPD)

der an der Stelle genau weiß, dass das, was ich ihm vorgeworfen habe, wahr ist.

(Lachen von der SPD)

Ich zitiere einmal komplett, damit auch allen bekannt ist, was auf der Seite des SPD-Reiseservice als Hinweis steht:

(Zuruf von der SPD: Ist der Mann peinlich!)

Liebe Reisefreunde! Bitte kontaktiert uns für Buchungsanfragen aktuell direkt, per E-Mail an ... oder telefonisch.

Das Wenige, was Sie zitiert haben:

(Zuruf von der SPD)

Unsere Website wird überarbeitet. Deshalb funktionieren die Anfrageformulare und vereinzelte Links noch nicht. Wir freuen uns auf euch.

Buchen ist also möglich!

(Lachen und Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Das ist unverschämt!)

Versuchen Sie jetzt nicht, denjenigen, der auf einen Missstand deutlich hingewiesen hat, zu verurteilen,

(Zurufe von der SPD)

sondern sorgen Sie endlich dafür, dass diese Seite aus dem Netz verschwindet,

(Zuruf von der SPD: Das ist nicht möglich!)

damit die Leute nicht mehr den Eindruck haben, dass die SPD hier Kreuzfahrten anbietet.

(Nadja Lüders [SPD]: Die Seite ist schon längst raus! Bleiben Sie bei der Wahrheit! – Weiterer Zuruf von der SPD: Die Seite ist raus!)

Zweitens. Jetzt wird es richtig lustig, Herr Kutschaty. Ich kann ja verstehen, dass man sich überlegt: Da muss es doch auch bei der CDU etwas geben. – Gibt es aber nicht!

Es ist nicht nur unseriös, sondern geradezu schäbig, dass Sie einen gemeinnützigen Verein, der 2004 in Ahrensburg gegründet wurde, vielleicht von CDU-Mitgliedern – weiß ich nicht, kann ich nicht sagen – ...

(Zuruf von der SPD)

– Mein lieber Kollege – ich weiß nicht, wer es dazwischengerufen hat –, aber das alles hat Herr Kutschaty verschwiegen. Das ist alles auf der Internetseite nachlesbar.

Einen gemeinnützigen Verein mit fünf Mitgliedern, der Reisen organisiert und sich den Namen „UNION Reisen“ gegeben hat, vergleichen Sie mit einer 100%igen Tochter der SPD. Das ist unseriös!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Insofern sage ich Ihnen, weil Sie das ja gefordert haben: Sollten Sie, weil mich das Ganze wirklich umgetrieben hat – ich habe gedacht: es kann doch nicht wahr sein, dass die SPD das macht –, den Eindruck gewonnen haben,

(Zurufe von der SPD)

ich hätte mich hier an diesem Rednerpult im Ton vergriffen, dann entschuldige ich mich dafür. In der Sache bleiben die Vorwürfe nach wie vor so gültig, wie ich sie beschrieben habe.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat erneut Frau Kollegin Abgeordnete Paul das Wort.

Josefine Paul* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nur noch einmal daran erinnern, dass wir uns eigentlich in einer Unterrichtung zur aktuellen Coronalage befinden

und dass diese Lage doch wohl weitaus dramatischer ist als diese komische Scharade, die hier der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Bodo Löttgen, aufführt.

Ich will auch noch einmal daran erinnern, dass das Ringen um die richtige Lösung in einer Krise eine demokratische Aufgabe im Sinne eines Abwägungsprozesses ist. Aber die Debatte, die hier zum Teil gerade geführt worden ist, ist ganz sicher kein Beitrag dazu, Herr Kollege Löttgen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dieser Abwägungsprozess gehört natürlich hier ins Parlament. Sie tun zwischendurch immer geradezu so, als wäre es eine Zumutung, dass das Parlament auch noch bei der Krisenbewältigung mitreden möchte.

Zu dieser Abwägung gehört auch das Üben konstruktiver Kritik. Niemand stellt doch in Abrede, dass es in einer Krise notwendig sein kann, kurzfristige Entscheidungen zu treffen, und dass es Kurskorrekturen geben muss. Aber diese notwendigen Kurskorrekturen müssen dann auch kommen. Die Dünnhäutigkeit der Landesregierung, hinter jedem konstruktiven Hinweis gleich eine Art Majestätsbeleidigung zu vermuten, hilft doch nun wirklich nicht weiter.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Natürlich muten wir alle uns in dieser Debatte einiges zu, weil dieses Parlament auch die Verantwortung hat, hart miteinander zu ringen – im Sinne der Transparenz, im Sinne des Abwägungsprozesses, aber natürlich auch, weil solche weitreichenden Entscheidungen und Eingriffe auch in Grundrechte im Parlament debattiert werden müssen.

Aber dazu gehört auch, dass es eine gewisse Akzeptanz für Rede und Gegenrede gibt. Herr Rasche, mich wundert schon, dass Ihr vornehmlichster Beitrag in dieser Debatte das Verteilen von Haltungsnoten ist. Setzen Sie sich doch einmal sachlich mit den Argumenten auseinander, und arbeiten Sie sich nicht an den Redemanuskripten der anderen ab – und dann auch noch in nicht sachlicher Art und Weise, sondern indem Sie so etwas wie Haltungsnoten verteilen.

Herr Löttgen, mit einer Diffamierung der Kritik der Opposition wird es doch auch nicht besser – auch dann nicht, wenn man sie gleich das zweite Mal vorträgt. So macht man doch das Parlament nicht zu einem starken Ort der Auseinandersetzung über notwendige Krisenpolitik, was uns eigentlich in dieser Situation alle eint und einen sollte.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf)

Herr Minister Stamp, Sie haben in Ihrem Redebeitrag gleich mehrfach Demut angesprochen. „Demut“ ist in der Tat ein großes Wort. Aber dieses große Wort eignet sich nicht, um unliebsame Kritik abzuwürgen.

(Zuruf von der CDU)

Das will ich sehr deutlich sagen.

Herr Minister Stamp, wenn man den Auftritt von Herrn Löttgen bei Twitter als hervorragende Plenarrede würdigt und anschließend von Demut redet, würde ich mich einmal fragen, ob das Vokabular an dieser Stelle weise gewählt war.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Minister Stamp, was mich, ganz ehrlich, massiv geärgert hat, war dieses Von-oben-Herab.

(Zuruf: Genau!)

Sie stellen sich hierhin und kanzeln das Parlament und einzelne Abgeordnete ab. Als Minister steht Ihnen das in dieser Art und Weise nicht zu.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Nehmen Sie das Parlament ernst, und kanzeln Sie Abgeordnete nicht so ab.

Sie sind auch in der Verantwortung, tragfähige Lösungen zu finden, Herr Minister. Schieben Sie das nicht auf die Eltern ab.

Auch im Ausschuss tragen Sie immer wieder mantaraartig vor: Was will die Opposition? Was sind denn Ihre Vorschläge?

(Beifall von der CDU)

Das ist doch einfach nur hilflos und zeigt, dass Sie kein Konzept haben, wie Sie den Kindern, den Jugendlichen und den Familien in diesem Land in dieser Krisensituation wirklich helfen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Da hilft es auch nicht, zu versuchen, mit Überheblichkeit mangelnde Handlungsfähigkeit zu verdecken.

Ich werde den Eindruck nicht los – diesem Eindruck konnten Sie gerade auch nicht entgegenwirken; Sie konnten ihn nicht entkräften –, die FDP mit ihrer Schulministerin an der Spitze, aber wohl auch mit dem Familienminister, der immer so beispringt, ist eine Art Klotz am Bein in dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Paul. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Rasche das Wort.

Christof Rasche* (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Kollegin Paul, es ist immer schwierig, und es fällt meistens auf einen selbst zurück, wenn man davon spricht, dass

diese Regierung zum Beispiel dünnhäutig ist oder von oben herab agiert. Wenn Sie nachher noch einmal die Zeit hätten und Ihren Redeauftritt hier nachverfolgen würden, würden Sie sich fragen, ob Sie sich überhaupt großartig von denjenigen unterscheiden, denen Sie Vorwürfe machen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Jetzt vergeben Sie schon wieder Haltungsnoten, Herr Rasche!)

Liebe Frau Paul, Sie tun das in keiner Art und Weise.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dann haben Sie gesagt, die FDP-Fraktion oder auch ich würde Haltungsnoten vergeben. Ich habe keine Noten dabeigehabt und habe auch keine vergeben. Wir arbeiten ja vielleicht alle noch an besseren Noten. Dafür haben wir ja noch zwei Tage Zeit – auch Sie.

Ich habe in meiner Rede – darauf sind Sie leider nicht eingegangen; Sie hatten ja die Möglichkeit, da Sie extra noch einmal ans Redepult getreten sind – auf den Widerspruch hingewiesen, den die Grünen bundesweit offenbaren. Die Grünen sind in elf Landesregierungen vertreten. Es gibt einen einstimmigen Beschluss aller Kultusminister, gemeinsam vorzugehen –

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

mit reihenweise grünen Bildungsministern, mit reihenweise grünen Politikern in Regierungsverantwortung.

(Zurufe von Verena Schäffer [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Und hier haben Sie, Frau Paul, die Unverschämtheit, die Arbeit dieser sechzehn Bundesländer in Nordrhein-Westfalen anzugreifen und so zu tun, als hätten Sie in elf Landesregierungen keine Verantwortung. Noch einmal: Das ist doppelzünftig; das ist ein mieses Spiel, das die Grünen hier betreiben. Die Leute werden das merken.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Man kann nicht in der Verantwortung in elf Bundesländern das eine tun und hier in Nordrhein-Westfalen in der Opposition vom Gegenteil reden. Das macht einen regierungsuntauglich, liebe Frau Paul.

(Beifall von der FDP und Petra Vogt [CDU])

Wir haben hier im Landtag schon häufig darüber debattiert, wer der bessere Unternehmer ist. In der Regel ist es der Private. Das ist die Auffassung der FDP. Die SPD hat immer gesagt, der Staat sei der bessere Unternehmer, weil er es besser kontrollieren könne. Wir haben bei der Neuen Heimat und anderen Unternehmen erlebt, dass das nicht immer der Fall ist.

Aber heute haben wir doch etwas Eindrückliches erlebt. Vielleicht kann man fragen, an welchen Stellen es klug ist, dass der Staat auch als Unternehmer auftritt. Aber Parteien sollten nicht bei Kreuzfahrtschiffen

oder bei anderen Angelegenheiten in Nordrhein-Westfalen als Unternehmer auftreten. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, darauf sollten Sie in Zukunft lieber verzichten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zur Unterrichtung nicht vor.

Damit sind wir am Schluss der Aussprache angelangt und kommen zur Abstimmung über die heute vorliegenden Anträge.

Wir stimmen erstens über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/12053 ab. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Ich frage daher, wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Langguth und Pretzell. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Kolleginnen oder Kollegen, die sich der Stimme enthalten möchten? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/12053** einstimmig **angenommen** wurde.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/12057. Auch hier hat die antragstellende Fraktion direkte Abstimmung beantragt, sodass ich nunmehr frage, wer dem Inhalt dieses Antrags zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Langguth und Pretzell. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten der Fraktion der AfD. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/12057 nicht die Mehrheit** des Hohen Hauses **gefunden** hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit verlassen wir den Tagesordnungspunkt 1 unserer heutigen Plenarsitzung und kommen zu:

2 **Corona-Pandemie – Belastungsgrenze erreicht! Drohender Kollaps auf den Intensivstationen in NRW – Warum lässt die Landesregierung Krankenhäuser und Kommunen in der bisher schwärzesten Stunde der Pandemie im Stich?**

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12105

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Kapteinat das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon viel über die aktuelle Lage gesprochen. Wir wollen mit dieser Aktuellen Stunde noch einmal den Blick konkret auf die Intensivkapazitäten in Nordrhein-Westfalen richten.

Es ist egal, welche Zahlen ich Ihnen hier jetzt nennen würde: Wir alle wissen, dass sie viel zu hoch sind. Gestern Mittag war der Stand laut dpa, dass dem DIVI-Intensivregister zufolge die Anzahl der freien Intensivbetten in Nordrhein-Westfalen bereits am Montag unter 15 % gesunken ist.

Über 1.000 COVID-19-Patientinnen und -Patienten liegen auf nordrhein-westfälischen Intensivstationen. Davon werden 631 beatmet. Das sind 60 %. Und wir wissen: Statistisch gesehen, werden 50 % der beatmeten Patientinnen und Patienten das Ganze nicht überleben.

Wir hatten in Nordrhein-Westfalen gestern noch 840 freie Intensivbetten – für 18 Millionen Einwohner. Täglich kommen neue Fälle dazu. Mein Kollege Thomas Kutschaty hat gerade gesagt: Während des heutigen Vormittags hier im Plenum sind bereits über 50 Menschen verstorben. – Die Lage ist dramatisch.

Morgen verabschieden wir uns von dem Lockdown light und versuchen, endlich entschlossener dem Virus zu begegnen, welches nicht mit sich verhandeln lässt. Ministerpräsident Laschet hat dies auch mit den hohen Zahlen der COVID-19-Patientinnen auf den Intensivstationen begründet. Diese Zahlen müssen wir senken. Das kann uns nur gelingen, wenn wir die Zahl der Neuinfizierten senken.

Das alleine wird jedoch nicht reichen. Wir brauchen ein entsprechendes Management im Hinblick auf die freien Intensivbetten, wobei damit nicht nur das freie Bett an sich gemeint ist, sondern selbstverständlich auch das medizinische Personal, das diese Betten bedienen kann. Knapp ein Fünftel aller Intensivbetten wird bereits jetzt von COVID-19-Patienten belegt. In einigen Regionen ist die Situation schon heute deutlich schlechter.

Bereits im September hat die 93. Gesundheitsministerkonferenz das sogenannte Kleeblatt-Konzept für einen länderübergreifenden Patiententransport beim Worst-Case-COVID-19-Szenario beschlossen.

Im Dezember hat das MAGS dann einen entsprechenden Erlass vorgelegt, scheint allerdings leider einen Sonderweg gehen zu wollen. Statt einen Single Point of Contact zu installieren, gibt es hier in Nordrhein-Westfalen Five Points of Contact, also nicht eine Ansprechpartnerin, die den Überblick hat und Entscheidungen treffen kann, und das vor allem

schnell. Nein, der Plan des Ministeriums sieht vor, dass die Kliniken innerhalb einer Kommune erst einmal selbst versuchen sollen, das Problem zu lösen. Erst danach ist der SPoC in Düsseldorf zuständig, der dann wiederum versucht, mit den betroffenen Kommunen eine Lösung zu finden.

So etwas ist zwar ein Superansatz, wenn es darum geht, Kinder zu mehr Selbstständigkeit zu erziehen. Aber hier geht es im wahrsten Sinne des Wortes um Leben und Tod.

Diese Kritik ist im Übrigen nicht nur eine einsame Kritik der SPD-Landtagsfraktion, sondern wird von niemand Geringerem als dem Präsidenten der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, Herrn Uwe Janssens, ausgesprochen. Er sagt selber – mit Verlaub der Präsidentin zitiere ich –:

„In Nordrhein-Westfalen ist nicht klar, an wen sich die Krankenhäuser wenden sollen, die COVID-19-Patienten verlegen müssen.“

Weiter wird völlig zu Recht kritisiert, dass die Krankenhäuser auch keine konkrete Zahl vom MAGS genannt bekommen, wann eine Verlegung erfolgen soll.

Ich selbst bin immer wieder beeindruckt von den Leistungen, die die Menschen, die unsere Krankenhäuser am Laufen halten, bringen. Hier geht es aber darum, dass sich diese Menschen genau diese Ansagen wünschen, also jemanden, der die Verantwortung übernimmt – Verantwortung auch im Hinblick auf Regelungen bei elektiven OPs.

In der ersten Welle haben wir bereits gewisse OPs reduziert, um Ressourcen und damit natürlich auch Personal zu bündeln bzw. zu schonen. Das Personal, das dadurch frei wird, kann dann an anderer Stelle eingesetzt werden. Diese Verschiebung von Operationen findet jetzt auch statt, aber ohne ausreichende politische Flankierung und ohne klare Ansagen, was die Mehrausgaben und Erlösausfälle der Krankenhäuser angeht. Wir haben hier schon mehrfach für eine Lösung plädiert.

Natürlich habe ich den Appell der Krebshilfe von Montag in den Ohren. Wir riskieren mit der derzeitigen Situation, dass Menschen nicht die angemessene medizinische Behandlung bekommen können, weil das System überlastet ist. Deswegen brauchen wir aber doch erst recht ein klares Konzept für das Aussetzen des Regelbetriebs in Krankenhäusern und Klarheit über die entsprechenden finanziellen Auswirkungen.

Zuletzt hat die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen gefordert, dass sich auch NRW der Initiative von Thüringen und Sachsen-Anhalt anschließt, um die Freihaltepauschalen in allen Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen. Denn auch hier geht es um Verantwortung. Es ist, wie ich finde,

das Kerngeschäft von Politikerinnen und Politikern, einen breiten Rücken zu machen, damit sich die Pflegerinnen und Ärztinnen um ihr Kerngeschäft kümmern können: Leben retten.

Und bitte, Herr Minister Laumann, jetzt gleich keine laute, kumpelhafte Laumann-Rede, die in erster Linie die CDU-Fraktion erfreuen soll! Wir haben als größte Oppositionsfraktion wirklich viele Dinge auch sehr kurzfristig mitgetragen, weil es uns um die Sache ging und weil die Lage einfach sehr ernst ist. Deshalb bitte ich Sie um eine ernsthafte Debatte. Sagen Sie uns: Werden Sie nachbessern? Nehmen Sie die Kritik der Expertinnen ernst? Wird es Regelungen zu elektiven OPs geben? – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kapteinat. – Für die Fraktion der CDU hat nun Herr Abgeordneter Preuß das Wort.

Peter Preuß (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank für die Beantragung der Aktuellen Stunde. Sie gibt der Landesregierung die Möglichkeit, sicherlich gleich zu den einzelnen Fragen, die Sie, Frau Kapteinat, gestellt haben, Stellung zu nehmen, aber auch der NRW-Koalition die Gelegenheit, noch einmal darzulegen, was sie für die Krankenhäuser in NRW getan hat und was sie noch tun wird, um sie auf die Anforderungen in der Pandemie vorzubereiten.

Ich muss dazusagen, dass die Informationen dazu bekannt sind. Es gibt dazu mehrere Verwaltungsvorlagen, die auch Drucksachennummern haben. Darin sind diese einzelnen Maßnahmen beschrieben.

Ich kann nur appellieren, nicht zu versuchen, politisches Kapital aus der aktuellen Situation in unseren Krankenhäusern zu schlagen. Wer Ängste schürt, verspielt das Vertrauen der Bevölkerung in unser Gesundheitswesen. Deshalb müssen wir sachlich mit dem Thema umgehen.

Unsere Krankenhäuser sind nicht nur gut aufgestellt, sondern werden von der NRW-Koalition und der Landesregierung im Zuge der Pandemie auch massiv finanziell unterstützt und nicht alleingelassen. Sie stehen bei allem, was wir an Maßnahmen beschließen und was wir diskutieren, stets im Mittelpunkt der Betrachtung.

Ich darf nur darauf hinweisen, dass wir 100 Millionen Euro aus Landesmitteln im Rahmen der Soforthilfe für Beatmungsgeräte zur Verfügung gestellt haben – mit der Genehmigung zusätzlicher Intensivplätze aus Mitteln des Gesundheitsfonds. Auch der Bund hat Beatmungsgeräte und Monitorgeräte beschafft. So hat sich die Zahl der Intensivbetten von 6.525 im März 2020 bis August 2020 auf 8.035 erhöht.

Erwähnt worden ist gerade auch das Konzept zur Entlastung der Klinikkapazitäten vom 4. Dezember 2020. Mir ist nicht ganz klar, was hier konkret kritisiert wird. Es ist eigentlich nahe liegend, dass man zunächst einmal auf kommunaler Ebene versucht, eine ortsnahe Versorgung zu organisieren.

Die Landesregierung hat sofort nach Ausbruch der Pandemie schon seit März dieses Jahres reagiert und zunächst einmal auflisten lassen, wie viele Intensivbetten in NRW überhaupt zur Verfügung stehen. Eine solche Registrierung oder Auflistung gab es vorher nicht. Dabei geht es nicht nur um das Bettgestell, sondern auch um die Behandlungs- und Betreuungskapazitäten. Zum Bett gehören auch der Arzt und die ausgebildete Intensivkrankenschwester, wie Frau Kapteinat hier zu Recht ausgeführt hat. Fällt diese aus, kann eine intensivmedizinische Behandlung nicht stattfinden.

Also muss alles getan werden, um das Personal gesund zu halten. Deshalb haben Bund und Land schnell dafür Sorge getragen, dass zum Beispiel Schutzmaterialien zur Verfügung stehen. Auch ist Vorsorge getroffen worden, alle möglichen zur Verfügung stehenden Intensivbetten zum Beispiel in Reha-Kliniken zu nutzen.

Es gibt noch eine ganze Reihe von Maßnahmen, mit denen die Landesregierung, aber auch der Bund die Krankenhäuser unterstützen: durch die Beschaffung von Intensiv- und Beatmungskapazitäten – ich habe sie schon erwähnt; sie ist mit Geld hinterlegt –, durch die Tagespauschale in Höhe von 560 Euro für jedes frei gehaltene Bett – an dieser Stelle sei die Bemerkung gestattet: ob eine Operation verschoben werden kann oder soll, entscheidet doch der Arzt und nicht die Politik –, durch Anpassung der Ausgleichsbeträge von bis zu 760 Euro, durch Erhöhung der fallbezogenen Zuschläge von 50 Euro auf 100 Euro für Materialbeschaffung, durch zeitweise Aufhebung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung, durch Befreiung der Krankenhäuser von Abschlägen nach dem SGB V usw. usf.

Dazu kommen noch sehr viele Haushaltsansätze, die wir hier beschlossen haben. Ich denke nur an das Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen.

Meine Damen und Herren, die Situation ist ernst, da die Zahl der verfügbaren Intensivkapazitäten abnimmt.

Die Coronapandemie stellt die Krankenhäuser zurzeit wegen der besonderen Behandlungsanforderungen vor große Herausforderungen – Ärzte und Pflegekräfte, insbesondere solche, die auf den Intensivstationen ihren Dienst tun. Wir danken Ihnen dafür.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch wenn wir im Vergleich zu anderen Ländern noch relativ gut dastehen, gibt die aktuelle Ent-

wicklung Anlass zur Sorge. Deshalb muss alles getan werden, um zu verhindern, dass es zu einer Überforderung der Krankenhäuser kommt. Das war immer das Ziel aller bisher beschlossenen Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, man kann es drehen und wenden, wie man will. Am Ende kommt es ganz entscheidend darauf an, den harten Lockdown auch umzusetzen. Die Zahlen müssen runter! Es kann nicht sein, dass die Krankenhäuser es ausbaden müssen, wenn das nicht funktioniert. Es geht also nicht darum, die Situation in den Krankenhäusern zu beklagen, sondern massiv für die Sinnhaftigkeit des Lockdowns zu werben und sich auch klar dahinterzustellen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich Professor Janssens alleingelassen fühlt. Er kritisiert – so habe ich das jedenfalls wahrgenommen –, dass der harte Lockdown nicht schon früher gekommen ist.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: So ist es!)

Die Frage ist: Ist das tatsächlich so? Die dynamische Entwicklung lässt eben keine sichere Prognose zu. Niemand kann ernsthaft behaupten, der leichte Lockdown hätte nichts bewirkt. Die exponentielle Entwicklung wurde ausgebremst. Die Maßnahmen waren drastisch: Besuchseinschränkungen in den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, Veranstaltungen unmöglich, Kultureinrichtungen geschlossen, Gaststätten trotz guter Hygienekonzepte geschlossen, Versammlungsverbote usw.

Unter den jeweils gegebenen Umständen waren die Maßnahmen, die seit März getroffen worden sind – ob man sie „Lockdown light“ oder wie auch immer nennen mag –, angemessen, verhältnismäßig und interessengerecht und haben die Infektionszahlen tatsächlich reduziert, und das alles verbunden mit heftigen politischen Debatten.

Nicht zuletzt geht es auch um die Frage der Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung. Abgesehen von den notorischen Coronaleugnern – wer hat denn nicht für sich in Anspruch genommen, vorsichtig und verantwortungsvoll zu sein, gleichwohl aber Kontakt zu halten zur Familie, zu Nachbarn, Freunden, Arbeitskollegen? Mich kann es ja nicht treffen – das war so eine Einstellung.

Die Krankenhäuser müssen am Ende die dadurch entstandenen Infektionsketten und Erkrankungen ausbaden. Daher meine Bitte an alle: Bleiben Sie zu Hause, halten Sie Abstand, vermeiden Sie Kontakte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Preuß. – Als nächster Redner hat

für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Kollege Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte angesichts der Debatte von vorhin noch einmal in Erinnerung rufen, an welchem Tag wir hier heute reden und welche Situation wir haben: Wir haben derzeit in Deutschland täglich fast immer 500 Tote zu verzeichnen, und das seit etlichen Tagen.

Diese Zahlen werden auch nicht runtergehen, weil diejenigen, die das betrifft, jetzt schon infiziert sind. Denn eine Frist von vier Wochen kann man in aller Regel mindestens annehmen, bis es zu diesem tödlichen Verlauf kommt.

Deswegen wird es so sein, liebe Kolleginnen und Kollegen – so bitter das ist –, dass bis Ende Januar nächsten Jahres, also in etwa sechs Wochen, rund 40.000 Menschen an und mit dem Coronavirus verstorben sein werden – 10.000 mehr als in mehreren Jahrzehnten in Deutschland an Aids verstorben sind.

In einer solchen Situation ein derartiges Schauspiel abzuziehen, wie es vorhin passiert ist, finde ich, ehrlich gesagt, unwürdig. Da kann ich mich meiner Fraktionsvorsitzenden Frau Paul nur anschließen.

(Beifall von den GRÜNEN)

In einer solchen Situation müssen wir auch sehr genau abwägen, wie wir zu den einzelnen Vorschlägen und Initiativen stehen.

Ehrlich gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, hätte ich mir gewünscht, dass wir diesen Sachverhalt zunächst im Ausschuss diskutieren. Trotzdem machen wir es jetzt hier im Plenum.

Der Sachverhalt – in Teilen würde ich Ihnen recht geben – ist insofern problematisch, als sich der Minister ja mehrfach im Ausschuss zur Prognose bezüglich der Krankenhausbetten geäußert hat und dort die Prognose abgegeben hat: Na ja, die Lage ist angespannt, aber wir werden das schon hinkriegen. – Diese Form von Prognose finde ich unzureichend, um es mal vorsichtig auszudrücken.

Deswegen finde ich es auch unzureichend, dass man erst jetzt reagiert hat. Das Land Berlin hat es vorgemacht: Man hat bereits im April ein anderes System, ein Ampelsystem, vorgeschlagen und implementiert, was dazu führt, dass auch in Vorphasen bereits Reaktionen der Krankenhäuser stattfinden.

Ich habe mich vor Ort mal kundig gemacht. In Essen stimmt man auf Essener Ebene miteinander ab, wie die Krankenhauszahlen sind, lässt sich das zeigen und reagiert dann kurzfristig. Das kann man so machen.

Wir hätten uns allerdings gewünscht – das spreche ich an der Stelle auch noch einmal sehr klar an –,

dass wir auf Landesebene die Struktur eines Krisenstabes hätten, der klar durchkommuniziert, auch sehr klar reagiert und sehr klar diese Fragen anspricht. Der müsste das nicht selber operationalisieren, sondern dafür sorgen, dass landesweit die gleichen Reaktionsmechanismen in allen Krankenhäusern vorliegen.

Wir haben ja das sogenannte Kleeblattsystem für Deutschland. Das sieht allerdings vor, dass sich Nordrhein-Westfalen zunächst einmal in allen wichtigen Fällen selbst zu helfen hat, weil wir mit rund 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern eben das größte Bundesland sind.

Da kann ich den Ausführungen von Herrn Janssens in dem Artikel, den ich gelesen habe, nicht so ganz zustimmen. Natürlich werden auch Menschen in Krankenhäusern in anderen Ländern behandelt. Wir haben es immer ausdrücklich unterstützt, dass wir in Nordrhein-Westfalen Menschen aus den Niederlanden, aus Belgien und anderen angrenzenden Staaten versorgt haben. Deswegen, Herr Minister, hätte ich mir schon gewünscht, dass an der Stelle früher eine klarere Systematik eingesetzt hätte.

In dem Zusammenhang an die Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie heute eine Fehleinschätzung bezüglich der Maßnahmen eingeräumt haben. Ich finde es ehrenwert, dass Herr Kollege Rasche das gemacht hat. Frau Schneider hatte ja noch letzte Woche Mittwoch um 17 Uhr darauf gedrängt, dass man das Böllerverbot nicht macht, und ich könnte noch andere Punkte ansprechen. Das nehme ich ausdrücklich zur Kenntnis. Aber dann lassen Sie uns an den Mechanismen, an denen wir hier arbeiten können, auch ehrlich und gemeinsam arbeiten.

Damit komme ich zu einem entscheidenden Punkt. Auch das ist erst eine Woche her, obwohl es mir so vorkommt, als wäre es Monate her. Noch vor einer Woche habe ich Ihnen, Herr Minister, ein Stück weit vorgeworfen – dabei möchte ich auch bleiben –, dass Sie auf Druck der FDP verhindert haben, dass die Maßnahmen, die in Lippe besprochen worden sind, vorher hätten greifen können, dass die Maßnahmen, die in Solingen vorbereitet worden sind, hätten ausprobiert werden können, dass die Maßnahmen, die in vielen Städten laufen, längst hätten angewandt werden können und man Erkenntnisse daraus hätte gewinnen können.

Zurück zur Ausgangsfrage, zum DIVI-Register und den Krankenhausbetten – das hat der Ministerpräsident heute in seiner Einbringungsrede deutlich gemacht, Herr Preuß hebt auch ein Stück weit darauf ab –: Herr Minister Laumann, Sie haben im Ausschuss gesagt, wir hätten im Frühjahr unmittelbar durch die Verschiebung elektiver Eingriffe reagieren können. Das wird sich so nicht wiederholen lassen, weil wir schlichtweg das Personal nicht haben, weil

die Menschen in Quarantäne sind, selbst angespannt sind oder sogar infiziert sind und in Krankenhäusern liegen. Es wird niemanden hier im Saal geben, der nicht von Fällen aus dem eigenen Bekanntenkreis in dem Zusammenhang berichten kann.

Deswegen – jetzt ist dieses System implementiert – kann ich Sie nur mit Nachdruck bitten, Herr Minister, diese Form von Ampel oder dieses Frühwarnsystem so durchzuziehen, dass es nicht zu Krisenlagen kommt, solange man es steuern kann. Das will ich ausdrücklich dazusagen: solange man es mit menschenmöglichen Mitteln steuern kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Ende kommen. Ich möchte hier keine Noten verteilen und auch nicht stressen, aber es würde uns allen gut tun, ein bisschen aufeinander zu hören.

Ich komme zu einem versöhnlichen Abschluss kurz vor Weihnachten:

Ihre neue Coronaschutzverordnung, was die Pflegeheime anbetrifft, möchte ich ausdrücklich anerkennen. Viele Anregungen, die ich und andere aus der Opposition gegeben haben, sind aufgenommen worden.

Auch die aus meiner Sicht missverständliche Verordnung auf Bundesebene bezüglich der Testungen in den Pflegeheimen ist klargestellt worden: Natürlich sorgen die Pflegeheime oder eben Dritte mit dafür, dass Menschen getestet ins Pflegeheim gehen. Außerdem gibt es Mindestzeiten, was die Besuchsmöglichkeiten in Pflegeheimen anbetrifft.

Das verbinde ich mit einem Appell, weil es auch dort immer wieder unterschiedliche Herangehensweisen in den Kommunen gibt: Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Pflegeheime und die häusliche Pflege zu den größten Schutzmechanismen unserer Gesellschaft werden, dass wir mit FFP2-Masken reingehen, weil wir nicht besser wissen, was wir sonst tun können, dass wir die Menschen tatsächlich schützen und dass auch das Pflegepersonal – das möchte ich an der Stelle sehr deutlich sagen – immer wieder auf seine und ihre Verantwortung hingewiesen wird.

Ich weiß, wie schwierig das ist. Ich habe selbst lange genug dort gearbeitet, und die Kolleginnen und Kollegen kommen aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen.

Herr Minister, wenn Sie das tun könnten, wäre es schön, wenn Sie dazu heute eine Aussage machen würden.

Wir werden über das Thema „Impfen“ ja noch sprechen können. Die aufsuchende Impfung, ein ganz wichtiger, prägender Faktor zum Schutz der häuslichen Pflege, wird eine große Aufgabe sein. Wir müssen wir uns etwas einfallen lassen, damit wir da auch

abgesehen von dem BioNTech-Impfstoff vorankommen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Mostofizadeh. – Jetzt spricht Frau Schneider für die FDP-Fraktion.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die größte Oppositionsfraktion, wie Sie sich vorhin selbst genannt haben, beantragt eine Aktuelle Stunde zu einem Thema, das uns alle beschäftigt. Gerade mal ein Dutzend Kollegen ist da. Da komme ich mir ein bisschen verladen vor.

Der nächste Aufreger: Im Titel dieser Aktuellen Stunde geht es um Kollaps und darum, dass die Landesregierung die Krankenhäuser im Stich lasse. Mit einem solchen Titel fördern Sie keine konstruktive Diskussion, sondern Angst und Verunsicherung und schüren Panik bei den Menschen im Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ja, der Anstieg der Zahl der Neuinfektionen führt auch zu einer Belastung unseres Gesundheitswesens. Die Zahl der schwer erkrankten Menschen nimmt – wenn auch mit einigen Wochen Verzögerung – zu, und immer mehr Patienten mit COVID-19 müssen in unseren Krankenhäusern behandelt werden. Dies müssen wir derzeit leider beobachten.

Deshalb ist es unumgänglich, jetzt die Notbremse zu ziehen, um einen weiteren Anstieg der Zahl der Neuinfektionen zu stoppen. Wir als FDP-Landtagsfraktion haben immer gesagt: Für uns ist das wichtigste Indiz, wie es auf den Intensivstationen aussieht. Wenn da der leiseste Hilferuf kommt, dann müssen wir das Land herunterfahren.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das ist jetzt geschehen.

Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegerinnen und Pfleger werden momentan enorm beansprucht, wenn sie versuchen, allen COVID-19-Patienten die notwendige Behandlung zu ermöglichen. Wir müssen aufpassen, ihre Kräfte nicht zu erschöpfen. Das dürfen wir bei allen Diskussionen um den Sinn einzelner Maßnahmen nicht vergessen. Deshalb gebührt den Pflegekräften sowie den Ärztinnen und Ärzten unser Dank und unser höchster Respekt.

(Beifall von der FDP und Thorsten Schick [CDU])

Gerade diese Landesregierung und auch die Koalition aus Union und FDP haben sehr viel für die Menschen im Gesundheitswesen und für die Krankenhäuser getan.

Ich selber habe, seit ich in diesem schönen Beruf arbeiten darf, 79 Krankenhäuser besucht, mich dort mit Pflegenden, Ärzten und der Hausleitung unterhalten und immer ein offenes Ohr dafür gehabt, wo der Schuh drückt. Das findet momentan überwiegend telefonisch statt. Die meisten von ihnen haben auch meine private Handynummer, und es findet weiterhin ein Austausch statt. Sie sehen, was wir getan haben und dass wir ihre Wünsche erfüllen.

Das begann mit der Pflege, deren Wunsch es war, eine Pflegekammer zu haben. Diesbezüglich haben Sie, liebe SPD, im Ausschuss ja schon nach einem Ausstiegsszenario gefragt.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass medizinische Fachkräfte kurzfristig hinzugewonnen werden können.

Wir haben unsere Wertschätzung gegenüber der einjährigen Pflegeausbildung, der sogenannten Pflegeassistenz, gezeigt und diese massiv hochgefahren. Die NRW-Koalition hat auch dafür gesorgt, dass diese einjährige Ausbildung entsprechend vergütet wird. Sie haben sie immer verteufelt. Jetzt sehen wir aber, wie gut es ist, dass wir so schnell zusätzliches qualifiziertes Personal bekommen können.

Auch haben wir ein Freiwilligenregister auf die Beine gestellt. Damit werden qualifizierte Menschen angesprochen, die aus familiären Gründen oder warum auch immer zurzeit nicht in einem medizinischen Beruf arbeiten. Bereits 11.000 Menschen haben sich gemeldet, die auch für die Krankenhäuser zur Verfügung stehen.

Diese Zahlen zeigen, dass wir vor allem in den letzten Wochen Tausende motivieren konnten. Jetzt haben wir mit einer Verordnung die Rahmenbedingungen für einen Einsatz abgesichert.

Ich habe mich schon vom ersten Tag an bereit erklärt, in dem Krankenhaus in meiner Heimatstadt zu helfen, wenn es eng wird.

Die Zahl der schweren Fälle, bei denen eine Behandlung im Krankenhaus oder gar eine intensivmedizinische Versorgung nötig ist, steigt derzeit; das ist unzweifelhaft. Wir sollten aber auch genau hinschauen, wo diese Fälle herkommen.

Die Rate der Neuinfektionen nimmt gerade bei Menschen über 80 deutlich zu; viele Neuaufnahmen sind pflegebedürftige Menschen. Wir müssen endlich realisieren, dass schwere Infektionen und Todesfälle vor allem in den Pflegeheimen entstehen. Wir werden unsere Anstrengungen zum Schutz dieser Hochrisikogruppe noch weiter intensivieren. Nach der Notbremse in Form des Lockdowns muss dies zum entscheidenden Aspekt einer langfristigen Strategie werden.

Die Einführung der Antigenschnelltests bietet dabei neue Perspektiven. Wir werden den Einsatz der

Schnelltests zum Schutz der Risikogruppen verstärken. Dazu ist insbesondere ein regelmäßiges, am besten tägliches Screening aller Beschäftigten in stationären Einrichtungen und bei den ambulanten Diensten anzustreben. Zusätzlich zu Tests von Besuchskontakten und bei Neuaufnahmen sowie mehr FFP2-Masken kann so der Schutz deutlich verbessert werden.

Leider versucht die SPD mit dieser Aktuellen Stunde, das Horrorszenario überfüllter Intensivstationen zu zeichnen. Auch wenn die Situation angespannt ist, hatten wir Stand gestern in NRW bei 706 COVID-19-Patienten in High-Care-Stationen mit Beatmung noch 634 freie Betten. Viele Patienten lassen sich aber auch auf aufgerüsteten Intermediate-Care-Stationen behandeln.

Wir haben außerdem gelernt, dass es oft sinnvoller ist, mit einer maschinellen Beatmung so lange wie möglich abzuwarten. Wir stehen also sicher nicht vor dem von Ihnen beschriebenen Kollaps.

Im Hinblick darauf, dass die SPD die Verteilung intensivpflichtiger Patienten thematisiert, sollten wir auch überlegen, auf welcher Ebene die besten Optionen bestehen. Das Land ist mit dem Erlass zu einheitlichen Ansprechpartnern und dem Konzept überregionaler Verlegungstransporte bereits aktiv geworden.

Wir bräuchten aber eigentlich einen bundesweiten Mechanismus zur Verteilung der Patienten, damit die bisher weniger belasteten Regionen im Norden denen helfen können, die momentan besonders hart getroffen sind. Widerstände gegen eine Regelung auf Bundesebene müssen wir überwinden. Liebe Kollegen von der SPD, Sie sind ja Teil der Bundesregierung. Vielleicht können Sie da ein bisschen helfen.

Auch bei der Finanzierung ist der Bund stärker gefordert. Die aktuelle Beschränkung der Freihaltelpauschalen auf die höheren Notfallstufen schließt viele regionale und damit ländliche Krankenhäuser aus. Damit würde nur ein Drittel der Kliniken eine finanzielle Entschädigung erhalten. So wird der Kampf gegen COVID-19 zu einem unkalkulierbaren wirtschaftlichen Risiko. Wir brauchen aber eine am medizinischen Bedarf orientierte Finanzierung.

Noch ein Gedanke, weil mit diesem Antrag ja etwas Unsicherheit und Panik geschürt werden: Unsere Krankenhäuser sind sicher und behandeln jeden, der krank dorthin kommt. Die Menschen sollten dorthin gehen. Ich erlebe immer mehr, dass sich Patienten nicht trauen, in ein Krankenhaus oder zu ihrem Hausarzt zu gehen, weil sie sich unsicher fühlen. Die Krankenhäuser sind sicher. Die Arztpraxen sind sicher. Ich bitte alle Menschen, ihre Vorsorgeuntersuchungen wahrzunehmen.

Nun gehe ich noch auf das Lob von Herrn Mostofizadeh ein. Sie sagten, ich hätte mich letztens im Ausschuss gegen einen Böllerverbot ausgesprochen. Ich halte dieses Böllerverbot für absoluten Blödsinn, weil es dazu führen wird, dass die Leute sich irgendwo illegale Böller besorgen, über irgendeine Grenze fahren oder gar selbst etwas basteln.

Außerdem hat die FDP auch die Arbeitsplätze, die dahinter stehen, im Blick. Einer der größten Feuerwerkshersteller, die Firma Weco, hat bereits gestern um Hilfe geschrien. Wir wollen diese Arbeitsplätze nicht an die Wand fahren.

Wenn sich aber alle Länder einig sind, dann ist die FDP immer kompromiss- und gesprächsbereit. Wir haben also beschlossen, dass wir für alle eine einheitliche Lösung brauchen. Glücklicherweise bin ich damit definitiv nicht. Nun werden wir sehen, was passiert. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Schneider. – Jetzt spricht für die AfD-Fraktion Herr Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz* (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Klar ist: Wer mit einer solchen Panikmache wie heute in der von der SPD beantragten Aktuellen Stunde oder wie von Herrn Lauterbach in den letzten Wochen versucht, sich selbst in den politischen Fokus zu rücken, handelt gegenüber der Bevölkerung völlig verantwortungslos.

Heute Morgen habe ich schon ausgeführt, dass es absolut schädlich ist, wenn man Menschen einredet, unsere Krankenhäuser seien in der aktuellen Situation völlig überlastet, dass man sich dort nicht mehr behandeln lassen könne oder es langsam gefährlich werde. All das hat schon jetzt wissenschaftlich nachweisbare negative Folgen für die Bevölkerung. Zu dem, der da weitermacht, gäbe es sehr deutliche Worte von Franz Josef Strauß. Diese wären aber wohl unparlamentarisch.

Der Chef von Fresenius, Stephan Sturm, dem nun einmal eine der größten Klinikgruppen in der Bundesrepublik gehört, hat noch einmal betont, dass der reine Blick auf die Intensivbetten absolut falsch ist, weil man damit nicht durch die Krise kommt.

Klar ist aber auch, dass man nicht wegdiskutieren kann, dass auf unseren Intensivstationen einiges im Argen liegt – allerdings nicht erst seit gestern, seit diesem Monat oder seit diesem Jahr, sondern seit Jahren.

Seit Jahren ist bekannt, dass es zum Beispiel für die Intensivpflege zu wenig Nachwuchs gibt. Schon das „Pfleger-Thermometer 2009“ hat dazu sehr schön

Daten hervorgehoben und klare Warnsignale gezeigt, dass schon 2009 etwas schief lief: zum Beispiel die damals schon hohe Arbeitsbelastung, die geleisteten Überstunden, eine Gratifikationskrise und infolgedessen auch das niedrige Durchschnittsalter der Intensivpflegenden, das ein Indikator dafür ist, dass kaum jemand bis zur Rente durchhält.

Seit Jahren befinden sich unsere Intensivstationen insbesondere in den Wintermonaten am Limit; dazu hat es bislang gar kein Coronavirus dieser Art gebraucht. Dazu findet sich mediale Berichterstattung aus den letzten Jahren zur Genüge. So mussten wegen der Grippewelle auch im Winter 2017 bundesweit Menschen abgewiesen und elektive Eingriffe verschoben werden. Anscheinend war das Marketing in Bezug auf die Grippe nicht so gut.

Kommt dann noch eine Erkrankung on top, können Sie sich in etwa vorstellen, was auf den Stationen passiert, die schon in einem ganz normalen Jahr völlig überfordert sind und über das Jahr hinweg mit einer Normalauslastung von 80 % laufen – im Sommer natürlich weniger, im Winter immer ein bisschen mehr.

Wenn dann Pflegepersonal selbst zum Beispiel wegen einer Coronaerkrankung ausfällt, wegen der Infektiosität der Patienten oder der relativ langen Liegezeiten von Coronapatienten noch zusätzliche Probleme hinzukommen, wissen Sie in etwa, was am Ende dabei herauskommt.

Das sind die Zahlenspielerereien, die auch Frau Kapteinat gerade gemacht hat, die sagte: Wir haben nur noch 800 freie Betten für 18 Millionen Personen. – Im internationalen Vergleich gibt es in der Bundesrepublik eine immer noch höhere Sieben-Tage-Notfallreserve, als beispielsweise Frankreich überhaupt hat. Das ist also überhaupt kein Grund zur Panikmache.

Wir haben es aber mit seit Jahren strukturell allein gelassenem und abgekämpftem Personal zu tun, so dass es nicht reicht, einfach nur neue Beatmungsgeräte zu kaufen, wie es in diesem Jahr passiert ist. Intensivmediziner und Intensivpfleger kann man nicht einfach mit einem Fingerschnipp herbeizaubern. Die Politik hat es viel zu lange versäumt, vernünftige Notfallreserven und auch vernünftige Notfallpersonalreserven aufzubauen und über die Jahre hinweg vorzuhalten.

Es ist vor allen Dingen absolut unverständlich, weshalb gerade die Zahl der Intensivbetten über das Jahr hinweg eher noch abgenommen hat. Im September hatten wir 30.800 Betten, aktuell sind es bundesweit noch 27.000 Betten. Ein Gegensteuern habe ich nicht gesehen.

Ein wichtiger Punkt ist auch die Koordination; das wurde schon angesprochen. Im Kreis Kleve beispielsweise gab es 40 % freie Betten mit Stand vom 13. Dezember 2020. Im Kreis Warendorf gab es 37 %

freie Betten. Im Landkreis Olpe gab es 57 % freie Betten. Von einer Überlastung kann also überhaupt nicht die Rede sein, was an anderen Stellen natürlich anders aussieht. Es gibt vor allen Dingen ein Verteilungsproblem und kein Überlastungsproblem.

(Beifall von der AfD)

Ich möchte noch einen ganz anderen zentralen Punkt ansprechen, der sich ein bisschen verliert, wenn wir hier nur über die Intensivbetten sprechen. Als ich noch im Krankenhaus tätig war, waren mir immer die Betten am liebsten, die unter einer Plastikfolie leer standen, die ich in der Hinterhand hatte, falls noch jemand als Notfall eingeliefert würde.

Die klassische Krankenhausrochade, die jeder kennt, der sich in der Intensivmedizin oder in der Notaufnahme umgetan hat – ich verlege den Patienten mit der Hüfte, kann dafür vielleicht den Patienten mit der Grippe nehmen, den schweren Verkehrsunfall vielleicht in ein anderes Krankenhaus verlegen, wofür ich den Patienten mit der Endokarditis nehme –, erleben wir jeden Winter in den Krankenhäusern. Sie stellt für alle dort Beschäftigten eine absolute nervliche Extrembelastung dar.

Hilfe in den letzten Jahren vor der Coronaviruspandemie habe ich von Ihrer Stelle aber nicht gesehen. Vielleicht können wir bei all dem, was ich Ihnen heute Morgen schon vorgeworfen habe, und bei dem strukturellen Versagen diese Pandemie zumindest zum Anlass nehmen, einen Schritt zurückzutreten und darüber nachzudenken, was schon in den letzten Jahren falsch gelaufen ist, um über die Krise gemeinsam zumindest zu einer zukünftig besseren Lösung zu finden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Vincentz. – Jetzt spricht für die Landesregierung der Gesundheitsminister, Herr Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zu dem Antrag der SPD nehme ich sehr gerne Stellung.

Die Lage in den Krankenhäusern ist ernst. Die verfügbare Intensivkapazität nimmt ab. Um die Überforderung des Gesundheitssystems zu verhindern – darüber haben wir heute Morgen schon ein paar Stunden lang diskutiert –, hat die Politik in Deutschland wohl den größten Lockdown beschlossen, den es in der Geschichte unseres Landes je gegeben hat.

Es bringt aber auch nichts, wenn man Angst und Schrecken verbreitet. Trotz einer starken Belastung der Krankenhäuser sind wir – ich zitiere den Intensivmediziner Herrn Professor Gernot Marx der

Universitätsklinik Aachen – von einer Triage noch sehr, sehr weit entfernt. Wir müssen nicht entscheiden, wer die lebensnotwendige Beatmung bekommt und wer nicht.

Ich möchte an dieser Stelle ganz klar sagen: Wir sollten auch nicht anfangen, den Leuten irgendeinen Anlass zu geben, zu denken, wir stünden vor einer solchen Frage.

(Beifall von der CDU und von Henning Höne [FDP])

Den Menschen gehen dann doch sofort die Bilder aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden oder den USA durch den Kopf. Ich sage ganz klar: Das deutsche und auch das nordrhein-westfälische Gesundheitssystem sind mit diesen Bildern nicht zu vergleichen.

Unsere Krankenhäuser sind gut vorbereitet, um die Herausforderungen der Coronapandemie zu bewältigen. Ich will ganz klar sagen: Ich danke unseren Krankenhäusern, den Ärzten, den Pflegekräften, aber auch den Geschäftsführungen für alles, was sie täglich geben, um die kranken Menschen in der Pandemie zu versorgen – im Übrigen nicht nur die durch das Coronavirus erkrankten Menschen, sondern auch die vielen anderen. Unser Krankenhaussystem in Nordrhein-Westfalen wurde in den letzten Monaten auf die Pandemielage hin ausgerichtet.

Im Text des Antrags auf diese Aktuelle Stunde lese ich von einer Politik des Zögerns und Zauderns. Das hat mich schon ein bisschen geärgert. Wir haben die Zeit zwischen der ersten und der jetzigen Welle sehr stark genutzt, um unsere Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen wesentlich robuster gegen die Pandemie aufzustellen.

Fakt ist nun einmal, dass wir heute in Nordrhein-Westfalen rund 30 % mehr Intensivplätze mit Beatmungsmöglichkeit haben als in der ersten Welle. Dafür sind gewaltige Anstrengungen sowohl vom Land Nordrhein-Westfalen als auch vom Bund als auch von den Krankenhäusern selbst geleistet worden.

Natürlich hat man sich auch um die Personalsituation gekümmert, um diese zusätzliche Technik zu betreiben, denn ansonsten hätten wir nicht mehr Meldungen im DIVI-System als im Frühjahr.

Am 13. März 2020 wurden die Krankenhäuser in der ersten Coronawelle gebeten, medizinisch nicht notwendige Operationen zu verschieben, um so Kapazitäten für COVID-Patienten zu schaffen.

Die Krankenhäuser haben bundesweit rund 10 Milliarden Euro an Ausgleichszahlungen aus dem Gesundheitsfonds erhalten; das waren Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt. Das war aus damaliger Sicht richtig, um die Krankenhausstrukturen zu stützen.

Man muss aber auch die andere Seite sehen: Die Absage planbarer Eingriffe kann auch zu erheblichen Schäden führen. Auch wenn es damals die richtige

Ansage war, es so zu machen, wissen wir mittlerweile, dass man auch klug beraten ist, es etwas differenzierter zu sehen als im Frühjahr.

Die Krankenhausgesellschaft hat gestern Alarm geschlagen, dass immer mehr onkologische Eingriffe, Untersuchungen und Nachsorge teilweise stark zurückgefahren werden.

Ich erinnere an die Ausschusssitzung vom 18. November 2020, in der Ihr Kollege und Intensivpfleger Herr Yüksel gesagt hat: auf der einen Seite Bettenkapazitäten schaffen, aber auf der anderen Seite nicht vergessen, welchen Schaden man durch Absagen dieser Operationen anrichtet. Das ist genau der Bereich, wo sich jedes Krankenhaus, jeder Chefarzt, jeder Leitende Arzt in einem Spagat befindet – und natürlich auch das Gesundheitsministerium.

Der Bund hat nun wieder eine Freihaltepauschale eingeführt, allerdings nicht für alle Krankenhäuser, sondern nur für Krankenhäuser, die vom Land für eine Versorgung bestimmt werden. Der Bundesgesetzgeber sieht aber per Gesetz ein gestuftes Verfahren anhand der G-BA-Notfallstufen vor. Das ist ein Beschluss des Deutschen Bundestages, und an den sind wir in diesem Gesetz gebunden.

Es gibt derzeit viel Kritik an der neuen Regelung, insbesondere von kleineren Krankenhäusern, die bislang einen sehr wichtigen Beitrag für die Versorgung der Coronapatienten geleistet haben. Das neue System ist kompliziert und passt in vielen Ländern – auch nicht bei uns – nicht zu allen Versorgungsstrukturen, die in den letzten Monaten entstanden sind. Wir werden deshalb natürlich unsere politischen und rechtlichen Spielräume, soweit es eben geht, nutzen, um uns auf Bundesebene für eine Änderung einzusetzen. Aber zurzeit ist das Gesetz die Grundlage des Handelns.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass diese Regelung mit dem Segen eines Expertenrats entstanden ist, bei dem die Krankenhauseite sehr hochrangig vertreten war. Wir werden auf dieser Grundlage landesweit Krankenhäuser bestimmen. Den entsprechenden Erlass haben die Bezirksregierungen am 11. Dezember erhalten. Die Ausgleichszahlungen werden rückwirkend bis zum 18. November 2018, dem Tag der Gesetzesverabschiedung, gezahlt.

Die Entscheidung, ob planbare Operationen verschoben werden, liegt nach der neuen Regelung im Ermessen des jeweiligen Krankenhauses. Das ist auch gut so, weil es sich um eine medizinische Entscheidung handelt, die am besten der behandelnde Arzt vor Ort trifft.

Zum Schluss noch zu dem Thema „Patientenverlegung“. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Auslastung der Intensivkapazitäten haben wir durch Erlass vom 4. Dezember 2020 angeordnet, dass bei jeder Bezirksregierung ein einheitlicher Ansprechpart-

ner eingerichtet wird. Dieser soll Problemlöser sein, wenn es bei der Verlegung von Krankenhaus zu Krankenhaus hakt. Eine zentrale Steuerung der Patienten durch eine einzelne Behörde oder durch ein Krankenhaus – davon bin ich überzeugt – funktioniert in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen nicht. Ein Stadtstaat wie Berlin ist in einer völlig anderen Situation als ein Flächenland wie Nordrhein-Westfalen.

Die Frage, für welche Patienten welche Klinik am besten geeignet ist, sollte nicht ein Verwaltungsmitarbeiter einer Behörde entscheiden, sondern der behandelnde Arzt in Abstimmung mit dem Arzt des aufnehmenden Krankenhauses. Das sollte der Grundsatz bleiben, auch in der Pandemie. Es handelt sich hier in erster Linie um eine medizinische Frage.

Alle Krankenhäuser, der Rettungsdienst, die örtlichen Krisenstäbe und die Kommunen wurden von den Bezirksregierungen über die Einrichtung eines einheitlichen Ansprechpartners informiert. Mit Stand von gestern gab es noch kein Hilfeersuchen irgendeines Krankenhauses in der Frage der Verlegung an irgendeine Bezirksregierung in Nordrhein-Westfalen.

Nach meiner derzeitigen Bewertung liegen ausreichende und gute Instrumente vor, mit denen wir im Land die aktuelle Entwicklung in den Krankenhäusern beherrschen können. Wenn wir sie brauchen, werden wir weitere Maßnahmen ergreifen. Das haben wir auch schon in der ersten Pandemiewelle getan. Wir haben in Nordrhein-Westfalen immer noch die Möglichkeit – etwa über unsere Rehabilitationskliniken –, in erheblichem Umfang sowohl Personalkapazitäten als auch strukturelle Kapazitäten zu mobilisieren. Das sollte man auch nicht ganz vergessen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Laumann. – Jetzt hat sich für die SPD Herr Kollege Neumann zu Wort gemeldet.

Josef Neumann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein bisschen bin ich schon über die Argumentation erstaunt, dass diese Aktuelle Stunde doch angeblich übertrieben sein soll.

Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich die Meldung der „Deutschen Presse-Agentur“ vom 14. Dezember 15:47 Uhr:

„Intensivbetten-Kapazität sinkt in NRW unter 15 Prozent. Die Zahl der freien Betten auf den Intensivstationen in Nordrhein-Westfalen ist am Montag unter 15 Prozent gesunken. Laut Intensivregister waren noch 840 Betten frei. ... Der Anteil der Covid-19-Patienten auf den Intensivstationen lag damit bei 18,1 Prozent.

...

Am Montag schlugen die medizinischen Krebsgesellschaften Alarm. Immer mehr onkologische Eingriffe würden verschoben, diagnostische Untersuchungen und Nachsorge teilweise stark zurückgefahren. Die Fachleute appellierten an die Bevölkerung, unbedingt die Schutzmaßnahmen einzuhalten.

...

Bei einer weiteren Verschärfung der Lage an den Kliniken könne eine Versorgung aller schwerkranken Menschen nicht mehr gewährleistet werden. „Dazu zählen insbesondere die 1.400 Patienten, die Tag für Tag neu an Krebs erkranken.“

Ja, eben wurde einiges erzählt, was die NRW-Koalition alles so gemacht hat oder nicht gemacht hat.

Zur aktuellen Situation gehört es, dass nur ein Drittel der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen eine Ausgleichszahlung nach den Bundesregelungen bekommt. Die Notfallstruktur sieht so aus, dass nur diejenigen, die die höheren Notfallstufen II und III haben, überhaupt berücksichtigt werden. Alle anderen gehen leer aus, also die Kliniken, die, wie Herr Minister Laumann eben sagte, das untereinander irgendwie regeln sollen. Das heißt, die Kliniken, die jetzt etwas bekommen, sollen etwas mit denen regeln, die für das Freihalten der Betten nichts bekommen. Ich frage mich: Wie soll das funktionieren? Wer soll das regeln? Oder dürfen die das überhaupt untereinander? Ist das überhaupt so zulässig?

Sie sagen, das solle auf örtlicher und kommunaler Ebene geklärt werden. Das sind genau die Aspekte, die zuerst für die Krankenhäuser und die Verbände geklärt werden müssen. Diese Chancen ermöglichen es überhaupt erst, dass ein kollegialer Austausch ohne jegliche Folgen für die Finanzierung der Krankenhäuser rechtlich möglich ist. Dazu gehört auch, dass unabhängig von den Inzidenzwerten und den Notfallstufen für die Kliniken eine Perspektive für das Jahr 2021 geschaffen werden muss; denn – das haben wir heute Früh sehr ausführlich gehört – diese Pandemie wird uns noch ziemlich lange beschäftigen. Da sehe ich aktuell überhaupt keine solche Regelung.

Es muss, Herr Minister Laumann, natürlich mit Herrn Spahn geklärt werden, wie diese Struktur erfolgen soll, wie die Finanzierung 2021 für erfolgen wird. Denn eines ist klar: Nur die Schwerpunktkrankenhäuser werden für die COVID-Patientinnen auf den Intensivstationen nicht reichen.

Eine der schwierigsten Herausforderungen, vor der wir aktuell auch stehen, ist, dass viele Kliniken und deren Akteure sich seit mindestens einem Dreivierteljahr mit der Krankenhausreform Nordrhein-Westfalen beschäftigen müssen – meistens hinter verschlossenen Türen – und gar keine Zeit haben, auf

konkrete Herausforderungen der Pandemie hinzuwirken. Hinter den verschlossenen Türen geht es nicht um die Frage der Regelung, wie wir mit Pandemie und mit Intensivbetten umgehen, sondern es geht um die Frage, wie wir die Effizienzstruktur in den Kliniken steigern können. Das ist die eigentliche Wahrheit. Von denjenigen, von denen man das abverlangt, verlangt man gleichzeitig, dass sie für die Intensivstationen Vorsorge treffen, ohne dass deren finanzielle Situation geregelt ist. So geht das nicht.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Quatsch!)

Ein weiterer zentraler Fehler ist, dass Sie letztendlich die Verantwortung für die Steuerung der Intensivbetten auf die Ebene der Kommunen und der Bezirksregierungen abwälzen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja, da muss es doch hin!)

– Nein, da muss es nicht hin, Herr Laumann.

Ohne die Sicherstellung der eben von mir genannten Aspekte wird das einfach nicht funktionieren. Es muss im Rahmen einer Zentralsteuerung dafür gesorgt werden, dass jeder Patient, jede Patientin in diesem Land an ein Bett kommt, und zwar unabhängig von der Frage, wie örtlich oder wie nichtörtlich die Struktur aussieht oder ob die Finanzierung der Kliniken gesichert ist. Und genau das erfolgt nicht. Sie sagen, das sollen die Kommunen machen, das sollen die Bezirksregierungen machen. Eine eigene Struktur haben Sie dafür nicht geschaffen.

(Zuruf: Doch, die Bezirksregierungen!)

Die Bezirksregierungen sind sozusagen eine der Stellen, die sich dazwischenschalten sollen, die aber die zentralen Punkte der Verteilungssysteme, der Finanzierung und der Notfallstufen nicht regeln können, weil sie dafür gar nicht zuständig sind. Das ist die Situation, die Sie dafür geschaffen haben.

Ein strukturelles, strategisches Konzept zur Sicherstellung der Intensivbetten, auch der Intensivbetten mit Beatmungsgeräten einschließlich der Personale, und zwar im Rahmen einer Prognose oder einer Hochrechnung, gibt es nicht. Letztendlich lebt man hier vom Prinzip der Hoffnung, dass es nicht so schlimm wird, wie es vielleicht im Frühjahr war, und der Täuschung, dass es noch schlimmer wird, als wir es aktuell erleben.

Genau das darf aber nicht passieren. Wir brauchen ein Konzept und eine Struktur, womit die Intensivbettenversorgung in diesem Land garantiert wird. Und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall von der SPD)

Ich bin heute der letzte Redner,

(Matthias Kerkhoff [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU]: Nein!)

und wir stehen vor Weihnachten. Das Weihnachtsfest war in den Wochen der letzten Zeit das Thema schlechthin, nämlich die Frage, wie viel Lockdown es überhaupt geben darf, damit man sich Weihnachten treffen kann oder nicht, weil es das große Fest der Familie ist, das große Fest der Geburt Jesu und Sonstiges.

(Daniel Sieveke [CDU]: Ja!)

Ja, das ist es. Nur wird in diesem Jahr das Weihnachtsfest nicht so aussehen, dass wir uns um die Krippe in der Kirche versammeln werden, sondern dass viele der Menschen, die sich normalerweise um die Krippe in der Kirche versammeln, die Hoffnung haben, dass ihre Verwandten – Oma und Opa, Onkel, Tante oder wer auch immer aktuell erkrankt ist – gesund bleiben, dass er oder sie eine Station mit Beatmungsgeräten findet, mit Pflegerinnen und Pflegern, Ärztinnen und Ärzten, die ihn oder sie versorgen.

Das wird das Weihnachtsfest 2020 sein. Da wird sozusagen die Hoffnung, das Prinzip sein: Wie werde ich mit meiner Gesundheit fertig, und wie werde ich in dieser Struktur überleben.

Ich finde, es ist wichtig, dieses Fest auch dazu zu nutzen, sich dessen bewusst zu werden, wie wir sicherstellen, dass die Hoffnung auf Leben und auf eine gesundheitliche Zukunft, mit einer klaren Struktur, mit einem klaren Konzept und klaren Verantwortlichkeiten gewährleistet sind. Jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen muss sich am Ende des Tages darauf verlassen können, dass er versorgt wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Neumann. – Und jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Schick.

Thorsten Schick³⁾ (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Neumann, Sie wären der letzte Redner gewesen, wenn Sie darauf verzichtet hätten, mit Ihrer Rede wieder Unsicherheit und Angst zu schüren.

(Beifall von der CDU)

Aber Sie haben, wie viele Redner der Opposition heute, dieser Versuchung nicht widerstehen können. Sie haben ganz am Anfang Ihrer Rede auf die sinkende Zahl der freien Intensivbetten hingewiesen, und das ist wahrlich eine Zahl, auf die man sehr genau schauen muss. Ich würde aber auf die Zahl der freien Intensivbetten schauen, und da zeigt sich, dass Nordrhein-Westfalen im Augenblick in einer

Situation ist, die man zwar ernsthaft begutachten muss, in der es aber nicht angezeigt ist, Angst zu schüren.

Wenn wir uns mit anderen großen Flächenbundesländern vergleichen, also beispielsweise Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen, dann ist das Verhältnis der freien Intensivbetten auf 100.000 Einwohner nur in Niedersachsen etwas besser. Alle anderen großen Flächenbundesländer wären im Augenblick gern in der Situation von Nordrhein-Westfalen. Das hätten Sie hier am Rednerpult auch einmal sagen können, aber anstatt dessen war es Ihnen wieder wichtig, das Haar in der Suppe zu finden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Auch das Bashing der Bezirksregierungen, die in dieser Krise einen ausgezeichneten Job machen, hilft nicht weiter. Wir haben in Nordrhein-Westfalen andere Strukturen. Nordrhein-Westfalen ist größer als viele Länder in der Europäischen Union, und dass es da eine entsprechend koordinierende Mittelbehörde gibt, die das auch in der Krise ausgezeichnet gemacht hat, ist etwas, was sich bewährt hat. Da so zu tun, als ob die Bezirksregierungen damit überfordert seien, ist ein weiteres Zeichen dafür, dass es Ihnen nicht darum geht, konstruktiv zu sein, sondern dass es Ihnen nur darum geht, Ängste zu schüren.

Das ist schade, denn unsere Bevölkerung erwartet, dass wir die Situation nicht schönen, sondern dass wir sie so zeichnen, wie sie ist. Ich glaube, auch die Personen, die im Gesundheitswesen unterwegs sind, erwarten, dass wir sehr genau hinschauen, dass wir Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind. Es ist ihnen aber auch nicht damit geholfen, wenn Menschen in Panik versetzt werden.

Lassen Sie uns schließen mit einem Dank an all diejenigen, die in diesen Tagen ihren Dienst im Gesundheitswesen tun, und sagen wir ihnen, dass sie das in dieser schwierigen Zeit – auch über die Feiertage hinweg – mit ganz, ganz großem Engagement machen. An diese Personen ein ganz, ganz großes Dankeschön. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Schick. – Jetzt spricht für die AfD-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Herr Wagner.

Markus Wagner* (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Oktober haben wir hier über den Lockdown light gesprochen, also über die Schließung von Restaurants, Gaststätten, das Herunterfahren von Hotelbetrieben, also über die Schließung all der Einrichtungen, die auf eine erhöhte Infektiosität überhaupt keinen Einfluss hatten.

Mein Kollege Vincentz und ich haben bereits damals – auch schon früher –, immer dann, wenn wir zum Thema „Corona“ hier standen, die klare Forderung aufgestellt, dass Risikogruppen wirksam geschützt werden müssen. Diese Forderung haben nicht nur wir aufgestellt, sondern beispielsweise auch Professor Streeck oder der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Gassen. Wir haben mehrfach auf die Notwendigkeit dieses Schutzes hingewiesen. Unsere Forderung wurde von Ihnen ignoriert.

Und wenn wir heute darüber sprechen, dass wir es mit einer steigenden Belastung von Intensivstationen zu tun haben, dann hängt diese steigende Belastung eben genau mit Ihrer Ignoranz zusammen.

(Beifall von der AfD)

Was ist denn eigentlich im November in Verbindung mit dem Lockdown light geschehen? Die Ansteckungszahlen der unter 60-Jährigen blieben stabil bis leicht sinkend, während die Infektionszahlen der über 80-Jährigen explosionsartig angestiegen sind. Und das zeigt sich eben auch bei der Belegung der Intensivbetten und bei den Sterberaten: 70 % all jener, die mit oder an Corona gestorben sind, sind über 80 Jahre alt. Das wäre nicht nötig und nicht nötig gewesen, wenn Sie den Schutz der Risikogruppen endlich in den Fokus Ihrer Politik genommen hätten.

(Beifall von der AfD)

Das sagt auch Deutschlands oberster Patientenschützer Eugen Brysch gegenüber der „Bild“, dass der Staat weiterhin keine Verantwortung für den Schutz Hunderttausender Betroffener in Pflegeheim übernimmt. Das müssen Sie sich ans Revers heften, meine Damen und Herren.

Was jetzt geschieht, ist, dass endlich zumindest einmal flächendeckend FFP2-Masken zur Verfügung gestellt werden sollen. Aber wie? – In Apotheken, vor denen dann die Menschen, die einer Risikogruppe angehören, Schlange stehen, um an die Masken kommen zu können. Welcher Sinn soll denn dahinter stehen, meine Damen und Herren? Schicken Sie denen die Dinger doch nach Hause.

(Beifall von der AfD)

Was in dem Zusammenhang aber für alle Einrichtungen, Pflegeheimbetreiber, Einrichtungen der Eingliederungshilfe etc. auch wichtig ist, das hat der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste gestern seinen Mitgliedsunternehmen geschrieben, nämlich, dass die Europäische Kommission es ermöglicht hat, dass bis zum 30.09. FFP2-Masken ohne CE-Kennzeichnung bereitgestellt werden konnten. Der bpa, so heißt diese Organisation in Kurzform, regt dringend an, etwaige Restbestände einer kritischen Untersuchung zu unterziehen und möglichst nur noch als Mund-Nasen-Schutz zu verwenden.

Was bedeutet das eigentlich? – Das bedeutet, dass die Heimbetreiber monatelang mit untauglichen Masken alleine gelassen wurden, ohne dass sie etwas davon wussten. Das ist keine verantwortungsvolle Politik. Das ist verantwortungslos.

(Beifall von der AfD)

Was jetzt endlich geschehen muss – ich wiederhole es noch einmal –, ist, den Schutz der Risikogruppen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen – auch, damit wir für Entlastungen auf unseren Intensivstationen sorgen.

Das heißt: Wir brauchen Schutzkleidung für die Mitarbeiter in den Alten- und Pflegeheimen, Schnelltests für die Besucher und die nötigen Kapazitäten, um diese Schnelltests anwenden zu können. Wir müssen insbesondere Bewohnern von Alten- und Pflegeheimen und zu Risikogruppen gehörenden Personen die Möglichkeit eröffnen, Taxi zu fahren, statt den ÖPNV nutzen zu müssen. Außerdem müssen wir darüber nachdenken, ob es nicht Sinn macht, spezielle Einkaufszeiten vor allem für Angehörige von Risikogruppen einzuführen oder ihnen zumindest diese Möglichkeiten zu eröffnen, statt mit einem Lockdown den Staat und das Land vor die Wand zu fahren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wagner. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, muss ich für das Protokoll ein **Abstimmungsergebnis der 110. Plenarsitzung** von Freitag, dem 27. November 2020, deklaratorisch feststellen:

Tagesordnungspunkt 7 „Impulse aus Nordrhein-Westfalen für ein Energiesystem der Zukunft“, Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/11844. Der zu diesem Antrag gestellte **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/11960** wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der AfD sowie des fraktionslosen Abgeordneten Nepe gegen die Stimmen der Fraktion der SPD **abgelehnt**. – Nun wird es für immer richtig nachzulesen sein.

Ich rufe auf:

3 Herausforderungen in der Justiz begegnen. Digitalisierung und Legal Tech in der Lehre vorantreiben. Nachwuchskräfte stärker fördern.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/12052

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt ohne Debatte zu behandeln.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 17/12052 an den Rechtsausschuss – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss. Alle fünf Fraktionen haben sich auch darauf verständigt, dass die abschließende Beratung und Abstimmung nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen sollen. Gibt es Gegenstimmen dazu? – Wir sehen keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist **Antrag Drucksache 17/12052** einstimmig so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

4 Information und Beratung gegen Verschwörungsmethoden schaffen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12047

Alle fünf Fraktionen im Landtag haben sich darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt ohne Debatte zu behandeln.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 17/12047 an den Hauptausschuss – federführend – sowie an den Innenausschuss. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich auch darauf verständigt, dass die abschließende Beratung und Abstimmung nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen sollen. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – Ich sehe keine Enthaltungen. Dann ist dieser **Antrag Drucksache 17/12047** einstimmig so **überwiesen**.

5 Konsequenzen aus dem Waldzustandsbericht 2020 ziehen – Fördervergabe verbessern und mehr Forstpersonal einstellen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12058

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt ebenfalls ohne Debatte zu behandeln.

Wir stimmen also direkt über die **Überweisung** ab. Nach Empfehlung des Ältestenrats soll dieser Antrag an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen werden. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich darauf verständigt, die abschließende Beratung und Ab-

stimmung nach Vorlage einer Beschlussempfehlung dieses Ausschusses erfolgen zu lassen. Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Wir sehen keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Wir sehen auch keine Enthaltungen.

Damit sind wir um 13:54 Uhr am Ende unserer heutigen Sondersitzung des Plenums. Ich berufe das Plenum für morgen, Mittwoch, den 16. Dezember 2020, um 10:00 Uhr wieder ein. Ihnen allen wünsche ich einen weiterhin guten Tag. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:54 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.